

# Volksmacht

## für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Abzugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Filialabteilungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichsstraße 105, Wallisstraße 100, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. Einzelhefte im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

### Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprach-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21238  
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schließen 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Vermittlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort: 1 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unbedingt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

# Gewerkschaftsfront gegen Sozialabbau

## Eingabe der Arbeiter-Spitzengewerkschaften an die Reichsregierung

Der Ansturm der Schwarzmacher gegen den Sozialabbau seitens der Gewerkschaften aller Richtungen längt mit einem gemeinsamen Gegenstoß beantwortet werden müssen. Aber ist es nicht dazu gekommen. Erst jetzt, sozusagen in letzter Stunde, werden auch bei den bürgerlichen Gewerkschaften schärfere Töne angeschlagen. Erst jetzt wenden sich die Gewerkschaften in einer gemeinsamen Warnung an den Reichsarbeitsminister. Allein auch jetzt war eine Einheitsfront nicht möglich, so weit die Verteidigung der Unfall- und der Invalidenversicherung in Frage kommt. Trotzdem hat natürlich der Schritt der Arbeiter-Spitzengewerkschaften seinen Wert. Er hat er auch Erfolg.

Die Gewerkschaften beleuchten in dem einen Teil ihrer Eingabe zunächst mit einigen wichtigen Feststellungen das Hauptfeld: Die Leistungen der Sozialversicherung sind bereits über das tragbare Maß hinaus eingeschränkt, so daß weitere Einschränkungen die Existenz der Arbeiter in Frage stellen. Eine noch stärkere Verschlechterung der Leistungen treibt breite Bevölkerungsschichten zu einem ungehinderten Radikalismus in der Arme und gefährdet den Bestand des Staates. Die hohen Beiträge der Sozialversicherung setzen sich aus außerordentlich vielen Einzelleistungen zusammen. Hinter den großen Zahlen steht aber die Not der Renten- und Unterstützungsempfänger. Die Invalidenrente beträgt in Deutschland im Durchschnitt 36 Rmt. im Monat. Die Witwenrenten, die auch an invalide Witwen gezahlt werden, sind entsprechend kleiner, und noch kleiner sind die Waisenrenten. Not und Elend durchwegs die Begleiter der Rentenempfänger. Trotzdem ist von Unternehmenseite die Forderung aufgestellt worden, die Invalidenrenten um etwa 30 Prozent zu kürzen. In der Unfallversicherung bilden die kleinen Renten, die nach dem Wunsche der Unternehmer verschwinden sollen, für die Arbeiter durchaus eine Pappasse. Die Rechtsprechung hat sich ohnehin dahin entwickelt, daß selbst für verhältnismäßig schwere Verletzungen nur kleine Renten gezahlt werden. Dazu kommt, daß bei den heutigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt die Bezüge der kleinen Unfallrenten keine Arbeit mehr bekommen. Wenn es möglich ist, daß Deutschlands Leistung vor allem in seiner Arbeitskraft besteht, dann muß diese Arbeitskraft auch erhalten werden. Durch den Sozialabbau wird sie nicht erhalten.

Gegenüber der Forderung der Unternehmer auf Leistungsabbau in der Unfallversicherung betont die Eingabe: Die Gesamtausgabe in der Unfallversicherung für das Jahr 1929 betrug 19.719.400 Mark. Das dafür erforderliche Umlagegeld belief sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 12,47 Mark pro Kopf der Umlage zugrunde gelegten Löhne. Die Beiträge der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist wesentlich geringer. Sie beläuft sich auf nur ein knappes Drittel der Umlagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Für Entschädigung wurden im Jahre 1929 340.880.300 Mark verausgabt. Dieser Betrag mußte jedoch unter 1.025.293 Rentenempfängern verteilt werden. Angesichts einer Zahl von rund 24 Millionen Arbeitern ist die Zahl von rund 1 Million Rentenempfängern nicht zu hoch zu bezeichnen. Wenn bei einzelnen Trägern der Unfallversicherung vorübergehend eine höhere Umlage als in normalen Zeiten zur Deckung der laufenden Ausgaben erhoben werden muß, dann rechtfertigt das noch nicht einen allgemeinen Abbau der Renten. Dieser bei einzelnen Berufsgenossenschaften zur Zeit bestehende Mangel könnte mit der Einführung einer gemeinsamen der Versicherungsträger überbrückt werden, ähnlich wie sie bereits bei der Invalidenversicherung besteht. Eine gleichmäßige Abfindung der Renten von 25 Prozent abwärts und eine Herabsetzung der Invaliditätsgrenze bei Witwen von 100 auf 75 Prozent wären in ihrer Auswirkung von verheerender Wirkung. Sie würden die Rentenbezieher nur zu den Wohlverdienenden der Gemeinden drängen. Ersparnismaßnahmen in der Unfallversicherung liegen in einer Zusammenfassung kleinerer Berufsgenossenschaften oder in ihrer Angliederung an größere Verbände in dem Abbau der Verwaltungsstellen, die zurzeit 14,07 Prozent der Gesamtausgaben verschlingen — ein Satz, der gemessen an den Verwaltungsstellen der anderen Zweige der Sozialversicherung, außerordentlich hoch ist. Verhältnismäßig gering dagegen ist die Summe von rund 8 Millionen von 410 Millionen für Verhütung von Unfällen. Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch den Gewerkschaften notwendig. Vor allem halten sie für erforderlich zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung, Einführung einer gemeinsamen für alle Träger der Unfallversicherung, dringens Verbesserung der Unfallverhütung und maßgebende Mitwirkung der Gewerkschaften im Sinne des Art. 161 der Reichsverfassung.

In der Frage der Invalidenversicherung verweisen die Gewerkschaften auf die sehr ernste Tatsache, daß sich 30 Prozent der Sozialrentner teilweise bereits in öffentlicher Fürsorge befinden, weil die Renten der Invalidenversicherung nicht ausreichen. Sie empfehlen, sofern eine Sanierung auf dem von ihnen gezeigten Weg in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, eine Neuregelung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu vertragen, da die Vermögenslage der Invalidenversicherung eine vorläufige Hinauszögerung der notwendigen Sanierung durchaus gestattet. Es liege kein Grund vor, die jetzige Situation als Katastrophe zu betrachten, unter deren Zwangsgebot eine sofortige Kürzung der Rentenhöhe als einzig gangbarer Ausweg vorzunehmen wäre. Kein Arbeiter könne für eine solche Maßnahme Verständnis aufbringen. Bei eintretenden besonders großen Schwierigkeiten einzelner Landesversicherungsanstalten wäre sorgfältig zu prüfen, ob diese Schwierigkeiten nicht durch allzu starke Inanspruchnahme des Vermögensbestandes der Anstalt durch den Garantieverband entstanden sind. Es gebe Anstalten, die von Provinzialverwaltungen als Teile ihrer Verwaltung betrachtet würden und deren Mittel ohne Mitwirkung der Versicherten in ganz erheblichen Festanlagen im Provinzialinteresse in Anspruch genommen worden seien. Die Garantieverpflichtung hingegen sei bisher nie wirksam geworden.

Die Gewerkschaften machen diesen Hinweis, weil mit den Plänen zur Länderreform auch eine weitere organisatorische Verflechtung der Invalidenversicherung mit den verschiedenen Fürsorgezweigen zur Erörterung gekommen ist. Die von der Länderkonferenz geplante noch weitere Verkopplung der Invalidenversicherung mit der Fürsorge würde nach der Auffassung der

Spitzenorganisationen eine weitere Inanspruchnahme der Mittel der Versicherung zu reinen Fürsorgezwecken bedeuten, obwohl sie jetzt schon eine Reihe solcher Fürsorgeleistungen zu tragen hat. Zu diesen rein fürsorglichen Lasten treten dann noch erhebliche Schäden aus der Inflation, sowie bedeutende als Kriegsfolgen betrachtete Rentenkürzungen. Die Gewerkschaften halten es als ein Unrecht, daß unter solchen Umständen der Versicherung Reichsmittel entzogen werden. Dem beitragszahlenden Invalidenversicherer würden Sonderlasten aufgebürdet für Folgen politischer und wirtschaftlicher Katastrophen, deren Schäden von der Gesamtheit des Volkes zu tragen seien. Sollten zum Ausgleich des zeitweisen Ausfalles der Reichsmittel nun auch noch den Rentenempfängern die Bezüge gekürzt werden, so würde die Arbeiterklasse darin ein doppeltes Unrecht erblicken müssen.

### Maginot über die Friedensverträge

Auf dem Schlußbankett des Kongresses der belgischen Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmer, der während der Pfingstfeierlage in Paris stattfand, hielt der französische Kriegsminister Maginot eine Rede, in der er sich nach einer Würdigung der französisch-belgischen Waffenbrüderlichkeit im letzten Kriege folgendermaßen über die Bedeutung der Friedensverträge aussprach:

„An den Verträgen halten Frankreich und Belgien nicht nur fest, weil sie den Triumph des Rechts bestätigen, sondern weil auch das Recht der beiden Völker auf Wiedergutmachung für den angerichteten Schaden anerkennen und Garantien für ihre Sicherheit festlegen. Wir halten aber diese Verträge nicht, wie gewisse Leute behaupten, für unantastbar. Kein menschliches Werk kann einen solchen Anspruch erheben. Wir beschränken uns nur darauf, zu verlangen, daß man sie für den Augenblick unberührt läßt, damit sie Zeit haben, ihre nützlichen Wirkungen auszuüben, besonders auf dem Gebiet der Sicherheit, das uns mehr als alles andere interessiert. Aber wir können auf keinen Fall zulassen, daß die Verträge, auf denen die neue Europa aufgebaut ist und die nur durch ein Übereinkommen aller Signatäre nach einem bestimmten Verfahren revidiert werden können, Gegenstand einseitiger Revisionen bilden; die Vertragsverletzungen gleichkommen würden.“

# Polen muß noch einmal berichten

## Minderheitenbeschwerden wird noch einmal geprüft

Die Schlußsitzung der Tagung des Völkerbundes brachte Deutschlands Vertretung eine Enttäuschung bezüglich des Fragebogens für die Offenlegung des Rüstungsstandes, dafür aber durch das energische Eingreifen Hendersons einen großen Erfolg in der Frage des Schutzes der Minderheiten in Oberschlesien. Der Bericht der polnischen Regierung war nicht rechtzeitig eingetroffen und wurde auf Antrag des japanischen Berichterstatters zur näheren Prüfung bis September vertagt.

Die Sitzung begann mit dem Bericht des Spaniers Ferrero über die Frage des einheitlichen Fragebogens zum Stande der Rüstung. Er empfahl unter Berücksichtigung des Möglichen die Annahme des englischen Vorschlages, wonach die Tabellen des Fragebogens beruht werden sollten. Die Regierungen werden aufgefordert, bis zum 15. September ihre Angaben einzusenden, damit sie noch vor der Abrüstungskonferenz ausgetauscht werden könnten.

Dr. Curtius bedauerte, daß sich der Bericht an den stark umstrittenen und unvollständigen Entwurf anlehne. Er fürchte, daß der Konferenz selbst ein schlechter Dienst geleistet werde. Die Öffentlichkeit werde sich fragen, warum weder die völlige Truppenstärke noch das Material erfaßt werden sollte. Es sei ihm nicht möglich, einen Bericht anzunehmen, der so wenig dem Artikel 8 des Völkerbundespatentes entspräche. Andererseits wolle er aber nicht so weit gehen, durch eine Ablehnung die Eintimmigkeit des Rates zu verhindern für eine, wenn auch unzureichende Maßnahme. Er enthalte sich daher der Stimme. Nach Hendersons erneuter Versicherung, daß die Annahme des Berichts hindere die Konferenz nicht in der Begrenzung aller Rüstungen, die sie erlassen wolle, wurde der Bericht bei Stimmeneinhaltung Deutschlands einstimmig angenommen.

Für die Beratung des Berichts der polnischen Regierung über die Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheit in Oberschlesien übergab Curtius den Vorsitz der Ratssammlung dem englischen Außenminister Henderson. Der Bericht des Japaners Yoshizawa betonte, daß bezüglich der Verantwortlichkeiten keine ausreichenden Informationen gegeben worden seien, daß aber ein Eintreten in allgemeine Untersuchungen unnötig sei, da von der polnischen Regierung eine ausreichende Garantie für die Verbesserung der Beziehungen zwischen polnischen Behörden und der Minderheit gegeben worden sei.

Er beantragte daher, die Prüfung dieser Angelegenheit durch Annahme seines Berichtes abzuschließen. Dr. Curtius betonte, daß im Ratsbeschlusse vom Januar der Wunsch ausgesprochen worden sei, daß Polen einen vollständigen Bericht über die Wiedergutmachung in Oberschlesien vorlegen solle. Wegen der großen Verantwortlichkeit solle der Bericht bereits vor der Tagung dem Rat zur Kenntnis gebracht werden. Er sei aber erst während der Tagung eingetroffen und ihm selbst erst am Dienstag dieser Woche überreicht worden. Daher wäre ihm eine Prüfung nicht möglich gewesen. Die Minderheit, die er erwähnen habe, lasse viele Zweifel offen; es sei unmöglich, schon heute festzustellen, daß das Ziel der Wiederherstellung des Vertrauens bei den Minderheiten erreicht worden sei. Es würden einige Erlasse und weitere Maßnahmen genannt, die reichten oder nicht aus, um das Vertrauen herzustellen. Er beantragte, daß er heute noch nicht zu einem abschließenden Urteil kommen könne und

beantrage daher Vertagung bis zur Ratssitzung im September. In Abwesenheit des polnischen Außenministers, der sich als krank erklären ließ, betonte der polnische Vertreter Sokal, er sei ohne Vorbehalt mit dem Bericht einverstanden und wandle sich gegen jede Vertagung. Die guten Beziehungen seien wiederhergestellt, der Bericht könne ohne weiteres angenommen werden. Der japanische Berichterstatter meinte, er habe sich bemüht, alle Differenzen zu prüfen. Er könne aber diejenigen seiner Kollegen, die den Bericht Polens nicht genügend prüfen konnten, nicht zwingen, den Bericht schon jetzt anzunehmen. Vonset-Franreich argumentierte gegen Curtius, daß Einzelheiten des Berichtes nicht wichtig seien, die Hauptsache sei das Gesamtergebn, daß eine Besserung eingetreten und das Vertrauen wiederhergestellt sei. Wenn in der Folge neue Schwierigkeiten auftreten sollten, könne der Rat erneut damit befaßt werden.

Marinkowicz, Jugoslawien sah keine Gefahr, wenn mit der Annahme des Berichts die Frage vorläufig abgeschlossen werde. Wieder antwortete Curtius, es handle sich in diesem Falle um keine bloß formale Frage. Hier gehe die Sache weit über die üblichen Berichte hinaus, es müsse also mehr Zeit für die Prüfung vorhanden sein. Die gewaltige Verantwortung, die der Rat mit seinem Beschluß vom Januar übernommen habe, besteht in der Anforderung an Polen, über sämtliche Maßnahmen zu berichten. An Einzelheiten könne man aber nicht vorbeigehen. Er müsse Gelegenheit haben, dem Gerichtsvorfahren nachzugehen zu können. Er frage sich, weshalb bei 200 Gerichtsverfahren nur wenige und geringe Strafen ausgesprochen worden seien, ebenso, warum in den wenigen Disziplinarverfahren kein hoher Beamter Polens erfaßt worden sei.

Man müßte prüfen, ob durch die Reden des Wojewoden eine Befriedigung erreicht worden sei. Sei es richtig, daß diese Befriedigung eingeleitet habe, so werde sie auch weitergehen bei einer Vertagung und könne im September mit um größerer Befriedigung festgestellt werden. Die neue Befassung des Rates nach Annahme eines Berichtes habe große Gefahren. Wohin müßten die Ratsmitglieder kommen, wenn nach Annahme eines Berichtes sich die Maßnahmen doch als ungenügend herausstellen würden?

Zum Schluß betonte der Vorsitzende Henderson, es erscheine in der Tat unmöglich, ein endgültiges Urteil hier fallen zu können. Der Berichterstatter selbst habe gesagt, man könne niemand zwingen, schon jetzt ein solches Urteil zu fällen. Er müsse zugunsten Dr. Curtius sagen, daß tatsächlich nicht genügend Zeit gewesen sei zur Prüfung des Berichtes. Er könne sich auch ganz und gar nicht der Meinung des Vertreters Frankreichs anschließen, daß genügend Zeit für ein so großes Dokument von über 60 Seiten zur Prüfung gewesen wäre. Die Geschäftsführung als Präsident hätte Dr. Curtius sehr beauftragt.

Er selbst sei Präsident im Januar gewesen, und er selbst sei nicht im Besitz derjenigen ausreichenden und vollständigen Angaben, die der Rat von Polen verlangt habe. Er habe allen Diskussionen Freiheit gegeben, die Gegenstände seien aber geblieben. Rücksicht der harten Opposition sei keine andere Möglichkeit gegeben als die Vertagung und die nochmalige Prüfung im September. Nach dieser Rede wurde einstimmig die Vertagung auf September angenommen; Polen sagte sich, ohne zu widersprechen.

# Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie

Erster Tag: Organisationsangelegenheiten — Die Hilfe für die deutschen Arbeitslosenkinder

Tours, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der 28. Vortag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am ersten Pfingstfesttag in Tours begann und voraussichtlich am Dienstag seinen Abschluß finden wird, beschloß nach den Begrüßungsreden zunächst eine Solidaritäts-erklärung zugunsten der streikenden Textilarbeiter und eine Sympathieadresse an die spanische Republik.

In der Sonntag-Nachmittags-Sitzung hat der Bürgermeister von Le Bourget von der Tribüne des Parteitagessaal herab die unter sozialistischer Führung stehenden Stadtverwaltungen und die Vorstände der Bezirksverbände, 300 Kindern deutscher Arbeitsloser durch Bereitstellung finanzieller Mittel den Aufenthalt auf der Insel Oléron zu erleichtern. Ein großer Teil des hierzu notwendigen Betrages sei bereits vorhanden. Es fehlten noch etwa 80 000 Franken.

Der Parteitag beschäftigte sich dann mit dem Geschäftsbericht des Parteivorstandes, der nach kurzer Debatte angenommen wurde. Kritisiert wurde vor allem die Anstellung eines noch vor kurzem in der kommunistischen Partei tätigen Parteimitgliedes zum Leiter des Propaganda- und Informationsbüros der Sozialistischen Partei. Berichterstatter über die finanzielle Lage des „Populaire“ war Comperc-Mareil, der ankündigte, daß er aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegen müsse und trotz dringender Bitten von führenden Parteifreunden bei seiner Ankündigung blieb. In der Debatte über die Geschäftslage des „Populaire“ spielte vor allem die Frage eine Rolle, ob das Blatt in Zukunft weiterhin Annoncen von Banken und Aktiengesellschaften übernehmen dürfe. Es gab Gegner und Befürworter dieser Frage. Die Meinungsverschiedenheiten waren so groß, daß man beschloß, eine Entscheidung erst in der letzten Sitzung des Kongresses zu treffen.

Der Kassendirektor der Parteivorstände wurde in einer Nachsitzung um Montag gebilligt. Der Vorschlag auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge wurde an eine Kommission verwiesen. In der Debatte über die Politik der Arbeiter-Internationale betonte S. K. S. die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit mit der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Frage des Bundes von Parteifreundern befaßt habe. Er erklärte, daß diese Frage mit seinem Bericht über die Tätigkeit der Internationalen nichts zu tun habe. Daraufhin wurde der Bericht einstimmig angenommen.

## Der zweite Verhandlungstag

Am Pfingstmontag stand die Beratung des Tätigkeitsberichts der Parlamentsfraktion auf der Tagesordnung des sozialistischen Kongresses. Verschiedene Delegationen des Seine-Departements verlangten den Rücktritt Bouillons als Kammerpräsident, weil die Ausübung dieses Amtes mit der sozialistischen Doktrin unvereinbar sei. Der Bürgermeister von Koubitz, Lebas, wandte sich gegen Paul Boncour und die sechs Parlamentarier, die anlässlich der Debatte über das deutsch-österreichische Zollabkommen für die Regierung gestimmt haben und verlangte, daß sich Parlamentarier und Nichtparlamentarier den Parteibeschlüssen fügen oder aus der Partei austreten. Abgeordneter Prot, einer der sieben Angegriffenen erklärte, er habe für die Regierung gestimmt, weil die Fraktion vorher seinen formellen Rücktritt über ihre Haltung geprüft habe und weil die von Leon Blum vertretene These der internationalen Politik der Sozialisten widerspreche, wonach kein Staat das Recht habe, Verträge abzuändern, ohne sich mit den anderen Staaten darüber verständigt zu haben. Im übrigen hätten seine Freunde und er nur Briand und nicht der ganzen Regierung das Vertrauen ausgesprochen wollen.

Leon Blum verteidigte die Tätigkeit der Parlamentsfraktion. Die sozialistischen Abgeordneten, so sagte er, hätten sich stets bemüht, den Interessen des Sozialismus zu dienen. Die Behauptungen der radikalen Presse, daß die Sozialisten für die Niederlage Briands verantwortlich seien, wären phantastisch. Die Tagesordnung, die die Debatte über das Zollabkommen abschloß, habe der ganzen Regierung und nicht speziell Briand das Vertrauen der Kammer zum Ausdruck gebracht. Die Sozialistische Partei werde im nächsten Jahre sicher Erfolge haben, aber man dürfe nicht zu optimistisch sein. Auf keinen Fall werde trotz der Konzentration aller antijohannischen Kräfte die Mehrheit der Partei geändert. Die Partei werde für den zweiten Wahlgang weiterhin lauten: „Die Reaktion muß mit allen Mitteln geschlagen werden.“

Am Schluß seiner Rede richtete Leon Blum einen Appell an die Einheit der Partei, der vom gesamten Kongress mit klarem Beifall aufgenommen wurde. Der Bericht der Parlamentsfraktion wurde schließlich mit 222 gegen eine Stimme angenommen. Die Regelung des Falles der sieben Abgeordneten wurde einer Kommission übertragen.

Anschließend begann die Debatte über die Landesverteidigung und die Abrüstung, die am Dienstag vormittags fortgesetzt wird. — Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie hat den Abgeordneten Crispian nach Tours entsandt.

# Theo Tass Trill

## Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann. (Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

28) (Nachdruck verboten)

Rund zweihundert Jahre waren darüber hingegangen. Die Vertriebenen verwurzelt in der neuen Erde und kamen voran. Sie glaubten den Dank durch Pflichterfüllung erweisen zu müssen. Mühsamkeit lag ihnen bereits als Erbgut im Blute. Die Schicksale in der Heimat, die einstens zur Flucht trieben, hatten den Hang zur Verslossenheit verstärkt. Freude an Feld und Wald, an Blüten und Gerüchen milderten die Härte ein wenig. In Lied und Sang verflüchtigte sie sich stets in das Wehmütig-Erste.

Die Bitterkeit des Überstandes hatte den Sinn nach innen gewandt und Kräfte der Seele gehäuft. Die Pudelwitzer strahlten ihr Wesen, mehr als ihnen selbst zuträglich war, nach außen. Die Bloomendaaler verschlossen das Beste und Tiefste nach innen.

Trotz dieser Gegensätze wurde gute Nachbarschaft gehalten. Da den Pudelwitzern an den Zugewanderten nur das Äußere sichtlich wurde, erschienen ihnen die Fremden immer ein wenig unheimlich. Besonders, was den Fleiß und die Haverdrossenheit in der Arbeit anbetraf. Denn in wenigen Jahrzehnten kamen die meisten in Wohlstand; einige sogar zu Reichtum. Die Erntehelfer gingen hierher, wenn sie nicht mehr zu Hause zu tun hatten. Die Fremden kamen, doch schon ein Jahrhundert später stand an Stelle des wahren Balkanhandels ein gemauertes Hof, wie ihn Überstände nur die Allergewaltigen ihr eigen nennen. Ein Nachbarhaus hatte fünf Türen, zwei Schenken hatten. Das nächste sollte auf die Anzahl hinter dem Gehört stehen. In den ersten Jahren sahen die Leute sich überdacht. Doch die Leute wussten, die ein Unland dem Erntehelfer reichlich zu-

# Korruption beim bayerischen Bauernbund?

Eine dunkle Sanierungsgeschichte bei einer bauernbündlerischen Genossenschaft

Seit Herbst vorigen Jahres weilt die Öffentlichkeit von unlauberen Vorgängen bei der angeblichen Sanierung der bauernbündlerischen Genossenschaft „Bezugsvereinigung bayerischer Landwirte in Regensburg“. Es handelt sich um 180 000 Mark, die auf Betreiben des Reichstagsabgeordneten Gandorfer bei bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Jehz im April 1930 dem Vorsitzenden der Genossenschaft, die längst im Konkursverfahren verfrachtet war, aus dem genossenschaftlichen Nationalisierungsfonds des Reiches vermittelt hat. Die Korruption wird darin erblickt, daß Minister Dr. Jehz seinen Parteifreunden die Gelder zugeschanzt hat, ohne daß die gesetzlichen Bedingungen für eine solche Hilfe gegeben und erfüllt waren. Insbesondere waren die Mitglieder der Genossenschaft (es handelt sich nur um einige Dutzend) nicht unverschuldet in Not geraten, da der Zusammenbruch der Genossenschaft im wesentlichen durch die unglaubliche Mißwirtschaft und Schlamperie in der Geschäftsführung durch den Vorstand verschuldet war. Diesen Tatbestand hat der Minister Dr. Jehz überhaupt nicht geprüft, jedenfalls nicht, bevor er die von der Preußentafel erwirkten Sanierungsgelder verteilte. Dazu kommt noch, daß er das Geld nur dem Vorsitzenden der ehemaligen Genossenschaft gab und ihm die Unterverteilung überließ, was dazu führte, daß dieser Vertrauensmann des Ministers, ein Brauereibesitzer, den Hauptanteil aus diesem Geld für seinen eigenen Bedarf verwandte. Auch der Reichstagsabgeordnete Gandorfer erhielt 3000 Mark mehr, als er nachweislich Schaden hatte.

Diese trübe Affäre wurde am Freitag im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages verhandelt. Die Dinge sind erst in Fluß gekommen, nachdem im Juli vorigen Jahres der Bauernbund aus der Koalition und Minister Fried aus der Regierung ausgetreten waren. Dadurch, daß der Innenminister der bayerischen Volkspartei das Landwirtschaftsministerium vertretungsweise übernahm, wurde der Minister dieser Sanierung maßgebenden Persönlichkeiten des Christlichen Bauernvereins bekannt, die leither fortgesetzt auf Klärung der Angelegenheit drängten. Schließlich wurde ein Staatsrat mit der Untersuchung der Angelegenheit betraut, der dem Landtag nun einen ausführlichen Bericht über die ganze Affäre gab. Die Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen. Vor allem muß der frühere Minister Jehz selbst noch gehört werden. Außerdem werden die Akten dem Justizministerium zur strafrechtlichen Würdigung ausgehändigt.

Die Angelegenheit hat auch insofern politische Bedeutung über die bayerischen Grenzen hinaus, als der ausgesprochene Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß diese Sanierungsgelder im April vorigen Jahres an die Gandorfer-Gruppe deshalb gegeben wurden, um sie bei der Abstimmung im Reichstag über die Erhöhung der Biersteuer für die Regierung zu gewinnen. Die bauernbündlerische Gruppe im Reichstag hat damals tatsächlich ihre Opposition begraben und nach der Abstimmung erfolgte die Auszahlung der Gelder. Es wird deshalb auch davon gesprochen, den Präsidenten der Preußentafel, Klepper in der ganzen Angelegenheit zu verurteilen.

# Der 60. Geburtstag Camille Huysmans

Brüssel, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonnabend hat die belgische Arbeiterpartei den 60. Geburtstag Camille Huysmans gefeiert. Es wurden Ansprachen von Vanderveelde, Anseele und Deftree gehalten. Von allen Seiten des Landes, aus Wallonien und aus Flandern, wurden dem Jubilar Blumen und Geschenke überandt. Vanderveelde erinnerte an die Tätigkeit des ehemaligen Sekretärs der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf der Stockholmer Konferenz im Jahre 1917. Er betonte, daß Huysmans den Mut gehabt hat, in der Minderheit zu bleiben, in der Minderheit von der Ideen lagte, daß sie immer endlich Recht hat. Tatsächlich ist Huysmans trotz Stockholm Minister geworden.

Anseele sprach vor allem von den großen Fortschritten, die der Sozialismus dank Huysmans im liberalen Flandern gemacht hat. Deftree drückte die Sympathie der wallonischen Sozialisten für den Flamen aus. Dank Huysmans ist die Partei die einzige im Lande, die über eine logische Lösung für die Sprachenfrage verfügt, eine Lösung, die die Einheit der Partei gestetigt hat und die Einheit des Landes. Anseele seiner Tätigkeit als Staatsmann und Journalist wird auch darauf hingewiesen, daß Huysmans durch seine Tätigkeit gegen die Festungsbauwerke eine solche Wendung in der öffentlichen Meinung verursacht hat, daß die parlamentarische Mehrheit gereift wurde und die Regierung führte.

gemeinsam worden waren, zogen sich Gräben, die das Sicker- und Grundwasser zur reißenden Pudel ableiteten. Birken und Buchen standen, wo früher nur Wäldchen fortkamen. Auf den Sandböden weideten Herden von Heidschnucken, und tief drinnen im Heidekraut träumten Hunderte von Bienenstrobenten.

Noch etwas Merkwürdiges hatte Lichtschlag bei seinen Forschungen festgestellt können. Die Bloomendaaler erkannten von Anfang an die Artverschiedenheit und hüteten sich, mit den Nachbarn irgendwelche Mischung einzugehen. Anfanglich bestanden noch Beziehungen zur Heimat. Für die Bloomendaaler Mädel fand sich immer zur rechten Zeit ein salzburgischer Freier ein. Es waren nicht die Schlechtesten, die nach dem Nordlande kamen und bei Verwandten Umschau hielten. Die Bloomendaaler prüften auf Herz und Nieren und Stämmigkeit.

Die Pudelwitzer wiederum mißtrauten solcher Art. Sie schüttelten den Kopf über die Nachbarn, bei denen kräftige Fleische und Fleiß mehr galten als Geld und Gut.

„Nach Bloomendaal einheiratet?“ hieß es unter den Pudelwitzern, „das kommt gleich nach dem Pferdestehlen. Bei uns kann man der Arbeit aus dem Wege gehen. In Bloomendaal läuft sie zusehen beim Sonnenaufgang in die Hand. Man kann ihr einfach nicht entziehen. Da ist zum Beispiel der Erntehof. Auf ihm scheffelt die Bauern. Es wäre nachgerade Zeit, daß sich ein Pudelwitzer auf die Geldsacke setzt und etwas unter die Leute bringt. Aber die lassen niemanden zum Familien- und Geldverbrechen heranziehen.“

Stolzern urteilten: „Wir Pudelwitzer sind zum Herrenvolk bestimmt. Von Galt her. Die Bloomendaaler wollen immer Karotte Meinen. Die Karotten ohne Schuppen nicht leben. Bei uns ist es umgekehrt. Wir sind geschaffen, um spritzchen.“

Darauf lag mehr als ein Körlein Wahrheit. Zwei kamen die Bloomendaaler in diesem Urteil nicht besonders gut weg, aber sie blieben dafür weitgehend unter sich. Erst in der letzten Generation hatte ein Pudelwitzer auf einem der Hofeinzug gehalten. Die Verlobte setzte ihren Bloomendaaler

# Laval versucht Briand zu halten

Paris, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Ministerpräsident Laval hatte am Sonntag vormittag am Quai d'Orsay eine Unterredung mit Briand, in der er, wie anzunehmen ist, den Augenmerk der Notwendigkeit, auf seinem Posten zu bleiben, zu überprüfend hat. Im Anschluß daran empfing Briand vier parlamentarier der linkspartheien, darunter Loucheur, Dangeleu von der radikalen Linken und den sozialistischen Abgeordneten Gumbach, die in gleichem Sinne einwirkten. Welches Ergebnis diese Bemühungen gehabt ist noch nicht bekannt. In der Umgebung des Ministers neigt zu der Annahme, daß Briand seine Demission aufrechterhalten wird. Der Außenminister ist am Sonnabend abend nach Le Landut Coherel abgereist, um dort in aller Ruhe gegenwärtige Lage und die sich daraus für ihn ergebenden Schlüsse zu überdenken. Da er erst am Dienstag nach Paris zurückkehren wird, ist der für diesen Tag vorgesehene Ministerrat auf Mittwoch verschoben worden. Vor Mittwoch also keine Entscheidung fallen.

## Bleibt Briand?

Wie das „Echo de Paris“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, soll sich Briand auf die Bitten des Präsidenten der Republik, Doumergue, des neuen Präsidenten Doumer des gelamten Kabinetts bereit erklärt haben, sein Amt als Minister beizubehalten. Dieser Entschluß soll nach der Mittwoch stattfindenden Sitzung des Ministerrats, der hauptsächlich den Genfer Beratungen gewidmet sein wird, offengehalten werden.

# Parteitag der Polnischen Sozialdemokratie

Sob, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonnabend vormittag begann in Krakau der 22. jährliche Parteikongress der Polnischen Sozialdemokratischen Partei, dem am Freitag der allgemeine polnische sozialistische Frauentag vorangegangen war.

Der Kongress ebnete zu Beginn das Andenken der verstorbenen sozialistischen Führer Dr. Polner und Dr. Diamant. Er sprach seine Huldigung allen Führern von Best Litkowie den Genossen aus, die im Kampf um den Sozialismus in polnischen Gefängnissen sitzen oder Repressalien seitens der Regierung unterworfen sind. Zu Ehrenvorsitzenden des Kongresses wurden dann der Rektor des polnischen Sozialismus, Ser Gimanowski, und der frühere Sejmarschall Daczynski gewählt. Von Vorsitz übernahm darauf der Abgeordnete Zula wick. Der Kongress hat von fast allen sozialistischen Parteien der Welt auch der Internationale Begrüßungsschreiben erhalten.

Mit dem Verlesen der politischen und wirtschaftlichen Berichte fand der Beratungstag am Sonnabend sein Ende. Dauer des Kongresses ist insgesamt auf drei Tage vorgesehene.

Im Mittelpunkt der letzten zwei Beratungstage des Kongresses in Krakau stand die Frage der künftigen innerpolitischen Haltung der Partei. Während Parteiausschuß für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den übrigen demokratischen Parteien Polens eintrat, sogenannt „antropolitischen Blods“ während der Wahlzeit, ist ein Teil der Kongreßteilnehmer für eine engere Verbindung zwischen sozialistischen Kinderpartei Polens nach längerer Debatte wurde eine Entscheidung angenommen, in der die Auffassung des Parteiausschusses mitgelegt ist. Als Hauptaufgaben der PPS wurden ferner Kampf gegen die Diktatur und den Faschismus in Polen genannt. Vorsitzender des Parteivorstandes wurde der ehemalige Sejmarschall Ignacy Daczynski.

# Grumbach gegen Pariser Parteivöll

Interpellation in der Kammer

Die sozialistischen Abgeordneten Grumbach und Mor haben die Absicht, die Regierung in der Kammer über brutale Vorgehen verschiedener Polizeibeamten gegen die Demonstrationszug zu interpellieren, der sich in der Nacht Sonnabend unter Hochrufen auf Briand durch die Straßen innerer Stadt bewegte. Abgeordneter Grumbach war der Zeuge eines solchen Zusammenstoßes, bei dem ein radikaler Zeitung „Republique“ von einem Polizeibeamten beschlagen wurde. Durch sein Eingreifen wurden weitere Brutaltäten verhindert.

# Wahlen in Ungarn im Juli

Wie die Zeitung „Magyar Hirlap“ berichtet, hat Ministerpräsident Graf Bethlen in der Frage der Wahlen schon einen Beschluß gefaßt. Die Wahlen sollen der Mitte zwischen dem 28. Juni und dem 7. Juli abgehalten werden. Graf Bethlen bemüht sich jetzt eine bürgerliche Einheitsfront zu schaffen. Nach der persönlichen Rede des Führers der agrarischen Opposition Gáspár Gal, lud er im Parlament diesen öffentlich ein, mit zur Lösung der aktuellen Fragen Besprechungen abzuhalten.

Schädel durch. Doch schon nach Wochen erfüllten sich die Voraussagen. Wenn hernach auf diesem Hofe die Frau nicht für zwei geschuftet, für einen halben geschlafen und für vier gespart hätte, wäre aus dem Pudelwitzer Bluteschmelze allerlei Unheil entstanden. Die Nachbarn halfen mit Knechten und Gespinnen, bis der Schaden wieder gut gemacht worden war.

Der Pudelwitzer, unzufrieden darüber, daß ihn seine Frau nach den Flitterwochen kurz hieß und zur Arbeit schickte, suchte nach einem Jahre das Weite.

„Wir sind für alle Zeit kuriert“, pflegten die Bloomendaaler zu sagen, wenn sie im Ernsthofkrug saßen und Familiensorgen austauschten oder über Verbindungen nachschlugen. „Die Pudelwitzer passen einfach nicht zu uns. Sie haben weder die Arbeit noch das Pulver erfunden. Zu allem stehen sie einen Tag zu spät auf. Nur reden können sie für zehn.“

So hielt keine Seite mit der Meinung hinterm Berge. Aber es entspann sich keine Fehde darüber. Im Stillen lächelten einer über den anderen.

Sagten die Pudelwitzer verächtlich: „Wenn die Sonne nicht mehr unterginge, würden sich die Bloomendaaler das Schlatte abgewöhnen“, so vergaltten die Bloomendaaler: „Willst du die Zeit stibitzen, dann geh' nach Pudelwitz!“

(Fortsetzung folgt)

# Bestochen und gekauft!

Die politische Rolle, die der ehemalige Reichstagsabgeordnete Davidsohn in dem Korruptionsfeldzug gegen die Sozialdemokratie hat, dürfte noch in vieler Erinnerung sein. Der im Jahre 1919 die Ständeliste gegen die Partei seitdem spielt in allen Versammlungsprozessen die Rolle des rechten Georg Davidsohn die Rolle des linken Davidsohn, auf den sich die angeklagten Verleumder berufen pflegen.

Die besondere Tätigkeit hat Davidsohn eine Zeitlang im Arbeiter-Abkündigungsband entfaltete. Längere Zeit war er Redakteur des Bundesorgans und gehörte dem Bundesrat des Arbeiter-Abkündigungsbundes an, bis er wegen des Quertreibens Anfang 1922 seines Postens entsetzt wurde. Davidsohn versuchte nunmehr, den Arbeiter-Abkündigungsbund zu spalten und zog zu diesem Zweck eine Sonderorganisation, den „Verband sozialistischer Abkündigten“ auf, der ein unheimliches Gruppenspiel. Immerhin ermöglichte die Spaltung weiter eine Rolle zu spielen und ein eigenes kleines Organ herauszugeben, worin er den Arbeiter-Abkündigungsbund anzugreifen pflegt.

Der Abkündigte Davidsohn hat als Spezialgebiet die Korruption der öffentlichen Meinung durch das Braupapier bearbeitet. Im Jahre 1919 schrieb er die Broschüre „Das Braupapier und seine Knappen“. Diese Broschüre enthielt Beläge dafür, wie die große deutsche Presse durch finanzielle Beeinflussung (Inserate usw.) den Interessen des Braupapierkapitals dienlich gemacht wurde. In der Broschüre „Die Korruption in Presse und Parlament“. Diese Broschüre erschien unter dem Pseudonym „Gustav Dabelstein“, dessen Monogramm G. D. mit dem des Autors Georg Davidsohn übereinstimmt. Das in dieser Broschüre veröffentlichte Material stammte offenbar aus Kreisen des Braupapierkapitals, es war klar, daß Davidsohn ein Gewährsmann beim Brauerbund selber sein mußte.

Die Verlegenheit, in die der Brauerbund durch diese Broschüre geriet, machte sich deren Verfasser nun in höchst merkwürdiger Weise zunutze. Unter dem Datum „Weihnachtsfest 1922“ schrieb Davidsohn-Dabelstein an einen gewissen „Herrn Doktor“, einen Brief, worin er mitteilte, daß er die Herausgabe einer neuen Broschüre beabsichtige, deren gewöhnliche Prospekt er beilege. Diese neue Broschüre sollte im Titel tragen: „M. Smith und Roul Junke“ (Kudolf Junke der Vorsitzende des Brauerverbandes) und sollte darinnen, wie die Unternehmungen im amerikanischen Prohibitionskampf zur Unterstützung der „roten“ Kandidaten gearbeitet wurden. Es sollte weiter laut Prospekt die Schrift „mit den komplizierten Propagandamethoden des Braupapierkapitals“ versehen. Der gedruckte Prospekt sagt:

„Wichtig läßt Dabelstein die Weisheit gegen die in ihrem Aufschwung befindlichen Volkserzieher niederlassen und werden noch mehr wisseln als nach seiner ersten Angelegenheit.“

Somit der gedruckte Prospekt. In dem Begleitschreiben an Davidsohn-Dabelstein aus, daß er in der ersten Broschüre gegen Kommunisten-gezwungen gewesen sei, außerordentlich viel sehr gutes Material unbenutzt zu lassen.“

Das Erscheinen der Schrift werde eine Sensation sein, zumal bei den Redakteuren- und Schriftstellerorganisationen, die rebellisch machen werde.“

Davidsohn sorgte nun dafür, daß ein Durchschlag dieses Briefes dem Deutschen Brauerbund in die Hand gespielt wurde. Der Erfolg blieb nicht aus: der Brauerbund begann mit Davidsohn wegen Nichtherausgabe der Broschüre zu verhandeln, nicht ohne Erfolg, bis der Chef der Propagandabteilung Johannes Gauske, in Berlin eingriff. Er erreichte, daß gegen ein Honorar von rund 1000 Mark Davidsohn-Dabelstein die Herausgabe der angekündigten Broschüre unterließ. Sie ist in der Tat — trotz des kommunistischen Propagandas — bis heutigentags nicht erschienen! Bedauerlich hat sie nicht einmal existiert. Jedenfalls befindet sich in der Druckerei, in der die Broschüre angeblich gedruckt werden sollte, keinerlei Manuskript. Der Brief und der Prospekt allein ihre Wirkung getan!

Dieser Erfolg sparte Davidsohn zu neuen Taten. Anfang 1931 bot sich neue Gelegenheit. Davidsohn selber konnte nun nicht mehr gegen den Brauerbund schreiben. Aber er fand sich jetzt einige entlassene Angestellte der Propagandabteilung des Brauerverbandes, die sich anschickten, ihrerseits gegen den Brauerbund auszusprechen. Der Brauerverband wählte die gleiche Methode an, — er suchte das Nichterscheinen der Broschüre zu erzwingen — wunderbar genug — zwischen dem Brauerverband und seinen ehemaligen Angestellten spielte Davidsohn den Vermittler. Nicht umsonst! Denn ausdrücklich sagte Herr Gauske seinen ehemaligen Untergebenen zur Begrüßung, von den an sie gezahlten Gehältern an Davidsohn abzugeben! Freilich kam dabei ein so kleiner Betrag heraus, daß Davidsohn über die Niedrigkeit des Brauerverbandes sich nicht unbedingt entrüstet äußerte. Später ist dann kein Anteil mehr worden.

Auch diesmal war die Broschüre nur zum kleinen Teil gedruckt. Man hatte in weiser Sparsamkeit vorläufig erst die Seiten der Teile in Satz gegeben, mit denen man den Brauerverband anzugreifen gedachte. Aber als vorstichtiger Mann verlangte der Brauerverband nunmehr, daß ihm die Broschüre in der gesamten Broschüre ausgehändigt und der Satz in einer Gegenwart abgelesen wurde. Was sollte geschehen? Davidsohn wählte Rat: er empfahl den entlassenen Angestellten, die ganze Broschüre setzen zu lassen, damit man sie dann in den Augen des Herrn Gauske wieder ablegen könne. Und so fügte Davidsohn diesem Rate hinzu, daß man dies ja im Drucker besonders gut bezahlen könne!

Der Erfolg war jedenfalls der gleiche: auch diese Broschüre erschien nicht und an dem Nichterscheinen verdiente — der große Korruptionsschiller Georg Davidsohn, den bei seinem Treiben hauptsächlich der alleinige Zweck leitete, in seiner eigenen Person allerdings nicht mehr zu überbietenden Beweis für die Korruptionsmethoden des Braupapierkapitals in bezug auf die Presse zu liefern.

Dies der Sachverhalt, den wir durch urkundliches Material und Zeugenaussagen jederzeit zu erhärten bereit sind. Wir haben die Sache mit einiger Ausführlichkeit behandelt, weil es um einen der schlimmsten Schlingens der Partei handelt — seine frühere Vertrauensstellung als Aushängeschild bezeugend — leit Jahren die Partei und ihre Führer mit Korruptionsbeschuldigungen überzieht und ihren Verleumdern das Material liefert.

## Wollen protestiert gegen Curtius

Die Auseinandersetzung über Danzig im Rat nach ein Rechtspiel gehabt. Jaleski hat an Curtius einen Protest gerichtet wegen seiner Ermahnung zum Freitrag beider Parteien, in Danzig sich jeder Agitation gegenüber zu enthalten. Jaleski glaubt, Curtius habe die alte

pflogenschaft nicht beachtet, wonach politische Erklärungen des Ratpräsidenten vorher mit den Parteien vereinbart werden. In seiner sehr scharfen Antwort weist Curtius den Protest als unberechtigt zurück, da er in voller Unparteilichkeit nach den Wünschen des Rates und seines Präsidenten gehandelt habe.

# Die spanischen Syndikalisten und die Republik

Eine Rundgebung ihres Führers — Ihre Stellung zur Regierung und zur Republik

Madrid, (Eigener Bericht). Einer der bekanntesten Führer des spanischen Syndikalismus, jener zum Anarchismus hinneigenden vor Jahrzehnten von der sozialistischen Bewegung abgefallenen Gruppe, hielt im Madrid der Alencos einen sehr wichtigen Vortrag, in dem die Haltung der Syndikalisten zur jetzigen Regierung und zur Ausgestaltung der neuen spanischen Verfassung berührt wurde.

Zunächst trat der Redner der viel verbreiteten Auffassung entgegen, daß die „Confederacion General de Trabajo“, die Organisation der Syndikalisten, der Republik feindlich gegenüberstehe. Sie hat, so führte er aus, mit am meisten für die Vorbereitung der Republik getan, wenn sie auch im Kabinett durch keinen Minister vertreten ist. Sodann ging er zu der brennenden Frage des Separatismus über. Der Separatismus bedeutet nach Ansicht der Confederacion eines der größten Hindernisse für die Einigung der Arbeiterklasse. Der Regierung werden dann einige wenig schmeichelhafte Worte gesagt. Nach Ansicht der Syndikalisten geht das Kabinett zu rückwärts vor. Es hätte viel energischer mit Ueberbleibseln der Monarchie aufgeräumt werden müssen, auch ohne Rücksicht auf entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen. Als schlimmstes Zeichen verhängnisvoller Milde wird angeführt, daß sogar ein Mann wie Martinez Anido, der Innenminister Primo de Riveras und ebendem Unterdrücker der Syndikalisten in Barcelona, der Republik das Treuesprechen habe abgeben dürfen.

Ein zweiter Teil der Rede galt dem Aufbau des neuen Spanien. Spanien sei in seiner ganzen Gestaltung durchaus föderalistisch. Seine Lebendigkeit beruhe auf der „Rebellion der Regionen“. Die „Confederacion Nacional de Trabajo“ hat, wie der Redner betonte, ihre größte Stärke in Katalonien. Dort tritt sie dem Staatssozialismus und auch dem kommunalistischen Gedanken entgegen. Sie verlangt größte persönliche Freiheit, ganz im Gegensatz zu Rußland, wo der Zentralismus die Freiheit ungeheuer beschränkt. Zu den Ereignissen der vergangenen Woche führt der Redner aus, daß der Syndikalismus kein Freund der Arbeiterbrennerei sei, daß die Schuld an den Vorfällen aber bei der Regierung läge, die nicht rechtzeitig die Könige aus dem Lande gejagt habe. Er entzündete die Unzufriedenheit der Volksmutter und fordert im Namen der Syndikalisten eine bessere Volkserziehung. Schulen in allen Dörfern sollten die Guardia civil und die Priester verlegen!

Wenn die Andeutungen des Redners richtig sind, wird sich die „Confederacion Nacional de Trabajo“ nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung („Cortes constituyentes“) beteiligen oder wenigstens keine eigenen Kandidaten aufstellen. Aber sie wird während der Tagung der Nationalversammlung in Madrid einen in Permanenz tagenden Kongreß abhalten, der die Arbeiten des Parlamentes von außen her kontrollieren soll.

Hier wurde zum ersten Mal in der Hauptstadt Spaniens vor einem größeren Publikum eine Art Programm des Syndikalismus entwickelt. Die Syndikalisten haben ihre meisten Anhänger in Katalonien und den übrigen Mittelmeerprovinzen, so Valencia und in Andalusien. Aber auch im asturischen Kohlengebiet und selbst in dem nordwestlichen Teil der Halbinsel, in Galizien haben sie in den letzten Jahren einbreiten können. Sie setzen größtenteils in sehr scharfer Konkurrenz zum Sozialismus, der von Madrid aus zentral organisiert ist. Die sozialistische Organisation der „Union General de Trabajadores“ ist die weitaus stärkere Macht; aber auch die syndikalistische Organisation ist durchaus nicht zu unterschätzen. In dem Kampf um die Macht waren die Syndikalisten stets die weitaus radikaleren. Und Barcelona, ihr Hauptstützpunkt, hat manchen unruhigen Tag gesehen, der auf diesen Radikalismus zurückzuführen war. Im allgemeinen werden sie abfällig und unabsichtlich immer wieder mit den Kommunisten verwechselt. In ihren anarchischen Tendenzen bilden sie aber eher das direkte Gegenstück zum Kommunismus.

## Die Wahlen zum katalanischen Vorparlament

Madrid, 26. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die Wahlen zum katalanischen Vorparlament, die am Sonntag stattfanden, brachten der Partei des Obersten Macia 22 Sitze, die übrigen 17 Sitze sind zerplittert.

Der bekannte Politiker Melquiades Alvarez erlitt am Sonntag im Verlauf einer bedeutenden politischen Rede einen tödlichen Schlaganfall.

Der Kriegsminister erklärte am Sonntag in einer Rede, daß die Reorganisation der Armee bereits begonnen habe. In Madrid und Badajoz würden je zwei Regimenter zu einem zusammengelegt.

## Belagerungszustand in Andalusien bleibt

Madrid, 26. Mai. (Eigener Funkbericht.)

In Anbetracht der Antriebe der Kommunisten wird der Belagerungszustand in Andalusien bis auf weiteres aufrechterhalten. Inzwischen hat der Generalgouverneur angeordnet, daß alle gewissenlosen Gerüchtmacher entweder mit hohen Geldstrafen belegt oder verbannt werden.

Die Zentralregierung hat den Jesuiten die Erlaubnis gegeben, ihre Hauptresidenz wieder in Madrid aufzuschlagen.

## Ausprache Grandi-Curtius

Rom, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Besprechungen zwischen Grandi und Curtius haben nach den Mitteilungen der italienischen Presse normalerweise den Zweck gehabt, Deutschland zu bewegen, an dem italienischen Plan einer gemeinsamen wirtschaftlichen Durchdringung der Donau- und Balkanstaaten teilzunehmen, nämlich nach gemeinsamem Plan Einzelabkommen mit den einzelnen Staaten zu treffen und so die italienische These vom Einlage zu führen; denn der französische Plan habe keinerlei praktischen Zweck und weiter komme man nur, wenn Deutschland gemeinsam mit Italien diese wirtschaftlichen Sonderabkommen pflege.

# Die Agrarreform in Spanien

Madrid, 22. Mai. (Eig. Bericht.)

Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Nationalversammlung wird neben der Fertigstellung der neuen spanischen Verfassung die Durchführung der Agrarreform sein. Aber die Landnot ist sehr dringend, und weiteres Abwarten in allen mit der Agrarreform zusammenhängenden Fragen wäre verhängnisvoll. Deshalb ist die „provisorische Regierung“ gezwungen, schon jetzt auf dem Wege des Dekretes einige der aller schlimmsten Unbestände zu beheben. Bald nach dem Umsturz wurde der Anfang damit gemacht, indem man die Vertreibung kleiner Pächter von dem von ihnen bewirtschafteten Grund und Boden verbot. Jetzt erfolgt ein weiterer, vielleicht wesentlich bedeutenderer Schritt mit einem Dekret über die Bildung von Landgenossenschaften aus Landarbeitern. Es gibt in Spanien viel unbebautes Land und sehr viele in der Landwirtschaft erfahrene brotlose Arbeitskräfte. Ganz besonders in Andalusien. Neben der wirtschaftlichen Not, die dort besteht, bilden diese Zustände eine dauernde politische Gefahr für die ruhige Weiterentwicklung der jungen Republik. In Andalusien hat von jeher ein Herd des politischen Radikalismus bestanden, eines Radikalismus, der großgezogen wurde durch die für den Mitteleuropäer kaum glaubhaften Gegenätze zwischen ungeheurem Reichtum und allerbitterster Armut. Dies jetzt erscheinene Dekret, das der sozialistische Arbeitsminister Largo Caballero gemeinsam mit dem Präsidenten der provisorischen Regierung zeichnet, soll mit der wirtschaftlichen Not auch der politischen Gefahr begegnen.

Im Wesentlichen bejagt dies für die künftige Entwicklung nicht nur der Agrarfrage, sondern der gesamten spanischen Politik äußerst wichtige Dekrete das Folgende: Die gesetzmäßig gebildeten landwirtschaftlichen Arbeiterverbände haben das Recht, Genossenschaften zu bilden, die Ländereien pachten und bewirtschaften. In erster Linie soll ihnen Grund und Boden zur Verfügung gestellt werden, der den Gemeinden gehört oder dem Staat mangels Testamentarischer Bestimmung oder als Zahlung für Schulden zugefallen ist. Sodann freiwillig übergebener Privatbesitz, Ländereien, die vom Besitzer nicht selbst bewirtschaftet werden und deren Pacht nicht erneuert wird. Weitere Paragraphen des Dekretes geben den Arbeitergenossenschaften einen Vorzug gegenüber Einzelpächtern bei dem Abschluß von Pachtverträgen. Dagegen sollen Familien, die mit ihren Kindern ein gewisses Landstück bebauen, auch fernerhin geschützt werden. Die Genossenschaften erhalten das Einsichtsrecht in Pachtverträge, um sich selbst rechtzeitig bei Ablauf anderer Verträge gewisse Ländereien sichern zu können. Im allgemeinen können die Genossenschaften zu den gleichen Bedingungen in die Pacht eintreten, wie sie gegenüber den früheren Pächtern bestanden. Da die neuen Arbeitergenossen teilweise noch nicht die nötige Erfahrung in der Umlage von Kulturen, im Einkauf von Gerätschaften und im Verkauf ihrer Produkte besitzen, werden ihnen von den staatlichen Stellen die notwendigen Lehrkräfte und Berater zur Verfügung gestellt. Die Genossenschaften genießen Stempel- und Steuerfreiheit. Das von ihnen benötigte Kapital wird von einer nationalen Kreditanstalt gegeben werden. Schließlich trifft das Dekret noch einige Bestimmungen über die Verwendung fremder Arbeitskräfte auf den Genossenschaftsländereien. Im allgemeinen soll die Verwendung bezahlter Arbeiter streng verboten sein. Nur in Notfällen können kurzfristige Ausnahmen gemacht werden. Dagegen sollen Vorkehrungen über die gegenseitige Arbeitshilfe verschiedener Genossenschaften untereinander getroffen werden.

Das Dekret schneidet fast alle bei der Bildung von Genossenschaften auftauchenden Fragen an. Es bildet nur einen Rahmen für unendlich viele Ausführungsbestimmungen, von denen das Gedeihen der neu zu gründenden Genossenschaften abhängen muß. So ist eine der wichtigsten Fragen, die näher beantwortet werden müssen, die nach der Kapitalbeschaffung und der Kontrolle über die Kapitalverwendung. Rumänische und italienische Erfahrungen haben den Verfassern des Dekretes vorgelegen. Man hofft, sie im Wesentlichen auf Spanien anwenden zu können.

Dies Dekret ist vielleicht bestimmt, das ganze Gesicht des spanischen Landes zu ändern. Auf jeden Fall bedeutet es einen außerordentlich mutigen aber keinesfalls unüberlegten Schritt nach vorwärts. Was Generationen und Jahrhunderte nicht fertig brachten, die Ruhbarmachung der reichen Landfürstentümer für die arbeitende Masse, soll hier versucht werden. Die Republik arbeitet! Das kann ihr auch ihr größter Feind nicht bezweifen. Sie ergreift sich nicht in kleinlichen Erwägungen über Akten und in Streitigkeiten über Pöbchen in Staat und Gemeinde, sondern sie packt die großen nationalen Probleme an.

# Großer Verschwörerprozess in Italien

Die Anklage gegen antifaschistische Verschwörer

Rom, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Ein revolutionärer Plan bürgerlicher Intellektueller und gemäßigter Sozialisten, der im vergangenen Herbst zum Sturz der faschistischen Herrschaft führen sollte und sehr viele Verhaftungen zur Folge hatte, wird am Sonntag durch die Anklage gegen 11 in seinen höchsten interessanten Einzelheiten aufgeleitet. Es müssen sich nämlich zehn von vielen Intellektuellen am 29. Mai vor dem Untersuchungsgericht verantworten. Von ihnen werden als Führer die bekannten Mailänder Antifaschisten Ricardo Bauer und Eusebio Rossi angegeben; drei sind flüchtig. Unter den anderen Angeklagten sind Ingenieure, Universitätsprofessoren und Flieger. Die am Sonntagabend veröffentlichte Anklageschrift zeigt die Pläne der Revolutionäre in vielen Einzelheiten auf. Nach der Anklage haben sie in Mailand, Sardinien und anderswo eine geheime revolutionäre Organisation republikanischen Charakters gehabt. Der Name dieser Organisation war gleichzeitig die Losung: „Gerechtigkeit und Freiheit“. Sie habe den bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg zum erklärten Ziel gehabt. Dieser, viele Kreise umfassende Organisation hätten Republikaner, Sozialisten, Liberale und Demokraten angehört. In zahlreichen geheimen Versammlungen haben sie ihre Propaganda getrieben mit Flugdrucken und sie in breite Massen getragen. Auch Bomben seien angefertigt worden, mit denen die staatlichen Gebäude belegt werden sollten. Gelder seien auf allen Wegen für diesen Kampf gesammelt worden. Nach der Anklageschrift hätte die Unterdrückung ergeben, daß die ganze Bewegung von der Pariser Antifaschistenzentrale unterstützt und geleitet worden sei. Der Flieger Tiezzoli sollte bei Ausbruch der Revolution Flugdrucken über Rom abgeworfen und die Bevölkerung zum Aufstand aufgerufen haben, ähnlich, wie es Bellaneri einmal über Mailand getan hat. Die Korrespondenz wurde von der Schweiz heimlich im Auto abgeholt. So kam die Sache heraus.

## Wasserstand

	26.5.	23.5.	26.5.1233.
Rhein (Unter-Regel) ...	2.13	2.15	2.66 2.47
Neisse (Sitz) ...	-0.14	-0.13	2.83 2.47
Regenbogen (Unter-Regel) ...	2.11	3.23	2.92 2.85
Beig (Mittelwasser) ...	2.91	4.00	2.88 2.85
Tessin ...	1.26	2.22	2.88 2.85



**STADTTHEATER**  
 Dienstag, 20.15 bis geg. 22.45  
 Abonnements-Vorstell. A 20  
**Der fliegende Holländer**  
 Mittwoch, 19.30 bis 23  
 Abonnements-Vorstell. B 20  
**Reben des Orest**  
 Donnerstag, 20.15 bis nach 23  
**Der Mantel**  
 Schwester Angelica  
 Gianni Schicchi

**LOBETHEATER**  
 Täglich 20.15 bis 22  
**Die fünf Franzfurter**

**ITALIATHEATER**  
 Täglich 20.15 bis 22.45  
**Abate und Diebe**

**Schauspielhaus**  
 Melini-Theater-Schiffel  
 Täglich 8 Uhr  
**Günther Fischer in**  
**Liebe und Trompetenbläser**  
 Preise von 50 Pf. bis 4 Mk.

**AKAZAR**  
 NEUE TASCHESTRASSE  
 und  
**BROADWAY**  
 GARTENSTR. 65  
**VERGNÜGLINGS-**  
**VARIETE-TANZ-**  
**PALÄSTE.**

**Neueröffnung!**  
 Hiermit allen Freunden, Genossen u. Bekannten zur Kenntnis, daß ich die  
**St. Hubertus-Säle**  
**Piasten-Bräu**  
**Friedrich-Wilhelm-Str. 32**  
 übernommen habe. Ich empfehle meine Räume für sämtliche Vereine, Sitzungen  
 usw. Zum Ausschank gelangt wie bisher das gute, billige Piasten-Bier.  
 Gute Speisen • Jeden Sonntag Familientanz  
**Walter Nowak u. Frau**  
 Telefon 56114

**Verlangen Sie, bitte, ein Probeheft**  
**Sozialistische Monatshefte**  
 Herausgeber Joseph Bloch

Preis pro Quartal 3 Mark, Einzelheft 1 Mark  
 Vorzugsausgabe (auf besonders schönem Papier) pro Quartal 6 Mk., Einzelheft 2 Mark  
 Die Sozialistischen Monatshefte sind diejenige Zeitschrift, in der  
 Idee des Zusammenschlusses der Europäischen Kontinente und  
 organische Gestaltung der Welt in fünf großen Wirtschaftsimperien  
 und vor, während und nach der Kriegszeit am konsequentesten vertreten  
 Jeder Freund des europäischen Gedankens lese daher die Sozialistischen  
 Monatshefte.

Das **neueste Heft** enthält:  
 Dr. Walther Pahl \* **Der Kampf um die Jugend**  
 Max Cohen-Reuß (M.R.) \* **Wie stehen wir zu Brüning?**  
 Dr. Richard Kleineihst \* **Vor der Europakonferenz**  
 Dr. Walther Maab \* **Realität und Ideologie des Souveränitätsbegriffs**  
 Dr. Max Klesse \* **Beamtenum, Staat und Demokratie**  
 Hermann Kranold \* **Der Panzerkreuzerstreit**  
 Dr. Bruno Borchardt \* **Stand und Aussichten der Kalenderreform**  
 Paul Kampfmeyer \* **Der Sozialist Wolfgang Heine**  
 Prof. Anna Siemsen \* **Die Kunst der Anna Pawlowa**  
 Walter Bauer \* **Radiourf: 1. Mai**

Die Staatsumwälzung in Spanien / Will Könnemann — Die deutschen  
 Betriebe / Dr. Walther Pahl — Gewerkschaft und Wirtschaft / Dr. Ad  
 Höfner — Die arabische Bewegung / Dr. Markus Joffe — Der Bau  
 Moleküle / Dr. Wladimir Lasarew — Der Zweckbegriff in der Biologie  
 Dr. Hans Hausstein — Leo Frobenius' Forschungsergebnisse / Paul Thorwald  
 Kunst und Gegenwart / Dr. Otto Braittkoven — Die Schulpoper / Hech  
 Trantow — Die Krise des deutschen Konzertwesens / Felix Stöbinger  
 Motorisierung der Landwirtschaft / Dr. Hans Wilbrandt — Kunstschutz  
 Ludwig Hilberseimer — Die Toten: Theo van Doesburg, Hermann Me  
 Motilal Nehru, Otto Reutter, Emile Trinkler, Desider Zador; und andere

**Portrait Wolfgang Heine**  
 Man abonniert in allen Buchhandlungen und auf jeder  
 Postanstalt sowie direkt beim unterzeichneten Verlag.  
 Für Bibliotheken bilden gebundene Bände der Sozia-  
 listischen Monatshefte ein wertvolles Nachschlagemittel.

Probhefte werden jederzeit kostenfrei überreicht.  
**Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 3**

**Primus**  
 PALAST-HUBENSTR. 10

Vom 26. Mai bis 1. Juni 1931  
 Täglich ab 4<sup>3/4</sup> Uhr  
 Eintrittspreise ab 50 Pf.  
**Kinder, Jugendliche, Erwerbslose**  
 halbe Preise  
 (Nur erste Vorstellung)

**Reichhaltiger Spielplan**  
**Blendende Unterhaltung**  
 Ein Werk  
 von tiefem, menschlichem Geschehen,  
 Ein Werk von Herz und Verstand  
 Tonfilm nach Novelle 10789

**Boykott**  
**Primaner-Ehre**  
 In den Hauptrollen:  
**Ul Dagover, Theod. Loos**  
**Wolfgang Zilzer, Ernst Stahl**  
**Nachbaur**

Diese glänzende Besetzung spricht für  
 sich selbst.  
 Für alle Eltern, heranwachsende  
 Jugend eine Warnung, welche zum  
 Mitleiden zwingt.

**Ufa-Wochenschau**

**Flock u. Flick's Brautfahrt**

**Donauwellen**

Cowboy-Sensations-Abenteuer, 6 Akte

**Tom Mix**  
 Spannendste Unterhaltung

**König Cowboy**

Nur Sonntags 3 Uhr: **Kinder-Vorstellung**  
**Wallenstein, 1. u. 2. Teil**

**Lebensbilder** erzählt von Willy Cohn  
**Karl Marx 60 Pf.**  
 Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

**Sommer-**  
**Stoffe**  
 und große Posten  
**Fabrik-**  
**Reste**  
 zu  
**Sonderpreisen.**

**Tietz**

**WER WILL SEIN MOTORRAD VERKAUFEN?**  
 FRAGEN SIE DOCH DURCH  
 EINE KLEINE ANZEIGE,  
 DIE SAGT IHNEN BESTIMMT!

Denken Sie bei allen privaten An- und Ver-  
 käufen an die tausendfach bewährte Klein-  
 anzeige in der erfolbringenden „Volkswacht“

**Kurgarten / Kleinburg**  
 Heute, sowie täglich  
**Garten-Freikonzert**  
 Heute 3. Feiertag, ab 8 Uhr:  
**Kurgartenball**  
 1. Großer Kinderfest  
 Morgen Mittwoch: 1. Großer Kinderfest  
 Kinder Eintritt inkl. Steuer 10 Pf. Erwachs. freil  
 Ab 8 Uhr: Kurgartenball.  
 Empfehle Vereinen mein Etablissement zur Abhaltung  
 von Feiern jeglicher Art zu konkurrenzlos billigen  
 Preisen. Bitte verlangen Sie Offerte.

**Druckerei Volkswacht**  
 fertigt moderne Druckfaden  
 Breslau 2, Hübnerstr. 4/8

**Deckbetten** 3/4 Bett  
 15.—, 20.—, 25.— u. 35.— Mk.  
 Rillen 5.—, 6.— u. 7.50 Mk.  
**Seilhaus Delsnerstr. 12/1.**

**Zur Althees**  
 und Matrizen, die  
 innerhalb 14 Tagen  
 nach Ablauf des  
 Auftrages nicht  
 abgeholt, kann eine  
 Gewähr für Aufbe-  
 wahrung nicht über-  
 nommen werden.

**Verlag**  
 der  
**Volkswacht**

**Bohnungen**  
 2 solide, berufstätige  
 finden ein freundl. Zus.  
**Logis**  
 bei Stempel, Hildebr.  
 straße 5, II. Etage.

**Baumarkt von Breslau und Umgegend**

**BAUHÜTTE BRESLAU**

**GEMEINWIRTSCHAFTLICHES GROSSBAUUNTERNEHMEN**

Personen-, Lasten-, Speisen-  
**Aufzüge** **Wilh. Kolbe**  
 Fernsprecher: 326 87, 375 94  
 Breslauer Aufzug-Fabrik  
 Breslau, Hubenstraße 64

**Schall & Co.**  
 Breslau-Oppeln  
 Lorenzstraße 10 - Sternstraße 10  
 liefern alle Gläser  
 für Innenausbauten und Möbel

**Licht-, Kraft-, Radio-Anlagen**  
 Tel. 567 22 Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate Tel. 567 22  
 Sprech-Apparate / Schallplatten  
**Breslauer Elektriker-Genossenschaft e. G. m. b. H.**  
 Beußenohle 38, Neuenweltgasse 5 (Nähe des Vorwärtskaufhauses)

**Malereigesellschaft m. b. H.**  
 Tel. 248 61 Breslau 8, Klosterstraße 98/100 Tel. 248 61  
 Malerarbeiten aller Art

**Breslauer Heizungs- u. Installateur-Genossenschaft e. G. m. b. H.**  
 Ausführung von Zentralheizungen, Sanitären Anlagen jeder Art,  
 Wasserversicherungen, Bo- und Entwässerungen, Gasleitungen,  
 Kupferleitungen, Kanalisationen und Wasserversorgungs-Anlagen  
 Reparaturen aller Art  
 Breslau 2, Hubenstr. 39, Tel. 312 26

**Sperrhölzer - Furnier Exoten**  
**Baltic-Import G. m. b. H., Breslau**  
 Brügger Straße 3-15 Tel. 578-21

**Marmor Kunststein Terrazzo Steinholz**  
**David & Schubert**  
 Breslau 10 / Fernruf 433 44  
 Tel.-Adr.: Daschu

**Ernst Hetzke, Baugeschäft**  
 BRESLAU 2  
 Sternstr. 12/13 Tel. 31000

**Kein Bau ohne gebrannte Ziegell**

**Paul Handke, Maurer-Meister Hoch- u. Tiefbau**  
 Gegr. 1897  
 Inhaber: Oppelt & Merzke  
 Breslau, Vorwärtsstraße 41 Tel. 570 98  
 Maurer- und Zimmerbetrieb, Wohnungs-  
 Gebäudes, Entwurfsarbeiten, Bauberatung

# Die Jugend marschiert auf

## Glänzender Verlauf des mittel- und oberschlesischen Jugendtages

Frühlingssonnenschein begünstigte den Aufbruch der sozialistischen Arbeiterjugend aus Mittel- und Oberschlesien — auch aus polnisch-schlesischen Genossen mit — der zwei Tage lang das Stadtbild Breslaus be-

So vorbildlich wie alle organisatorischen Aufgaben einer Tagung, vom Zeltlager bis zur Einquartierung bei gastlichen Genossen, bis zur Aufstellung des Fackelzuges und der mannigfachen Kundgebungen gelöst werden, war auch der Geist und die Disziplin der Jugendgenossen, die ihren schmucken blauen Hemden und den roten Schlipfen die feiertägliche ruhigen Straßen der schlesischen Stadt brachten.

### Die Begrüßung

Eingeleitet wurde der Jugendtag mit einer Begrüßungsrede am Sonntag vormittag im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, zu der sich die Delegierten der einzelnen Jugendgruppen zusammenfanden. Der Bezirksvorsitzende der mittel- und oberschlesischen Arbeiterjugend, Genosse Max Seidel, entbot den Gästen einen freundschaftlichen Gruß; kraftvoll brauste sodann die „Jugend, Kameraden!“ durch den Saal.

Nach einer vom Hausreichquartett vorgetragenen Overtüre sprach Oberpräsident Genosse Videmann der Jugend einen warmen Gruß. Er wies darauf hin, daß er als Oberpräsident alle Kräfte zu fördern bestrebt sei, die am Aufbau des polnischen Volksstaates mithelfen wollen. Dieser werde allein durch die Verfassung oder durch Minister verkörpert, sondern durch die Masse des Volkes. Und von den Massen der Jugend wiederum ist es abhängig, ob sie willens ist, die Verfassung zu einem sozialen Volksstaat zu gestalten. Das der Weg über die Organisation gehe, das hat die in der sozialistischen Jugend zusammengeschlossene Jugend erfährt. Sie ist eine Zeit hineingekommen, in der wirtschaftliche und geistige Not sie zu mehr hat die Arbeiterjugend die Aufgabe, mehr Kräfte zu entwickeln, die mitgestalten wollen an der Arbeit und am freien Volksstaat. Sein Gruß an die Jugend sei in der Lösung, Kämpfer zu werden „für ein freies Volk und eine freie Erde“.

Als Vertreter der Stadt Breslau nahm Johann Bürger-Genosse Macho das Wort und betonte, daß sein Amt es gebiete, oft mal's Tagungen zu begrüßen. Mit ganz besonderer Freude entledige er sich aber der Aufgabe, einen solchen Vertreter der sozialistischen Arbeiterjugend zu empfangen. Für die Arbeiterjugend in Städten und Gemeinden bei es in den letzten Jahren ganz besonders schmerzhaft, der Jugend nicht in der Lage zu sein, sich an der Arbeit zu beteiligen, wie es jeder Arbeiter für wünschenswert hält. Seine Worte klangen aus in die Freundschaft.

Der Ortsauschuss des ADGB vertrat Genosse Ruffert. Er sprach herzliche Worte und erinnerte die jungen Genossen an, daß ihre Demonstrationsfreiheit auf der Straße ein Erfolg der Arbeiterjugend ist, die der polnische Staat erkämpft hat. Die wirtschaftliche Freiheit ist damit allerdings nicht erkämpft. Der Breslau besorgende Aufmarsch der Arbeiterjugend sei ein Appell an die Arbeiterjugend nach intensiverer Arbeit unserer Jüden und Geschlossenheit der gesamten Arbeiterbewegung. Drei Jahrzehnte bedeuten der proletarischen Arbeit, die Lehren des großen Karl Marx an eigenen Erfahrungen zu lernen. Der Gruß der Jugend, „Freundschaft“.

### Die Abendfeier im Konzerthaus

Die starke Eindrücke von der erfreulichen Entwicklung, die die Sprechbewegungschor der sozialistischen Jugendorganisationen in Breslau unter Leitung von Otto Zimmermann genommen hat, stärkt noch als in der Aufführung von „Kreuzung der Meere“ zeigte sich hier auf der dem Publikum näher gerückten Bühne in unmittelbarer Wirkung auf den Zuschauer, was die Zusammenfassung selbstlos sich einer Idee hingebenden Jugendgenossen unter die Direktion einer neuartigen proletarischen Sprechbewegung, wie sie Genosse Zimmermann verkörpert, an der Schöpfung in unserer Festkultur zu leisten vermag.

In bunter Folge zeigte Otto Zimmermann seinen Vortrag interpretierte er mimisch-tänzerisch die Internationale und die proletarische Unterdrückung — das einwurfsvolle Gedicht „Der Arbeiter“, in dem aus dem Alltag geschöpft die Hymne des Arbeiterbewusstseins erwächst. Die Fanfaren des Heim 4 der Arbeiterjugend gaben einen wirkungsvollen Anstoß, der Sprechbewegungschor in vielfältigen Bildern den tiefen Eindruck der tänzerisch-mimisch-prägnanten Darstellungskraft, die den Arbeiterbewegungen niemals vermissen ließe, daß hier Menschen des Geistes nicht berufliche Tücher an sich gearbeitet haben, um der Festkultur sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Begeistertes Echo war „Wir Jungen wollen rote Fahnen tragen“, „Der Arbeiter“, Rhythmus unseres, des proletarischen Lebens der Arbeiterjugend der Großstadt, hinreichend das Gelächern der „Koten“ und das Lied der menschlichen Schöpfungskraft, das von der Arbeit, ein Warmbad der „Fankprach“ am Schluß der Zeit, weltumspannend im Gedanken und eine bezaubernde Leistung das neueingelübte Paquetische Sprechchor „Die Sklaverei ist abgeschafft“. Als zum Schluß hinwollte die Internationale angestimmt wurde, erhob sich der dicht gefüllte Konzerthausaal wie auf einen Schlag und stimmte begeistert ein.

Von Interesse, vor allem für die auswärtigen Genossen, war die Ankündigung des Genossen Zimmermann, daß beabsichtigt ist für nächstes Jahr ein neues gemaltes Chorwerk für die schlesischen zu schaffen, an dem sich alle Ortsgruppen beteiligen sollen, und für das sie im Laufe des Winters jede ihre besondere Teilaufgabe zugewiesen erhält. Zu Beginn der Darbietungen sprach nach der Einleitung durch die Fanfaren und

symbolisiert die höhere Form des Wunsches und Willens unserer Gemeinschaft. Als letzter Redner sprach Johann, von der Jugend lebhaft begrüßt, Genosse Eastein als Vertreter der Breslauer Parteiorganisation. Nicht als Vertreter „der Alten“ — belonte er —, denn die Breslauer Parteiorganisation fühlt sich nicht alt. Wenn sich die Arbeiterbewegung zum Ziele gesetzt hat, das kapitalistische System zu stürzen, um an seine Stelle ein besseres, allen eine glücklichere Zukunft verheißendes System zu setzen, dann kann sie dieses Ziel nur erreichen, wenn alle Kräfte miteinander verknüpft sind und wenn aus den Kräften der Jugend immer neue Kräfte für die Arbeiterbewegung erwachsen. Die Krise bedroht die Arbeiterjugend und besonders die arbeitende Jugend. Fast die Hälfte der Werktätigen sind arbeitslos und die andere Hälfte wird ständig mit der weiteren Senkung ihres Lohnniveaus bedroht. Der Aufmarsch der Arbeiterjugend ist deshalb eine besondere Willensleistung, daß sich proletarische Jugend trotz der Auswirkungen der Krise nicht feilsch beindrucken läßt. Eine besondere Bedeutung gewinnt der Aufmarsch aber angesichts der Tatsache, daß sich in einer Woche die Reaktion aus ganz Deutschland ein Stellbilden in Breslau Mauern zu geben gedenkt. Dieser Aufmarsch der uniformierten Reaktion soll dokumentieren den Willen zum Alten, den Willen zum Kapitalismus, und den Willen zu neuem Krieg. Er soll ein Kampfsignal für die kapitalistische Gesellschaftsordnung werden. Die Breslauer Arbeiterjugend hat deshalb in diesen Tagen die besondere Aufgabe, die Kräfte herauszufstellen, die den Friedenswillen bekunden und die der Reaktion vor Augen führen, daß auch die junge proletarische Generation nicht willens ist, sich töten zu lassen für die Ideale verstaubter Monarchien, sondern für die Eroberung der sozialistischen Gesellschaftsordnung marschiert. Stürmischer, nicht endenwährender Beifall zeigte, daß er der jungen Garde des Proletariats aus dem Herzen gesprochen hatte.

Zum Schluß sprach der Bezirksvorsitzende der SAJ, Genosse Max Seidel. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz der Not der Zeit eine so starke Beteiligung an dieser Veranstaltung zu verzeichnen sei. Besonders der Waldenburger Bezirk ist mit 300 Genossen und Genossinnen vertreten, keine Ortsgruppe ist unverteilt. Besonders herzliche Willkommensworte widmete er schließlich noch den Genossen aus dem oberschlesischen Bezirk, die es sich trotz der großen Entfernung nicht hatten nehmen lassen, ebenfalls mit einer 300 Jugendliche umfassenden Abordnung nach Breslau zu kommen.

Mit dem gemeinsamen Gesang „Dem Morgenrot entgegen!“ und dem vom Streichquartett intonierten Sozialistischen Marsch fand die Begrüßungsfeier ihren Abschluß.

### Rund um Breslau

Der Nachmittag des ersten Tages war veranstaltungsfrei. An sieben Plätzen in den Vorstädten sammelten sich die bis um die Mittagszeit in ihre Quartiere gebrachten jungen Genossen und Genossinnen. Ueberall fanden Kapitalkräfte und unter der Führung ortkundiger Genossen ging es los zu Besichtigungsfahrten durch die Stadt. Ueberall wehten die auf den Lastwagen mitgeführten großen roten Sturmflaggen, rote Fahnen zeigten auch die Wohnungen der Arbeiter.

Das Straßenpublikum besonders in Scheitnis, kam aus dem Staunen nicht heraus. Immer wieder rollte ein neuer dichtbesetzter Transport vorbei, und alle wollten zum Schluß ihrer Rundfahrt dem auf der Johannistwiese aufgebauten Zeltlager der Breslauer Jugend einen Besuch abstatten.

vermag Unerhörtes zu leisten. Kontinente zu durchqueren, wo möglich demnächst zum Monde zu fliegen, aber die Ordnung der heutigen Menschheit im Kapitalismus vermag sie nicht, nicht das eigene Geschick der Menschheit zu gestalten, nicht ein menschenwürdiges Dasein für alle zu schaffen. Die Maschine, die durch sie bedingte Reichumsvergrößerung wird zu Fluch, denn der Kapitalismus wird der Kräfte, die er entfesselt, nicht Herr. Andere Kräfte als die der verfaulten Kultur des kapitalistischen Zeitalters tun not, nur sozialistische Planmäßigkeit wird über die Krise helfen. Der Staat steht heute im Brennpunkt des Geschehens; man ruft ihn und die Reaktion verachtet ihn zu erobern, um die Menschen zu erobern. Wie der Bolschewismus so will das System der nationalstischen Diktatur die Macht über den Menschen erreichen, während wir die Macht durch die Menschen erstreben, und für uns die Macht nur wertvoll sein wird, wenn sie etwas Geistiges auszudrücken vermag.

Wer in der Wirtschaft nur Profit, im Staate nur Diktatur zu sehen vermag, dem ist unsere Welt allerdings fremd. Nationalsozialisten propagieren eine romantisch erscheinende Geistigkeit, aber sie meinen Panzerkreuzer und die Philosophen des Bürgertums wissen nichts anderes zu sagen, als daß das Abendland keine eigene Lebenskraft mehr habe. Der Kampf des Bürgertums verbleibt absterbendes, wir erkämpfen Neues. Man wirft uns vor, daß wir materialistisch seien, weil wir den Vorkundentag in der Erkenntnis propagieren, daß erst die Voraussetzung neuer Kultur unseres Zeitalters schafft, einer sozialistischen Kultur des schöpferischen Gestaltungswillens. Der Marxismus hat uns die Gesetze des wirtschaftlichen Seins erklärt, aber der Sozialismus kann erst in uns selbst erwachen und wir müssen uns vor Kapitalismus hüten, denn die Geschichte unserer Zeit ist nur der Rahmen, der erst durch unsere Impulse zum Strom des Geschehens wird. Jeder von uns hat hieran Anteil, jeder eine Pflicht zu erfüllen. Im Wechsel der Zeit sehen wir nun drei Generationen des Sozialismus vor unserem Auge vorbeiziehen, die Generation deren Typ August Bebel war, die Generation der Revolutionsepoche, deren Typ einmal in Karl Liebknecht, dem revolutionär bewegten Menschen, zum anderen in Friedrich Ebert auftritt, der versuchte, im Aufbau einer neuen Staatlichkeit das Ziel zu erreichen. Heute sind wir in einer anderen, viel reiferen Periode. Was wir brauchen, ist der neue Typ, den die Jugend des Proletariats schaffen muß, den Typ des leidenschaftlich bewegten Sozialisten, der über die kritische Zeit der Gegenwart hinwegzuehen, des Menschen, der die Verantwortung für das Ganze zu übernehmen vermag.

Die Geschichte wird nicht von den dumpfen Massen der Reaktion, sie wird nur durch den Geist gestaltet und unser Geist steht tausendmal höher, als die Unkultur des Nationalismus. Darum rufen wir die proletarische Jugend heute auf, damit sie sich nicht als zu schwach befinden werde, sondern imstande sei, die Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse zu übernehmen. Reicher Beifall lohnte dem Genossen Stammer, wie dem Genossen Zimmermann und den Darstellern des Sprechbewegungschores bei jeder einzelnen Darbietung. Anschließend an die Feier im Konzerthaus formierte sich am Morgen und in der Agnesstraße

### Der Fackelzug

zum ersten geschlossenen Aufmarsch der Jugendtagung, voran die Fackeltrahnen und ein Meer wehender roter Fahnen über blauen Marschkolonnen, die sich im Schein lodrender Fackeln in Bewegung setzten. Die Kampflieder schallten durch die Straßen und überall bildeten die Passanten Spalten. Der Zug marschierte durch die Neue Graupen-, Gräbshener, Holzei-, Stebenhusener und Reichstraße und bewegte sich sodann durch die Gräbshener Straße zurück auf den Platz der Republik, wo

### Genosse Eastein

vor der Kampe des ehemals kaiserlichen Schlosses eine kurze Ansprache hielt und anknüpfte an das Lied der Jugend, „Wir wollen rote Fahnen tragen“, das nicht nur Motto dieser Tagung, sondern Gelöbnis sei. Ein Gelöbnis, das die Breslauer Parteigenossenschaft freudig vernehme und erwidere. Als Weggefährten im Kampf um die Zukunft des Sozialismus begrüßt die sozialistische Arbeiterjugend die Jugendgenossen aus Mittel-schlesien, aus Oberschlesien und aus der Wojewodschaft Schliesien, mit einem herzlichen Willkommen. In einer Woche werden wir hier in Breslau unwillkürlich die Sätze hören, wird sich die Reaktion hier ein Stellbilden geben und die Kriegs-hege nicht zuletzt gegen das polnische Nachbarland Triumphe feiern. Ich, die ihr heute zu uns gekommen seid, demonstrieren für andere Ziele, für den Willen des Jungproletariats, nicht die Reaktion triumphieren zu lassen, gegen Kriegshege, für den Völkerverständnis einzutreten, so wie das vielgesungene Lied „Wir wollen keine Waffen tragen“ es fordert. Darum sei unsere Kundgebung auch eine Warnung an alle Kriegsheger und ein Bekenntnis, daß uns der polnische Proletarier näher steht, als der deutsche Kapitalist. Die Internationale, das wird die Menschheit sein.

Begeistert stimmte die Jugend nochmals in die Internationale ein und rückte dann in die einzelnen Stadtteile ins Quartier, oder ins Zeltlager ab.

### Der Verlauf des zweiten Tages

#### Morgenfeier im Gewerkschaftshaus

„Organisation über alles!“ Unter diesem Motto fand die Morgenfeier im Gewerkschaftshaus, die den zweiten Tag einleitete. Wieder im zum Vollen gefüllten Saal; wieder tritt Otto Zimmermann auf die Bühne, diesmal an ein rot drapiertes Rednerpult. Er rezitiert Verse von Kästner und Schönlauck. Und wieder festelt seine Vortragskraft. Dann folgte der Film „Lohnbuchhalter Kremle“. An das Schicksal der in ihm handelnden Personen knüpften die dann folgenden Worte des Genossen

#### Kurt Weber

an, der im Auftrage des Hauptvorstandes der SAJ, an dem Jugendtag teilnahm. 700 000 Jugendlichen gehe es heute ähnlich

wie dem Lohnbuchhalter Kremle, unterschiedlich sei nur, daß ein Teil von ihnen nach der Schulentlassung überhaupt nicht erst in den Produktionsprozess eingeschaltet werden konnte. Über auch darin liegt ebensoviel Tragik, daß die andere Hälfte sogleich nach Beendigung der Lehrzeit auf die Straße gesetzt wird. Unermeßlich ist es, was auf diese Art an seelischen und geistigen Werten innerhalb der jungen Generation zerfallen wird. Als Gegenstück zu dieser Feststellung sei zu registrieren, daß 37 Prozent der noch erwerbstätigen Jugend länger als 48 Stunden arbeiten muß, sich bei 7 Prozent die Arbeitszeit sogar über 60 Stunden in der Woche erstreckt. Ist das aber so, weil wir einen demokratischen Staat haben oder weil die Partei nach dem Geschrei ihrer Gegner zur Verräterin der Arbeiterjugend geworden sei? Für wer von Demokratie und Partei keine Ahnung habe, läßt sich solche Behauptungen ausschlagen. Klassenbewusste Prole-

**Für Raucher: Chlorodont-Zahnpaste** Tube 54 Pf. große Tube 90 Pf. Verlangen Sie nur echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.



# Der nasse Tod

## Unter einen Kahn geraten

Das heiße Wetter während der Pfingsttage, das wieder einen gewaltigen Strandbetrieb an der Oder veranlaßte, forderte auch wieder ein paar Badende als Opfer. In der Nähe der Eisenbahnbrücke, am Liegehafen, ertrank am Vormittag des zweiten Feiertages der achtzehnjährige Arbeiter Gerhard Klein aus der Freiburger Straße 40, der beim Tauchen an der herbeigerufenen Feuerwehr blieben ohne Erfolg. — Unweit dieser Stelle ertrank am Nachmittag des gleichen Tages der in der Köpelmühlstraße 78 wohnende Dreher Max Preuß und die Mutter mußte den tragischen Tod ihres Sohnes mit ansehen. Auch in diesem Falle war es nicht möglich, die Leiche zu bergen.

Am Sonntag kam der sechsjährige Sohn Ermin des Schlossers Neumann aus der Schweigerstraße 9 ebenfalls in den Tod. Das Kind war auf einem schwimmenden Behälter der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, die Anlagestelle dieser Gesellschaft sperrt, herumgeleitet und dabei in Wasser gestürzt und ertrunken. Die Feuerwehr konnte die Leiche in den Abendstunden bergen.

Bei Maffelwitz wurde am Montag morgen die Leiche eines ungenannten Menschen aus der Oder gelandet, die schon mehrere Monate im Wasser gelegen haben muß. Die polizeilichen Untersuchungen ergaben, daß es sich um den seit November v. J. vermissten Verheirateten Gerhard Jenke aus der Leuthenstr. 68 handelt, der aller Wahrscheinlichkeit nach Selbstmord verübt hat.

# Schwere Unfälle

Sonntag abend erlitt ein an der Obertorwache vorbeifahrender Kraftwagen die über die Straße laufende achtjährige Schülerin N. aus der Matkiasstraße. Die Lenklinie des Wagens schlug dem Mädchen mit solcher Wucht an den Kopf, daß sie schwer verletzt wurde. Ein Polizeibeamter das Kind in das Georgskrankenhaus schaffte.

Am Sonntag wurde der auf seinem Motorrad die Schwandorfer Chaussee nach auswärts fahrende Schneider K. aus der Lohestr. von einem Motorradfahrer so ungeschickt überholt, daß ihn dieser anfuhr. Er stürzte, schlug mit dem Kopf auf die Steinplatte des Fußgängerweges und blieb schwer verletzt und bewußtlos liegen. Er mußte in das Wenzel-Hand-Krankenhaus geschafft werden, wo er noch immer bewußtlos daliegt. Seine auf dem Sozius mitfahrende Ehefrau kam weniger glimpflich weg.

In der Lohestr. lief am Sonntag nachmittags der elfjährige Schüler S. aus der Bahnhofsstraße dicht hinter einem Kraftwagen über den Fahrdamm und wurde dabei von einem Kraftwagen ungerissen. Der Knabe erlitt einen Oberschenkelbruch und mußte mit einem vorbeikommenden Auto in das Krankenhaus bei Heidesda gebracht werden.

# Mißglückter Selbstmordversuch

Am Hauptbahnhof warf sich am Sonntag abend ein Mann von einem fahrenden Straßenbahnzug, um sich auf diese Weise das Leben zu nehmen. Da es dem Wagenführer rechtzeitig gelang, einen Wagen zum Stehen zu bringen, wurde das Vorhaben des Lebensmüden vereitelt. Die Polizei nahm den Mann in Schutzhaft.

# Am den Folgen gestorben

Der am Sonntag an der Ecke Michaelisstraße-Mittelfeldweg verunglückte Schüler Hans Malicki aus der Jägerstraße 4, über dessen Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk am Sonntag nach berichtet wurde, ist einige Stunden nach der Einlieferung in die Maxklinik gestorben.

# Elektrizität und Gas im Haushalt

## in der Ausstellung „Unsere Wohnung“

Deutschland steht im Zeichen des Sparzwanges. Die Zahl derjenigen Familien, die sich eine Hausangestellte oder überhaupt eine häusliche Hilfe leisten können, schmilzt immer mehr zusammen. Um so mehr macht sich die Notwendigkeit geltend, Haus- und Küchenarbeiten, die Wäschebehandlung und die unersparlichen unerquidlichen Nebenarbeiten zu vereinfachen. Die Hauptarbeit der Hausfrau bleibt nach wie vor die Nahrungszubereitung, kann sich doch hier die Hausfrau als Meisterin des Geschmacks und der sparsamen Wirtschaft am besten betätigen. Die Schwierigkeit beginnt bei der richtigen Auswahl der Küchengeräte. Strom und Gas werden mit erhöhter Energie am die Günstig der Hausfrau und jedes schilbert die Vorteile seines Betriebsstoffes in so verlockender und überzeugender Weise, daß die arme Hausfrau völlig ratlos ist. Helfen kann nur die Prüfung im praktischen Betrieb an einer neutralen Stelle, wie etwa einer Ausstellung, kann das Experimentieren im eigenen Hause ist viel zu kostspielig.

Die Mehrzahl unserer Küchen ist wohl noch mit dem Gasherd ausgerüstet, der ja unzweifelhaft sehr viele Vorteile bietet, in dem er sich aufs feinste regulieren läßt und zuverlässig, rasch, sauber und billig arbeitet. Schon aber ist der Elektro-Ingenieur zur Stelle mit der Erklärung, daß nur der elektrische Herd alle Vorzüge besitzt und am allerleichtesten an die von dem Kochgut verlangte Kochtemperatur sich anpassen läßt. Der notwendige Artikel in jedem Haushalt ist das warme Wasser. Die Gaswerke bieten einen gasgeheizten Durchflußwärmer für den Wasseransatz in der Küche an, so daß man von derselben Zapfstelle kaltes, warmes oder heißes Wasser nach

Belieben erhalten kann. Aber auch die Elektrizitätswerke haben einen elektrischen Heißwasserspeicher, mit dem es möglich ist, eine größere Menge Heißwasser während der Nacht zu billigem Preise zu bereiten, das dann den ganzen Tag zum Kochen, Waschen und Baden zur Verfügung steht.

In der Ausstellung „Unsere Wohnung“ (Eröffnung 30. Mai Ausstellungsgelände Scheitnig) werden die Städtischen Elektrizitätswerke eine voll elektrische Küche und ein elektrisch eingerichtetes Badezimmer ausstellen und die Städtischen Gaswerke werden in Verbindung mit dem Verbande selbständiger Klempner und Installateure Schlestens, dem die zugelassenen Gasinstallationsgeschäfte angehören, auf der Ausstellung eine Wäscheküche, Badezimmer und Küche zeigen, alles mit Gasgeräten zweckvoll ausgerüstet.

An beiden Stellen werden den Interessenten, also namentlich den Hausfrauen, alle Auskünfte und Ratsschlüsse kostenlos erteilt werden.

# Heraus zur Demonstration!

Der Erweiterte Parteivorstand hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Parteigenossenschaft für Sonnabend, den 30. Mai, 19 Uhr, zu einer wichtigen Demonstration gegen den Stahlhelmtag anzurufen.

Nähere Bekanntmachungen folgen!

# „Sie haben überhaupt kein Recht, das Wohlfahrtsamt bezahlt die Miete!“

Was sollen diese verletzenden Bemerkungen?

Im Hause Bohrauer Straße 88 erlebte dieser Tage eine Hausbewohnerin und Parteigenossin eine recht ehrverletzende Abfertigung beim Hausmeister, als sie um das Wäschbuch bat. Das wurde ihr nämlich auf die Erde geworfen und als sie zu dieser Art der Abfertigung ihre Verminderung äußerte, wurde sie von der Hausmeisterin belehrt: Sie haben überhaupt kein Recht, das Wohlfahrtsamt bezahlt die Miete!

Ohne noch auf die weiteren Auseinandersetzungen der Parteien einzugehen, muß gesagt werden, daß eine solche Belehrung um so verletzender wirkt, wenn sie aus dem Munde proletarischer Menschen kommt. Die Arbeiterklasse hat lange dagegen kämpfen müssen, daß ein Unterstützungsempfänger in

# Aus dem Gerichtssaal

## Die fingierten Schwangerschaftsbesuche

Die Hebamme F. hatte der Krankenkasse zu wiederholten Malen Schwangerschaftsbesuche in Rechnung gestellt, die sie gar nicht gemacht hatte. Es handelte sich zwar immer um kleine Beträge von 2 bis 4 Mark, aber die unberechtigten Gebührenforderung stellte doch einen groben Vertrauensbruch gegenüber der Krankenkasse und auch der Schwangeren dar und deshalb wurde Strafantrag wegen Betruges gestellt. Vor dem Schöffengericht wurde durch eine ganze Anzahl Frauen festgestellt, daß die Angeklagte tatsächlich die beanstandeten Besuche nicht gemacht, sondern sie unberechtigter Weise in Rechnung gestellt hatte. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 Mark.

# Nazi-Propagandist Herden

wegen Vergehen gegen das Republikshauptsatzgesetz verurteilt. Der bekannte Nazi Herden hatte vor einiger Zeit Flugblätter verteilt, die die Ueberstürzung trugen: „Aus aus der Kirche. Der Inhalt des Flugblattes stellte eine grobe Beschimpfung der Republik dar. Es war darin unter anderem gesagt: „Dieser Staat, der vor zwölf Jahren durch Meinel und Berrall gegründet wurde“. Auch in anderen Ausdrücken wurde der Staat verächtlich gemacht. Herden stand vor dem Erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Vergehen gegen das Republikshauptsatzgesetz zu verantworten. In einer großen Rede redete er allerlei wirres Zeug durcheinander. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte an Stelle von drei Wochen auf 2 1/2 Mark Geldstrafe.

# Verurteilter Landesberratt

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hatte sich vor dem I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau der 24 Jahre alte Angestellte Alfred Weiner aus Königshütte OS. wegen verurteilten Landesberrats zu verantworten. Er befindet sich seit Oktober vorigen Jahres in Untersuchungshaft. Die Anklage legte ihm zur Last, in Kattowitz, Hindenburg und an anderen Orten verurteilten Landesberratt getrieben zu haben. Der Angeklagte bestreitet dies. Zu der Verhandlung waren sieben Zeugen und als Sachverständige Major Hiemer-Berlin und Kriminalkommissar Graes geladen. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis. Auf die Begründung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

# Nochmals Sparrassenprozeß

Der Prozeß gegen die Sparrassenbeamten und Angestellten, der im März vorigen Jahres in zwölfstägiger Verhandlung das Erweiterte Schöffengericht beschäftigte, wird im Juni eine Wiederholung erfahren, da sowohl von einigen Beurteilten, als auch von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt wurde. Die Berufungsverhandlung beginnt am 8. Juni unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kobesky. Es ist eine Verhandlungsbauer von 3 Wochen vorgesehen. 25 Zeugen und 3 Sachverständige wurden geladen.

Breuchen-Deutschland zum rechtslosen Bürger zweiter Klasse degradiert wurde. Man sollte deshalb heute erwarten können, daß nicht ein Protokoll dem anderen unter Berufung auf Unterstützungsbezug sein Recht als Hausbewohner und Mieter abzurufen versucht.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende März 1931 auf 615 948 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende April 1931 nach der „Fortreibung“ (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugezogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgezogen werden) des Städtischen Statistischen Amtes 618 589. Geborene wurden 630, Gestorbene 656 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberfluß an Gestorbenen von 26. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 5855, die der Fortgezogenen auf 5188, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 667 errechnet. Zusammen mit dem Ueberfluß der Sterbefälle über die Geborenen ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende März 1931 um 641 Köpfe.

# Kraftwagenfahrten in die schlesischen Gebirge.

Der Schlesische Verkehrs-Verband veranstaltet in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr Nordmark in dieser Woche folgende Autobusfahrten: Donnerstag, den 28. Mai, ins Zobtengebirge nach Lampadel, Kaffeepause, anschließend Besteigung des Geiersberges (bequem). Abfahrt 14 Uhr, Rückfahrt 19 Uhr. Preis 3,25 Mark. — Sonntag, den 31. Mai, nach den Tennenstädten Adersbach und Wetzelsdorf. Abfahrt 6 Uhr, Rückfahrt 18 Uhr, mit Abendpause in Bad Salzbrunn. Preis 9 Mark. Paß oder Grenzübertrettschein erforderlich. — Ferner am Sonntag, dem 31. Mai, ins Eulengebirge (Zimmermannshöhe). Abfahrt 7 Uhr, Rückfahrt 20 Uhr. Preis 5,50 Mark. — Fahrkarten im Schlesischen Verkehrs-Verband, Gartenstraße 96, werktäglich 8 bis 19 Uhr, Telefon 524 21).

# Waisenkinder auf dem Pfingstpaßchen

Die Bezieher des Pfingstpaßchens laden, wie alljährlich, auch in diesem Jahre, und zwar am kommenden Donnerstag nachmittag die Waisenkinder nach dem Festplatz auf der Viehweide. Viele Mütter, die ihre Kinder verloren haben, und ihre Freude oft an anderen Kindern empfinden, haben auch hier Gelegenheit, einmal fröhliche Gesichter zu sehen. Ein Tag auf dem Pfingstpaßchen sind für die Waisenkinder unvergeßliche Tage.

# Aus der Umgebung

## Zusammenstoß auf der Landstraße

Kurz vor Kettendorf versuchte am ersten Feiertage gegen Abend ein Motorrad ein Auto zu überholen und geriet dabei mit dem Wagen aneinander, so daß das Rad in den Straßengraben geschleudert wurde und der Kraftwagen sich auf der Straße zweimal überschlug. Eine der Insassen erlitt eine schwere Kopfverletzung, die anderen kamen, ebenso wie die Motorradfahrer zum Glück mit leichteren Verletzungen davon.

## Woißhitz. Kampf um die Wohnungszwangswirtschaft.

Neue Steuern. In der Gemeindevertretung am 21. Mai wurde die Gemeinde-Biersteuer mit sieben Stimmen bei drei Enthaltungen beschlossen. Sie wird ab 1. Juni erhoben. Mit den gleichen Stimmen wurde auch die Bürgersteuer genehmigt. Beim Schuletat wurde von bürgerlicher Seite beanstandet, daß die Position der Lehrmittel zu hoch sei. Sie beträgt ganze 30 Mark. — Als Revisoren für die Gemeindefinanz wurden wiederum Lehrer Ziebold und Genosse Scheibel gewählt. — Eine lebhafte Debatte gab es bei der Beratung über die Verbehaftung des Wohnungsmangelgesetzes, die schon in drei Sitzungen erörtert wurde, da die Bürgerlichen begrifflicher Weise an der Ausbeutungsfreiheit des Grundbesitzes interessiert sind, obwohl neben vielen bauwürdigen und ungeeigneten Wohnungen Woißhitz noch sieben Wohnungslos aufzuweisen hat. Es wurde schließlich, da der Widerstand der Arbeiter zu lebhaft war, wiederum beschlossen, diese Frage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Reidenhof. Einbrecher im Fahrradgeschäft. In der Nacht zum Sonnabend drangen Einbrecher in das Fahrradgeschäft Bartzsch ein, raubten circa 25 Mäntel und Schläuche, 16 Karbidlampen, Raikuhlager und verschiedene wertvolle Gebrauchsartikel. Sogar die Schmirgelscheibe hießen die Diebe mitgehen. Die Polizei nahm die Fahndung auf. Der Schaden des Geschäftsinhabers ist erheblich.

Reintsch. Ziegenpeter in der Schule. Hier mußte seit einigen Tagen der Unterricht in der katholischen Schule teilweise ausfallen, weil in einer Klasse mehr als die Hälfte der Kinder an Ziegenpeter erkrankt ist. Von ärztlicher Seite ist in den sechs unteren Jahrgängen der Unterricht unterlagert worden. In den beiden oberen Jahrgängen geht der Unterricht weiter, da die Krankheit dort nur in einem Falle aufgetreten ist.

# Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Niemtsch Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gadenbana (Guben), Zimmer 170-174. Telefon 29060, 29061. Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr. Die Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt findet jeden Freitag nachmittag 16-19 Uhr im Gewerkschaftshaus in Breslau, Zimmer 173 statt. Findel. Am Donnerstag, den 28. Mai, bei Scheitler SPD-Mitglieder- und Reichsbanner-Versammlung, Redner: M. Kuliczynski und Dr. Korn.

**TEUSCHER**

**Wahrheit**

**Einheits-PACKUNG 40R GROSSPACKUNG MK-120**

**BULGARIA-STERN**

**die richtige Volkszigarette**

**Wichtiger als Geld ist die Freundschaft des Konsumenten. Zu ihr führt nur ein Weg: Wahrheit.**

Den geht die Bulgaria in eiserner Konsequenz. Alles Sinnen und Trachten gilt unseren großartigen Marken und ihren bulgarischen Edel-Tabaken.

Das bringt uns so viele entzückte Weggefährten.

# Die Staatsicherheit ist gefährdet,

## wenn Soldatenmißhandlungen bekannt werden

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse verhandelte das erweiterte Liegnitzer Schöffengericht am Freitag gegen fünf frühere Reichswehrsoldaten, die wegen zahlreicher Fälle von Mißhandlung Liegnitzer Reichswehrsoldaten angeklagt waren. Die fraglichen Vorfälle liegen zum Teil fünf bis sechs Jahre zurück, wurden auch damals von einem entlassenen Reichswehrangehörigen zur Anzeige gebracht, merkwürdigerweise aber erst jetzt verhandelt. Der Versorgungsamwärtter Schinle wurde wegen einer Ohrfeige, die er beim Antreten der Wachtparade des damals nach Berlin abkommandierten Liegnitzer Bataillons, einem Soldaten gab, zu einer Woche und einem Tage Arrest verurteilt, im übrigen aber mit den vier Mitangeklagten freigesprochen. Das Gericht hielt sich für bemüht, in seiner Urteilsbegründung anzuführen, daß der angezeigte Soldat keine Soldatenverbrechen begangen habe, hingegen den Unteroffizier eine Mißhandlung ihrer Dienstgewalt nachzuweisen gewesen sei; was nach fünf Jahren auch dann nicht Wunder nehmen kann, wenn möglicherweise die Vorfälle nicht so harmlos waren, wie sie jetzt anscheinend von den beschuldigten Angeklagten dargestellt wurden.

Der Freispruch ist wahrscheinlich zu Recht erfolgt. Was sich nicht unbedingt erweisen läßt, kann und darf nicht zu einer Verurteilung führen. Wieso aber — und insoweit ist dieses Verfahren ein Skandal — dauerte die Anklageerhebung so lange, bis eine einwandfreie Rekonstruktion der Vorfälle nach allen Erfahrungen der Rechtspflege gar nicht mehr möglich sein konnte? Wieso insbesondere war hier die Staatsicherheit gefährdet? Entweder die Unteroffiziere waren unschuldig, dann kann es dem Ansehen der Wehrmacht nur dienen, daß dies in aller Öffentlichkeit dargelegt wurde. Oder sie waren schuldig, und dann hat die Allgemeinheit ein Recht darauf, zu erfahren, was in der von ihr erhaltenen Reichswehr vorgeht, ob insbesondere Mißhandlungen zur entsprechenden gerichtlichen Sühne führen. Oder sollten etwa die Regeln, nach denen die Wachtparade des Berliner Wachregiments aufzieht, zu den kostbaren militärischen Geheimnissen zählen, von denen jedes Heer in Europa glaubt, daß es nur sein Geheimnis und zur Vorbereitung zum nächsten Krieg unentbehrlich sei?

Eines ist sicher, dem Vertrauen zur Rechtspflege und zur Reichswehr hat dieser Ausschluß der Öffentlichkeit nicht gedient.

## und wenn der Gewehrjäger des Postsekretärs genannt wird

In der Nacht vom 15. zum 16. Februar wurde bei einem pensionierten Postsekretär Ernst Richter in Trebnitz eingebrochen. Der Täter erbrach den Gewehrjäger und stahl aus diesem eine Pistole. Außerdem ließ er ein Fahrrad, eine Wärmestunde, einen Aschenbecher und eine Reisetasche mitgehen. Ein Teil der gestohlenen Gegenstände wurde am nächsten Morgen in benachbarten Gärten aufgefunden. Als Einbrecher wurde der Arbeiter Georg G. aus Breslau ermittelt. Bei der gerichtlichen Behandlung des Falles sowohl vor dem Schöffengericht wie auch in der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer wurde jedesmal, wenn der Einbruch in den Gewehrjäger besprochen wurde, bei der Vernehmung des Kriminalbeamten, der leinzeitig die Ermittlungen aufgenommen hatte, die Öffentlichkeit und Presse wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“ ausgeschlossen.

Es scheint um den Gewehrjäger des Herrn Postsekretärs doch recht eigenartig bestellt zu sein, daß die Bekanntgabe seines Inhalts die Staatsicherheit gefährden kann.

## Boesche bleibt

Wie gemeldet, hat die Stettiner Stadtverordnetenversammlung den Liegnitzer Regierungspräsidenten Dr. Boesche zum Oberbürgermeister gewählt. Schon als diese Wahl in Aussicht stand, hat man von offizieller Seite in Liegnitz vernommen, daß alle möglichen Instanzen im Regierungsbezirk sich gegen eine Abberufung wenden, sodaß von vornherein zu erwarten stand, daß Dr. Boesche nicht ohne Weiteres seine bisherige Tätigkeit aufzugeben geneigt sei.

Dementsprechend hat er denn jetzt auch erklärt, daß er die Wahl in Stettin nicht annehme, da ihn nur „ein positiver Vertrauensbeweis von ganz ungewöhnlichem Ausmaß“ den schweren Entschluß aus dem Staatsdienst ermöglicht hätte. Die Weisheit der Stettiner Stadtvertretung sei zwar beachtlich, aber nicht ausreichend, um ihn zum Verlassen seines bisherigen Postens zu bewegen.

Da eine Mehrheit einseitlich Rechte und Rechte, Kommunisten, Mittelparteien, Sozialdemokraten und Nazi heute im Allgemeinen selten erzielbar sein dürfte, selbst wenn der Kandidat wie der Liegnitzer Regierungspräsident, ein tüchtiger Beamter und politisch in keiner Weise unangenehm bemerkbar ist, verfehlt man nicht ganz, warum Dr. Boesche nicht von vornherein in Stettin abginge.

## Falschmünzer festgenommen

Arbeitslosigkeit leitet auf die Bahn des Verbrechens

Im „Zollhaus“ in Birkenbrunn, Kreis Bunzlau, lehrten dieser Tage zwei jüngere Männer ein, die nach einer Zeche mit 30 Pfennig-Süden bezahlten, welche von der Wirtin nachher als falsch erkannt wurden. Ein anwesender Zollbeamter verfolgte die mit einem Motorrad abgefahrenen Gäste. Diese lehrten inzwischen im „Gerichtstreichhaus“ in Tilsendorff kurz vor der Stadt Bunzlau ein, nachdem sie vorher im Dorje getinkt und ebenfalls mit Falschgeld bezahlt hatten. Der Gastwirt im Gerichtstreichhaus kloppte auch Verdacht, was jedoch die Fremden weckten. Sie flüchteten eilig. Das Motorrad verlagte jedoch am steilen Kirchberg. Der Fahrer und andere Leute, sowie ein Landjäger konnten schließlich die beiden Falschmünzer verhaften.

Es handelt sich um zwei Arbeitslose: den 23jährigen Glaschleifer Otto S. und den 21jährigen Kellner Gerhard R. beide aus Rauscha O. Man fand bei ihnen eine Menge Falschgeld. Sie legten bei ihrer Vernehmung ein Geständnis ab. Mit Spirituslöcher, Episteln, Gipsformen und zwei Schabermaschinen hatten sie ihre Falschmünzerei eingerichtet.

## „Mollatier“ empfangen erweist sich

weil ihm die Unternehmung gelangt wurde.

Nach mehr als einjähriger Arbeitslosigkeit brachte sich der 24jährige Chauffeur Traugott E. in Herzshof a. R. einen Kopfschlag bei. Im Krankenhaus ist er bald darauf den Schmerzen verlegen. Nachdem man ihm kürzlich die Wohlthatenunterstützung gestiftet hatte, sah der Unglückliche keine Möglichkeit mehr, weiterzuleben.

## Juda verredet!

### Stimmungsgeld von der Wanderschaft

Gestern fand am Kanaberg eine mit viel Lärm und ungelegener Feiern zur Erinnerung nicht der Wanderschaft an den Kanaberg, sondern der Kampfe des Schicksals im dritten Polenauflauf statt. Da die auf 100 000 Mark gesetzte Wettsumme sich entsprechend dem Geist der diese Art Wanderschaften

in Oberschlesien trotz offiziellen Gepräges zu beherrschen pflegt, zu einem guten Teil aus nationalistischen Kreisen zusammenschle, gab es bei der Rede des Oberpräsidenten Lufschel, der bekanntlich dem Zentrum angehört, einen Zwischenfall nach dem anderen.

Als Lufschel ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten verlas, stimmten die Nationalsozialisten in den bekannten geistvollen Ruf „Deutschland erwache! Juda verredet!“ ein, so daß schließlich die Polizei gegen die mit brauner Hose und weißem Hemd uniformierten (1) SA-Gruppen einschreiten mußte. Es gelang ihr die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Bunzlau. Unregelmäßigkeiten auf dem Stadtgut. Gegen den Administrator Hantschka, der das 700 Morgen große Stadtgut Tilsendorff verwaltet, ist ein Verfahren wegen Unregelmäßigkeiten eingeleitet worden. Man wirft ihm vor, 4200 Mark aus der Kasse für Eigenzwecke entnommen zu haben und einen Verlust des Gutes in Höhe von 8500 Mark nicht einwandfrei klären zu können.

Liegnitz. Leichenfund an der Stadtmühle. Am Kochen der Stadtmühle wurde die Leiche des Friseur-Obermeisters Oskar Wenzel gefunden. Auf welche Weise M. in den Mühlgraben gestürzt ist, steht noch nicht fest. Wenzel war 53 Jahre alt und seit zwölf Jahren der erste Vorsitzende des Niederschlesischen Bezirksverbandes der Friseurmeister, sowie Vizepräsident des Landesverbandes Schlesischer Friseurmeister.

Schweidnitz. Sozialdemokratischer Stadtrat gewählt. Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung stand die Wahl eines besoldeten Stadtrats. Von 29 abgegebenen Stimmen erhielt Regierungsrat Dr. Hausmann, der Kandidat der SPD, 17 Stimmen und Assessor Dr. Krauthaus 11 Stimmen. Eine Stimme war ungültig. Dr. Hausmann ist somit gewählt.

Siebau. Sturz mit dem Motorrad. In der Schmiedeburger Straße, in der sich viele Schlaglöcher befinden, brach einem Reisenden aus Landeshut die Gabel seines Motorrades und kurzte. Der Berunglückte mußte bewußtlos mit schweren Kopfverletzungen weggeschafft werden.

Wahlgiersdorf. Beim Spiel in den Tod. Ueberrausches Spiel zweier Knaben am Martinstag im Ortsteil Donnerer nahm einen tragischen Ausgang. Der achtjährige Sohn des Gutspächters B. wurde von seinem Spielkameraden aus Ueberrausch in den Teich gestoßen. Obwohl es bald gelang, den Knaben aus dem Wasser zu ziehen, starb er doch kurz darauf, da er zu viel Schlamm hatte schlucken müssen.

Wüstewaltersdorf. Was wird mit der Bergbahn? Die seit dem Jahre 1914 bestehende Bergbahn Wüstewaltersdorf-Hausdorf hat seit einiger Zeit stark rückläufige Einnahmen im Frachtverkehr zu verzeichnen. Das Fortbestehen der Kleinbahn A.G. ist ernstlich in Frage gestellt.

Zettlitz. Pferd und Frau auf einem Weidungsacker. Heute das Pferd eines Schweidnitzer Offiziers und sprang auf den Reiter eines Kraftwagens. Der Offizier zog sich Verletzungen am Fuß zu. Dem Pferd wurde der Leib aufgerissen, so daß es sofort getötet werden mußte.

Ritterswalde OS. Kunstbinger geriet dem Landeshelfen Hantscher beim Ausströmen in eine nicht beachtete Verletzung. Kurz darauf trat Blutvergiftung ein, Hantscher nunmehr erlegen ist.

Chronkau, Kr. Oppeln. Raubüberfall mit negativem Erfolg. Abends überfielen hier zwei Männer eine Frau in ihrer Wohnung und schlugen mit Schwermetall Gegenständen auf sie ein, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. In ihrer Angst bot die Frau den Räubern an, das in einer Schublade aufbewahrt war. In der Dunkelheit vergriffen sich jedoch die Räuber und nahmen statt des Geldes nur einige Papiere an sich.

Falkenberg OS. Kreisleiter der Landespolizei geht zu den Nazis. Der Kreisleiter der Landespolizei Wiesner junior, der nach einer Mitteilung des schlesischen Volksboten die hiesigen Nazis mit der Waffe bildete, ist nunmehr auch offiziell zu den Nazis gegangen.

Hindenburg. Die Löhnung geraubt. Ein polnischer Grenzgänger wurde in der Nähe des Guidowaldes von W. lagern überfallen und seiner Löhnung beraubt.

Kattowitz. Aufständische verurteilt. In Zusammenhang mit den Gewalttaten der Powstanie bei der Wahl im vorigen Jahr wurden vom hiesigen Schwurgericht Aufständische zu je drei bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt, ihnen aber Bewährungsfrist zugesprochen.

Siemianowitz-Baurhütte wird Stadt. Der Wojewodschaftsrat hat in seiner letzten Sitzung der beantragten Verleihung der Stadtrechte an Siemianowitz seine Zustimmung gegeben.

Polkow. Kreis Plesch. Vetter-Explosion. Ein Händler küllte in der Nähe des Ofens seiner Wohnung Petroleum ab. Plötzlich ereignete sich eine schwere Explosion. Vier Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Sorbisch, Kreis Kobinitz. Kampf mit Schmuggler. Polnische Grenzbeamte stecken an der grünen Grenze auf Schmugglerbande von vier Mann, die schwer beladen mit Waren von Deutschland kam. Als die Schmuggler auf Anruf der Grenzbeamten die Flucht ergriffen, sandten ihnen Beamten mehrere Schüsse nach, wobei ein Schmuggler verletzt zusammenbrach. Ein zweiter Schmuggler wurde ebenfalls verletzt. Die beiden anderen entkamen in den nahen Wald, vier Mann hatten 80 Liter Mehl und größere Mengen Getreide bei sich.

Groß-Kunzendorf (Schlesisch-Schlesien) Blizschlag. Ein Felder betäubt eine ganze Familie. Ein Blizschlag in der Familie des Gastwirts Geier ging hier nach einem Gewitter auf das Feld und wurde dabei von einem Blitz, der in einem naheliegenden Baum schlug, getroffen. Die ganze Familie wurde betäubt, der Gastwirt selbst getötet.

Sibyllenort. Hofnachrichten. Die „Schlesische Zeitung“ meldet folgendes höchstbedeutendes Ergebnis: „König Friedrich August von Sachsen, der sich mehrere Wochen zur Kur in Bad Nauheim aufhalten mußte, ist nach Sibyllenort zurückgekehrt. Seine Gesundheit ist vollkommen wiederhergestellt.“ — Es ist sicher erfreulich, daß „der Geeignete“ vollkommen gesund in Sibyllenort wohnt, aber bedauerlich erscheint uns, daß die „Schlesische“ noch nicht einmal von seiner bald dreizehn Jahre zurückliegenden Abdankung als König aller Sachsen Kenntnis genommen hat.

## Werbt ständig für unsere Zeitung

### Familien-Anzeigen

Am 22. Mai verschied unser langjähriger Kollege

**Hermann Binek**

im Alter von 63 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Backmeister sowie die  
Belegschaft der Bäckerei des BGV.

Beerdigung: Mittwoch, den 27. Mai,  
nachmittags 4 Uhr, von der Halle 2,  
Tor 6, des Oswitzer Friedhofes. 6888

### Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter

Am 22. Mai 1931 verschied unser Mitglied der

**Hermann Bieneck**

im Alter von 63 Jahren. 2029

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 27. Mai, nachm. 4 Uhr,  
in Oswitz, Halle 11, Tor 6.

Trauerhaus: Rortschstr. 10.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verbandsstelle Breslau

Am 17. Mai ist der Tod in den Fluten der

**Erich Lammel**

im Alter von 18 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verbandsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 26. Mai, nachmittags  
3 Uhr, vom Coseler Friedhof.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

## „Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend-Volkes. Preis 35 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

Wir brauchen Arbeit!

Bei uns erfährt jeder Auftrag, selbst der kleinste, eine individuelle Behandlung • Unser Vertreter steht Ihnen nach telephonischem Anruf mit unverbindlichen Vorschlägen zur Verfügung • Bitte, rufen Sie:

## Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau 2, Finkenstraße 4-8 • Fernsprecher: 21737 und 21738



## Einsturz einer Mauer

### Vier Arbeitersportler tödlich verunglückt

Greifswald. Am ersten Pfingstfeiertage im Rahmen eines Festes des Arbeitersportvereins „Fichte“, das im Festsaal des Arbeitervereins abgehalten wurde, zu einem schweren Unglück, vier Berliner Arbeiter das Leben kostete. Die vier Berliner Arbeiter wurden schwer verletzt. Sie kamen ebenfalls von Greifswald und der Umgebung der Reichshauptstadt.

Das Unglück entstand durch den Einsturz der Mauer eines Hauses, das neben dem Gewerkschaftshaus am Ende der Hauptstraße, unmittelbar am Ausgang der Stadt nach Greifswald liegt. Die etwa drei Meter hohe Mauer, die schon seit längerer Zeit baufällig war, und auf deren Zustand die Berliner Sportler vor mehreren Jahren aufmerksam gemacht worden waren, stürzte bei ihrem Eintreten zahlreich der gerade zum Abgang nach dem Sportplatz angetretenen Sportler. Die Katastrophe hat hier allgemeine Teilnahme hervorgerufen. Bei den Sportlerpartei bestand die Absicht, das Sportfest infolge des Unfalls vollkommen abzubrechen. Die Berliner Zeitung „Fichte“ sorgte jedoch dafür, daß das Fest im Rahmen des vorgesehenen Programms durchgeführt wurde.

Unter den Verletzten befindet sich auch ein Kind. Außerdem sind zahlreiche Leichtverletzte zu verzeichnen. Verletzt wurde auch eine Frau, deren Mann bereits auf dem Heimweg in der Nähe von Finkenberg in Mecklenburg verunglückt war.

## Schwerer Grubenunfall bei Saalfeld

Bei Arbeiten im Schacht auf der Eisensteingrube. Schmiedehämmer am Sonnabend vormittag die Bühne ein und begrub einen Mann der Frühlingszeit, die auf der Schachthöhe unter sich. Vier weitere Bergleute konnten durch die Anwesenheit eines Betriebsführers vor dem gleichzeitigen Zusammenbruch bewahrt bleiben. Von den sechs verschütteten Bergleuten sind vier als Leichen, die beiden anderen unterlebensfähig worden. Die Beerdigung der Todesopfer hat unter der Anteilnahme der Bevölkerung und der Bergleute, unter sich auch die beiden Verletzten befanden, stattgefunden.

## Die Fällscher der Zwanzigmarktheine endlich entlarvt

Ein gefährlicher Fälschmüller, der 35 Jahre alte Ingenieur R. wurde in Dichterfeld festgenommen. Beim Fälschen hatte er ein umfassendes Geschäft ab. Seit Dezember 1926 tauchten in ganz Deutschland Fälschungen von Zwanzigmarktheinen auf. Die von Anfang an gehegte Vermutung, daß der Fälscher in Berlin wohne, hat sich nun bestätigt. Ingenieur R. ist „Einzeltäter“, weder von der Herstellung noch von dem Vertrieb der Fälschungen hatte ein Mensch außer ihm eine Ahnung. Vor etwa einem halben Jahre hatte er in Berlin einen Zusammenstoß mit der Polizei. Im letzten Augenblick gelang es ihm aber auch hier, die Fälschungen, die er in einem Korb mit sich hatte, wegzunehmen und so fand man bei ihm nur eine Note, auf die er sich herausreden konnte. Im Laufe der Jahre hat er etwa 100 Stück seiner Fälschungen, die ihm vielleicht 90 000 Mark einbrachten, umgekehrt. R. wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

## „Gotteslästerung“

Auf Veranlassung des Berliner bischöflichen Ordinariats wurde von der Staatsanwaltschaft gegen Max Seeler, den Leiter der „Jungen Bühne“, ein Gotteslästerungsverfahren eingeleitet. Seeler hat in einer Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, in dem sich der liebe Gott kopfschüttelnd über die Berliner Theaterkrise äußert.

## Helidentat eines Lehrers

Erst nachträglich wird die mutige Tat eines eifässigen Lehrers bekannt, die dieser mit dem Leben bezahlte. Am 1. April veranlaßte den Lehrer von Chateau-Renaud in der Nähe eine kleine Kinovorführung. Der junge Lehrer, der erst 22 Jahre alt, übernahm die Rolle des Operateurs. Während der Vorführung fing die Filmbühne auf bisher ungelöste Weise Feuer. In dem Augenblicke, als der Heldenhafte Lehrer und hielt die brennenden Filme, um zu verhindern, daß das Feuer auf den Zuschauerraum übergriff, in dem über 200 Kinder dicht gedrängt zu sitzen waren. Der Saal konnte ohne Panik schnell geräumt werden. Doch der Held, kreditlos an Händen, Beinen und Gesicht verbrannt, mußte ins Spital eingeliefert werden, wo er nach vier Tagen unter großen Schmerzen verstarb.

## Messerschene im Eden-Prozess

Als am Freitag im Charlottenburger Eden-Prozess die am Montag unterbrochene Urteilsverlesung fortgesetzt wurde, sprang plötzlich der verurteilte Berliner, der sich vor drei Tagen durch die Verneinung der Veronastabletten verhandlungsunfähig gemacht hatte, von der Anklagebank auf, richtete unter dem Ruf „Das ist ein Messer, wehe!“ sein Taschmesser gegen den Vorsitzenden und bedrohte dann unter wilden Gesten den Vorsitzenden mit einem harten Ringkampf gelang es den Geschworenen, den herbeigeeilten Wachmännern, den Angeklagten zu überführen. Die Urteilsverlesung wurde auf Antrag des Staatsanwalts in seiner Abwesenheit beendet.

## Verurteilung einer Straßenräuberbande

Nach mehr als 48stündiger Beratung erkannte am Freitag das Große Schöffengericht in Köln gegen die Straßenräuberbande, Deblon, Waldbi, Kurz und Steinbrecher, die den Raubverbrechen auf eine Bankfiliale in Köln-Vindental verübt hatten, wegen sie sich in einem besonderen Schwurgerichtshof am 30. Mai zu verantworten haben werden, sowie vier weitere Angeklagte wegen Straßenraubes, Einbruchs, Diebstahls und anderer Diebstahle und gefährlicher Verbrechen auf folgende Strafen: Für Kurz und Waldbi je sechs Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Zuchthaus für Deblon und Steinbrecher, gegen Deblon fünf Jahre Gefängnis, Inveen vier Jahre Gefängnis und Steinbrecher sechs Monate Gefängnis bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu einem Jahr neuen Monaten bei teilweiser Anrechnung der Untersuchungshaft, Gewährung von Strafauflage und in einem Falle Aufhebung des Haftbefehls.

Das Ganze illustriert in frasser und überzeugender Weise den jüngst feierlich geschworenen Legatitätsseid Adolf Hitlers. Wie sagte der Held von München bei seiner Vernehmung im Eden-Prozess? — Die SA überfällt niemanden, sie ist immer in der Notwehr, sie hält eiserne Disziplin und läßt sich niemals zu Ausschreitungen hinreißen.

## Auf Wienchenjagd!

Ein Regatitätsseid wird illustriert. Etwas geradezu Beispielloches hat sich in Berlin ereignet. Fünf SA-Banden, von hemmungsloser Raufgier getrieben, überfielen einen Passanten, der ihnen nicht das Geringste getan hatte, prügelten ihn halb tot und verfolgten den schwer Mißhandelten in ein Haus, in das er bis auf die Bodentreppe flüchtete. Als sie Miene machten, den Portier, der sich den Nummern entgegenstellte, niederzuschlagen, zog dieser in größter Not seinen Revolver und schob, wobei einer der Rowdies schwer verletzt wurde. Unter den Hitlertrafaleuten befand sich auch ein kürzlich wegen nationalsozialistischer Umtriebe aus der Berliner Schutzpolizei entlassener Polizeiwachmeister.

In Reinickendorf findet eine nationalsozialistische Versammlung statt. Ein Goebbels-Hauptling hält eine wilde Rede und bringt die Versammelten in fiebernde Erregung. In der Versammlung ist ein starker SA-Trupp der Stennes-Opposition erschienen, der jeden Augenblick Miene macht, sich auf die hitler-treuen Versammlungsteilnehmer zu stürzen. Nur durch starke Polizeikräfte kann im letzten Augenblick eine wilde Saalschlacht zwischen den verfeindeten Brüder verhindert. Zur tiefen Bestürzung der heiderseitigen SA, die schon die Kordarmel hochgekempft hat, um sich gegenseitig zu verholzen.

Die Versammlung ist gegen 11 Uhr zu Ende und fünf Nazis, darunter der famose Polizeiwachmeister a. D., beschließen, ihren nicht abtrüben Raufkomplexen Rechnung zu tragen und sich irgendwohin „Juden oder Marxisten zu kaufen.“ Sie ziehen geschlagen 6 Stunden wie hungrige Wölfe durch die nördliche Friedrichstadt, lümmeln sich in Kneipen und Gassen herum, ohne zum Ziel gelangen zu können. Keine Kooperation will gelingen, die Chancen der vier Kräftejünglinge sinken immer mehr. Schließlich jedoch, es ist schon ganz hell geworden, erblicken sie an einer Straßenbahnhaltestelle einen jüngeren Menschen, der sie zwar nicht im geringsten belästigt hat und weder als Jude noch als Marxist erkennbar ist. Zuerst beschimpfen sie ihn in der unflätigsten Weise und fallen dann wie die Wilden über ihn her. Dem Unglücklichen gelingt es schließlich, blutüberströmt, seinen Heimweg zu erklimmen. Er verliert sich, man findet ihn wieder, er wird aufs neue mißhandelt. Niemals gelingt ihm die Flucht. Er entkommt in das Haus des Gesamtvorstandes, in dem der Nazis der Portier entgegentritt. Auch der Portier wird in der brutalsten Weise mißhandelt. Er zieht seinen Revolver und schießt auf die Angreifer. Einer wird schwer verletzt. Auf dem Polizeipräsidium stellt sich später einwandfrei heraus, daß der Portier in höchster Notwehr gehandelt hat. Die Nazistrafaleuten sind in Haft, sie werden sich vor dem Richter zu verantworten haben. Es sind Männer jenes Schlages, wie sie Hitler als seine Elite bezeichnet.

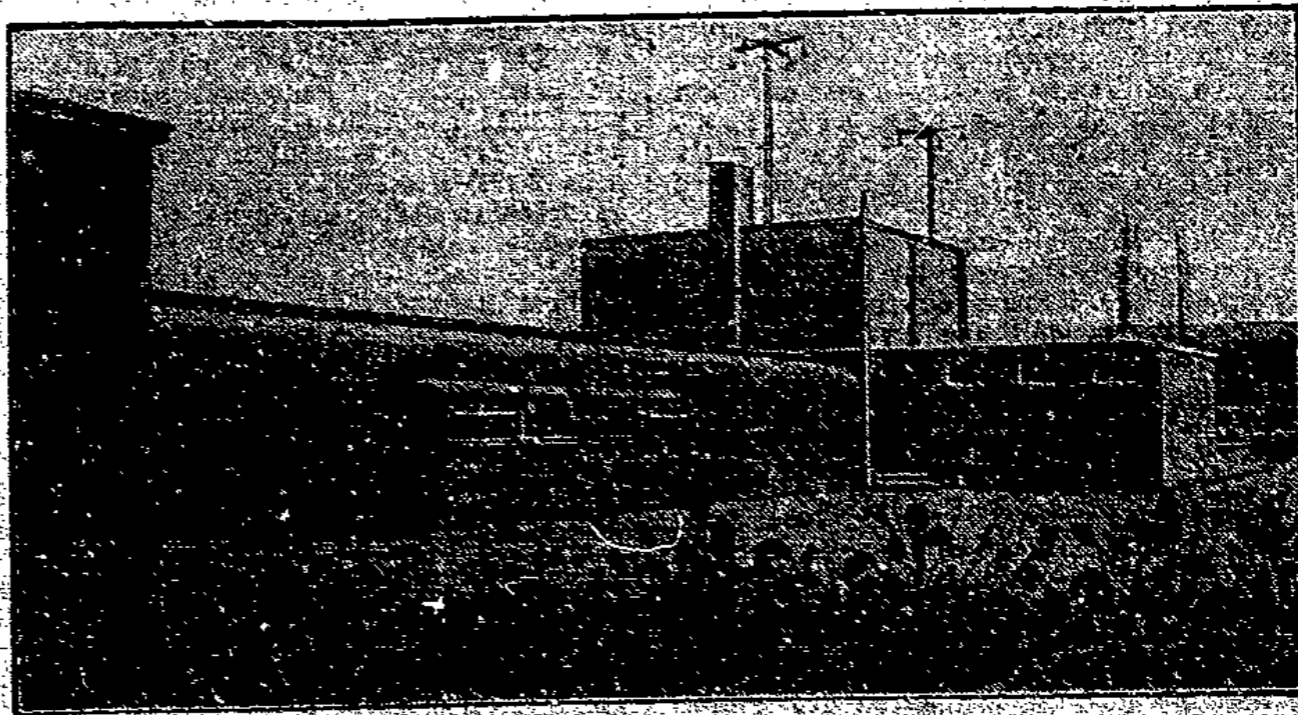
## Eröffnung der Usedomer Bäderbrücke

Unter starker Beteiligung der Bevölkerung von Usedom, von Behörden, Vereinen, Anordnungen und Schulfürsinnern fand am Freitag nachmittag die feierliche Eröffnung der neuen Brücke statt, die die Insel mit ihren zahlreichen Badeorten mit dem Festlande verbindet. In einer Ansprache dankte Landrat Heller vom Kreise Usedom-Wollin den Behörden und Reich und Staat für die tatkräftige Unterstützung, die sie dem Bau angedeihen ließen, dem Bauleiter, Regierungsrat Hansjüngel, und den Arbeitern, die den Bau in einem Jahre vollendeten. Der Oberpräsident von Pommern, von Halpern, wies darauf hin, daß in erster Linie der Rückblick des Landrats des Kreises der Bau der Brücke zu verdanken sei. Dem Kreise sei es gelungen, alle Instanzen von Land und Reich für den Bau zu gewinnen, ohne den notleidenden Kreis selbst über seine Leistungsfähigkeit hinaus zu belasten. Während bereits der Verkehr über das neue Bauwerk flutete, wurde auf der anderen Seite die alte Fährbahn, die vor der Eröffnung zum letzten Male ihren Dienst versehen hat, mit schwarzen Trauerwimpeln geschmückt, abgehleppt.

## Überfall auf einen Geldbriefträger

In der Hindenburgstraße in Duisburg wurde ein Geldbriefträger, als er eine Nachnahme von 2 000 Mark in einem vor 14 Tagen eingezogenen Zimmermieter einlieferten wollte, von diesem und einem Helfer überfallen. Mit einem mit Sand gefüllten Strumpf erhielt er einen schweren Schlag über den Kopf, der ihn jedoch nur für kurze Zeit betäubte. Auf seine Gegenwehr ergrißen die Täter die Flucht. Der Geldbriefträger

## Ein altes Sort auf der Berliner Bau-Ausstellung?



Es sieht es so aus, ist aber doch etwas ganz Harmloses. Es ist eine moderne Bühnenform für tausend Bühnen, und was so drohend wie ein Ball ausstrahlt, ist die Rückansicht der Logenbalke. Die auf der einen Seite an das Wohngebäude, auf der anderen an die Wirtschaftsräume anschließt.

rante hinterher, alarmierte das Marktpublikum am Hindenburgplatz und kurze Zeit darauf konnten beide Täter verhaftet werden, der eine auf der Straße, der zweite auf dem Dach eines Hauses. Beide gaben an, den Überfall schon vor 14 Tagen geplant zu haben.

## Großer Schnapsprozess

Das erweiterte Schöffengericht verhandelte gegen 13 Angeklagte aus Bonn, Köln und verschiedenen Orten an der Mosel wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz. Gegen drei Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von einem bis sieben Monaten verhängt. Die drei Angeklagte und weitere sechs erhielten insgesamt 230 445 Mark Geldstrafe und weitere 29 567 Mark Wertverhaftungsstrafe. Bei vier Angeklagten erkannte das Gericht auf Freisprechung.

## Gold in der Tschechoslowakei

Bei Schürfersuchen in der Gemeinde Tucna bei Roznava fand man ein reichliches Goldvorkommen. Hier waren seinerzeit Antimonitgruben im Betrieb, die den Abbau aber wegen Unrentabilität schon im Jahre 1929 einstellen. Jetzt wurde festgestellt, daß die Abfallstoffe der Gruben reichlich Goldsand enthalten und zwar nach dem Befund des Geologischen Instituts 22 bis 24 Gramm Gold auf 100 Kilogramm. Die seinerzeit entlassenen Arbeiter hoffen nun auf reiche Beschäftigung.

## Wein ist stärker als Wasser

In dem an der Donau liegenden nordbuhgarischen Dorfe Komolodo brach dieser Tage ein Brand aus, der ein ebenso seltenes wie lustiges Ende fand. Spielende Kinder hatten die Strohscheiter des Dorfwirtes Witow in Brand gesetzt. Infolge starken Windes drohten die Flammen, auf das Gasthaus und das anliegende Gemeindegasthaus überzugreifen. Das Feuerhorn gellte. Doch als die beiden Dorfspritzen an der Brandstelle ankamen, stellte sich heraus, daß in der Nähe kein Wasser vorhanden war. Karlos fanden die biedereren Feuerwehrleute da und wußten sich nicht zu helfen. Schließlich kam ein heller Bauerndurch auf den gesuchten Einfall, doch die erheblichen Weinbestände des Wirtes zur Speisung der Spritzen zu verwenden, bis Wasser herangeholt sei. Gejagt, geizig. Unter nicht geringem Hallo wurden die größten Weinfässer des Wirtes aus dem Keller gerollt und nach wenigen Minuten spien die beiden Pumpen das köstliche rote und weiße Rot in dicken Strahlen auf den roten Hahn, der in knapper Viertelstunde, noch bevor der Wein alle war, „ertränkt“ wurde. Natürlich hatten die Bauern bei allem Eifer auch nicht vergessen, den eigenen inneren „Brand“ zu löschen und sich erhöhte Courage anzutrinken. Nun, nach abgeschlossener Löscharbeit forderte der Wirt, trotz darüber, sein schwer bedröhtes gemessenes Haus gerettet zu legen, auch von sich aus die waderen Feuerwehrleute und arbeits herbeigeeilten Bauern auf, sich an dem restlichen Wein gütlich zu tun. Und wie der Orischronist meldet, hallte das Dorf bis zum frühen Morgen von den lustigen Gefängen der feuchtschläglichen Feuerlöcher wider.

## Arbeitertod

Im Steinbruch Trajtschi bei Sofia wurden acht Arbeiter unter hereinbrechenden Gesteinsmassen begraben. Drei der Verunglückten wurden auf der Stelle getötet, die übrigen lebensgefährlich verletzt.

## 150 Millionen Zote!

Die Stadt Debregin in Ungarn beschloß vor kurzem, in ihren Wabungen eine allgemeine Verteilung der Markkäfer durchzuführen, die in diesem Jahre in außerst großer Zahl erschienen waren und bedeutenden Schaden anrichteten. In den ersten zwei Wochen des Verteilungsfeldzuges wurden 1200 Meter-Zentner Markkäfer vernichtet. Wenn man auf ein Kilo 1200 Exemplare dieser gefährlichen Gesellschaft rechnet, so ergibt sich, daß der erfolgreichen Säuberung ungefähr 150 Millionen Markkäfer zum Opfer fielen. Die Stadt entrichtete 15 Heller (rund 11 Pfennig) für je ein Kilogramm der Schädlinge.

## Amerikanische Bankräuber fliehen in einem gestohlenen Flugzeug

Eine Verbrecherbande, der es gelungen war, bei einem Bankraub in Pontiac (Michigan) eine Summe in Höhe von rund 60 000 Mark zu erbeuten, ist in einem gleichfalls gestohlenen Flugzeug entflohen. Man machte sich sofort an ihre Verfolgung, so daß sie zu einer Landung in der Nähe von Chatham gezwungen waren und das Flugzeug im Stiche lassen mußten. Sie konnten in Toronto verhaftet werden, wo man sie daran erkannte, daß in ihrem Hotelzimmer der erbeutete Betrag in einer Zeitung aus Pontiac eingewickelt aufgefunden wurde.

## Fünf Löwen vergiftet

Im Zirkus Barnum, der zurzeit Holland bereist, wurden dieser Tage fünf wertvolle Löwen, die noch am Abend zuvor gesund aufgetreten waren, tot in ihrem Käfig aufgefunden. Es wird Vergiftung vermutet. Der nicht durch Versicherung gedeckter Schaden beträgt 50 000 Gulden.

## Die Versorgung der Arbeitslosen

### Bedeutende freigewerkschaftliche Vorschläge

Wie ein unheilvolles Gewitter steht die Sozialabbaulage über dem Horizont. Das Sanierungsgeleit kommt. Es wird die schwüle Atmosphäre der Ungewissheit weggesaugt. Gewitter können aber auch fürchterliche Verwüstungen anrichten. Besonders bedenklich wären solche Verwüstungen beim Arbeitslosenschutz. Nach allem, was man hört, soll keine Neufinanzierung in erster Linie durch Abbaumaßnahmen herbeigeführt werden. Die freien Gewerkschaften haben wiederholt auf die mit den ruckbar gewordenen Abbauplänen verbundenen ernstlichen Gefahren hingewiesen. Wiederholt haben sie den Nachweis geführt, daß eine Ausschöpfung des Arbeitslosenproblems durch Einführung von Gefahrenklassen, Verlängerung der Wartezeit, Abbau der Leistung durch Kürzung der Unterstützungsdauer und dergleichen alles andere als eine Lösung des Arbeitslosenproblems darstellt. Die freien Gewerkschaften treiben jedoch nicht nur negative Kritik. Wie stets, so zeigen sie auch jetzt einen Weg aus den Schwierigkeiten. In der nächsten Nummer der „Arbeit“, der Monatszeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beleuchtet Dr. Bruno Broeder diesen Weg.

Die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung kann, wie aus Broeders Darstellungen klar hervorgeht, in der Arbeitslosenversicherung ausschließlich von der Einnahmeseite her erfolgen. In der Krisenfürsorge und kommunalen Fürsorge bedingt die Reform eine organisatorische Zusammenlegung, eine Neugliederung der Leistungen und auch hier wiederum eine Neuordnung der Mittelaufbringung. Die Reichsanstalt ist zurzeit nicht in der Lage, die Beitragbemessung von 8 1/2 Prozent voll auszuschöpfen. Schon die Erhebung des Beitrags nach Grundlöhnen oder Mitgliederzahlen hat nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst bedeutet einen erheblichen Einnahmefall. Die Begrenzung des beitragspflichtigen Einkommens auf wöchentlich 70 Mark oder (bei Angehörigen) auf monatlich 300 Mark ist heute nicht mehr gerechtfertigt. In der gegenwärtigen Situation kann mit Zug und Recht die Förderung vereinfacht werden, daß alle Arbeitnehmer bis hinauf zum höchsten Einkommen entsprechend ihrem tatsächlichen Verdienst zu Beiträgen herangezogen werden. Dieser Vorschlag steht bei den gemeinsamen Verhandlungen, die im Frühjahr vorigen Jahres zwischen den wirtschaftlichen Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und Unternehmern stattfanden, bei den Arbeitgebern leineswegs auf Ablehnung. Damals erklärten sich die Arbeitgeber bereit, zur Abdeckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung die Heranziehung aller bisher nicht versicherten Angehörigen in der Wirtschaft einschließlich der leitenden Personen bis hinauf zu den Generaldirektoren zu Beiträgen in der vollen Höhe beizumessen. Würde heute diese Absicht noch gemacht, und die heutige Beitragspflichtgrenze von 70 Mark pro Woche bzw. 300 Mark pro Monat beibehalten und ebenso die Beitragspflichtgrenze der Angehörigen von 2000 Mark jährlich aufgewiesen, so würde mit einer ganz erheblichen Mehreinnahme — nach Broeders Schätzung kaum unter 100 Millionen Mark — zu rechnen sein.

Eine weitere Sanierungsmöglichkeit besteht nach Broeder in einer Neuordnung der Versicherungspflicht für die Landwirtschaft. Die Befreiung größerer Gruppen landwirtschaftlicher Arbeitnehmer von der Versicherungspflicht ist unbedenklich. Würde diese Befreiung verschwinden, dann wäre mit einem neuen, nicht unerheblichen Plus an Einnahmen zu rechnen. Eine dritte Möglichkeit läge, wenn Reichshilfe auch nur im bescheidenen Maße nicht in Frage kommen sollte, in einer Steigerung der Beiträge. Diese Beitragserhöhung müßte, so unerfreulich sie an sich ist, zur Diskussion gestellt werden. Die deutsche Arbeitnehmerchaft werde vor die Alternative gestellt, zu wählen zwischen Abbau einer heute so lebenswichtigen Einrichtung wie der Arbeitslosenversicherung auf der einen Seite und einer geringen weiteren Erhöhung des Beitrags auf der andern Seite — eine Alternative, die allerdings einer Repressalie gleichkomme — bestimmt für die letztere Möglichkeit entscheiden. Die Grenze des Sozialbeitrags sei nicht theoretisch bei irgend einem Prozent des Einkommens zu ziehen, sie müsse sich orientieren an den zwingenden Erfordernissen einer bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Das Bild der finanziellen Auswirkung einer Beitragserhöhung sieht nach Broeders Schätzung folgendermaßen aus: Die Reichsanstalt trägt das durchschnittliche Beitragsaufkommen für 1 Prozent pro Monat und Kopf des Beitragszahlers auf 1,42 Mark. Unter der Voraussetzung, daß eine Beitragserhöhung um 1 Prozent am 1. Juni in Kraft tritt, also noch zehn Monate im Rechnungsjahr 1931 durchgeführt wird, ergibt sich eine Mehreinnahme von 14,20 Mark pro Kopf des Beitragszahlers, das heißt bei einer Durchschnittszahl von 14,5 Millionen Beitragszahlern eine Gesamtmehreinnahme von 205,90 Millionen Mark. Da der Eingang der Beiträge normalerweise eine Frist von vier bis sechs Wochen erfordert, muß für das Rechnungsjahr 1931 ein nicht unerheblicher Beitrag in Abzug kommen. Jedenfalls kann aber mit einer Effektivmehreinnahme von rund 160 Millionen Mark gerechnet werden.

Mit den Mehreinnahmen aus den drei von Broeder genannten Vorschlägen könnte das bestehende Defizit der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Es bleibt dann aber immer noch das Finanzproblem der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge. Die Reichsanstalt trägt das Defizit der Krisenfürsorge auf 149 bis 175 Millionen, und die Reichsanstalt der Kommunen gegenüber den Ausgaben des Vorjahres wird auf rund 300 Millionen geschätzt. Dabei ist zu beachten, daß aller Voraussicht nach die Kommunen die Ausgaben des Vorjahres nicht nur einseitig in vollem Umfang tragen können. Broeder betont, daß selbst unter Berücksichtigung einer bescheidenen Entlastung der Kommunen im Verhältnis zum Vorjahr — etwa um 100 Millionen Mark — sich auf dem kommunalen Konto ein Fehlbetrag von rund 400 Millionen und auf dem der Krisenfürsorge ein Fehlbetrag von im Mittel etwa 100 Millionen Mark ergebe.

Die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung in der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge, die nach dem Vorschlag der Gewerkschaften und der Kommunalverbände auf dem Weg einer organisatorischen Zusammenlegung der beiden Unterstützungseinrichtungen erfolgen soll, ist infolge der weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktlage außerordentlich schwierig geworden. Eine Lösung dieses Problems ist — Broeder betont — mit besonderem Nachdruck hervorzuheben — nur dann möglich, wenn die gesamte öffentliche Hand sich der angestrebten Vereinbarung in der Form der Zusammenlegung der Mittel der Arbeitslosen ohne Rücksicht auf die Interessen der Kommunen und der Gemeinden angeschlossen hat. Die Zusammenlegung der Mittel der Arbeitslosen ohne Rücksicht auf die Interessen der Kommunen und der Gemeinden ist ein schwerer Schritt, der nur dann möglich ist, wenn die gesamte öffentliche Hand sich der angestrebten Vereinbarung in der Form der Zusammenlegung der Mittel der Arbeitslosen ohne Rücksicht auf die Interessen der Kommunen und der Gemeinden angeschlossen hat.

Wir sind gespannt, ob der von den freien Gewerkschaften eingeschlagene Weg zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung beschleunigt werden wird oder ob auch in der Frage des Sozialbeitrags alles wie bei den Lohnkämpfen die Stimmen der Arbeitgeber von den Gewerkschaften in den Wind geschlagen sind.

## Krisenunterstützung bei Vollendung des 21. Lebensjahres

Jugendliche Arbeiter sind auch dann zur Krisenunterstützung zugelassen, wenn sie nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung das 21. Lebensjahr vollenden. Voraussetzung ist, daß die Berufsgruppe, zu welcher der Arbeitslose gehört, schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 (3. November 1930) zur Krisenunterstützung zugelassen war.

Der Spruchauschuss des Arbeitsamtes der Stadt Breslau hat einem Vorschlag der Krisenunterstützung verweigert, weil er bei der Aussteuerung aus der Arbeitslosen-Unterstützung das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. Im nachstehenden die Gründe des Spruchauschusses:

„Gegen die Ablehnung des Antrages auf Krisenunterstützung wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen hat der Vorschlag Eingelegte eingeleitet. Er hat bis zum 24. 1. 31 ershöpfend Arbeitslosenunterstützung bezogen. Krisenunterstützung im Anschluß an die Arbeitslosenunterstützung konnte ihm nicht bewilligt werden, da er noch unter 21 Jahren alt war. Am 26. 1. 31 hat er das 21. Lebensjahr erreicht und beantragte erneut die Krisenunterstützung. Am 3. 11. 30 trat jedoch die Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 11. 10. 30 sowie der Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom gleichen Tage in Kraft, welche letzterer in 1 Personenkreis unter 5 bestimmt, daß Krisenunterstützung nur Arbeitslose erhalten, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach § 98 des Gesetzes erschöpft haben (Aussteuerung), und zwar nur, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aussteuert werden, Anschließt Krisenunterstützung, vgl. V Ubergangsbestimmungen 1. Der Einspruch war daher zurückzuweisen.“

Die Berufung an die Spruchkammer für Arbeitslosenunterstützung beim Oberverwaltungsamt Breslau hatte Erfolg. Dem Kollegen wurde, soweit die Zulassung in Frage kommt, Krisenunterstützung zugelassen.

### Die Entscheidungsgründe:

„Die Spruchkammer vertritt nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage die Auffassung, daß der Kläger, soweit die Zulassung in Frage steht, Anspruch auf Krisenunterstützung besitzt. Der Kläger ist von Beruf Tischler und gehört daher in die Berufsgruppe II (Holz- und Schnitzstoffgewerbe), die bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 (3. November 1930) zur Krisenunterstützung zugelassen war. Für Angehörige einer Berufsgruppe, die auch bisher schon zur Krisenunterstützung zugelassen war, findet die Ubergangsbestimmung der Ziffer V, 1 des vorbezeichneten Gesetzes keine Anwendung (vgl. Zeitschrift Nr. 105/30 zum Reichsarbeitsmarktangeiger vom 9. Dezember 1930 Nr. 26). Andererseits ist der Kläger am 24. Januar 1931 aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert worden, während er erst am 28. Januar 1931 das 21. Lebensjahr vollendet hat. Dies ist aber nach Ansicht der Spruchkammer kein Grund, dem Kläger die Krisenunterstützung zu verweigern. Denn nach dem Rundschreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamts Schlesien vom 26. August 30 betr. Krisenfürsorge — Nr. IIIa 1776/30 — 1, 2 braucht die für die Zulassung zur Krisenunterstützung maßgebende Altersgrenze nicht schon während der Anwartschaftszeit erreicht zu sein; vielmehr kann die Krisenunterstützung auch dann gewährt werden, wenn der Unterstühtungsbewerber erst während der Arbeitslosigkeit das maßgebende Alter erreicht. Diese Voraussetzung ist beim Kläger gegeben, zumal am 28. Januar 1931 (Vollendung des 21. Lebensjahres) die Arbeitslosigkeit des Klägers noch fortbestand. Der abweichenden Auffassung des Arbeitsamtes vermochte die Spruchkammer nicht zu folgen. Hiernach rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung, gegen die ein weiteres Rechtsmittel nicht mehr gegeben ist.“

Nach dieser Entscheidung können alle jugendlichen Arbeiter, deren Berufsgruppe schon vor dem 11. 10. 30 (3. 11. 30) zur Krisenunterstützung zugelassen war, Antrag auf Krisenunterstützung stellen. Auch dann muß dem Antrag stattgegeben werden, wenn zwischen der Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung und der Erreichung des 21. Lebensjahres ein Zeitraum von drei Jahren liegt. (Entscheidung des Spruchamtes vom 4. April 1930 IIIa Ar. 11/30.)

In einem anderen Falle entschied jetzt der Spruchauschuss des Arbeitsamtes Breslau auch zugunsten des Arbeitslosen. Der Kollege ist seit Ende August 1930 aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert und vollendete am 16. Januar 1931 das 21. Lebensjahr. Seinem Antrage auf Krisenunterstützung mit Vollendung des 21. Lebensjahres wurde stattgegeben.

## Die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe

Wie die Unternehmer an ihrer Beschäftigung interessiert sind, so sind die Arbeiter an ihrer Beschäftigung interessiert. In Breslau infolge des neuen Tabakgesetzes ihre Fabriken schließen, wurde bei den Stilllegungsverhandlungen von allen Fabrikanten in Gegenwart des Gewerkschafts, Betriebs- und Organisationsvereins die Erklärung abgegeben, daß bei Wiedereröffnung der Betriebe zunächst alle die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder eingestellt werden, die schon vorher im Betriebe tätig waren.

Von den Herren Georg und Artur Deter, sowie der Firma Rader & Scharte kann man sagen, daß sie ihr Wort gehalten und bei Wiedereröffnung auf alle alten Arbeiter zurückgegriffen haben. Anders ist dies aber bei den Firmen Otto Deter, Friedrich-Wilhelmstraße, und Georg Krafft, Sonnenstraße.

Die Firma Otto Deter zeigte zu allererst ihren Spötter, der im Betriebe als Arbeiterverwalter verunglückte und nach der Verunglückung als Spötter tätig war auf die Straße. An seine Stelle wurde ein pensionierter Eisenbahner gesetzt, der der Firma keine Arbeitskraft mehr anbot zur Verfügung stellte, weil er ja nebenbei noch seine Pension bekommt. Nun werden wieder Arbeiter gebraucht, da greift man nicht auf die alten Arbeiter zurück, sondern nimmt bevorzugte Verwandtschaft des Oberverwalters (Hannal) in den Betrieb. Die Entlohnung der 60 Arbeiterinnen und Arbeiter, die nach auf der Straße liegen, ist aber eine beachtliche Summe, die sich verständlich zeigt. Die kleine Firma hat in Kompostitz und Iwotka noch zwei Fabriken; in diesen beiden Betrieben werden etwa 500 Arbeiterinnen beschäftigt. Soweit uns mitgeteilt wurde, müssen die Arbeiterinnen in Kompostitz in der Woche fast 60 Stunden arbeiten in Iwotka ist es nicht viel anders. In einer Zeit, wo noch 20 000 Arbeiterinnen und Arbeiter erwerbslos sind, ist dies beachtlich. Die Unterstühtung ein Skandal, und wir hoffen, daß die Gewerkschaft einmal gehörig dahinterkommt.

Die Firma Krafft, Sonnenstraße, hat wohl einige alte Arbeiterinnen wieder eingestellt, im übrigen sind aber eine Masse Arbeiterinnen für Iwotka angeheuert und Berufsfremde in den Betrieb genommen worden, die angeblich billiger sind als die alten Arbeiter. Zurzeit werden im Betriebe 35 Berufsfremde

Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren beschäftigt. Arbeit würden aber die alten Arbeiterinnen bedeutend besser richten können als die Berufsfremden, hier spielt aber der Profit eine große Rolle und deshalb müssen weitere Hunderte von Arbeiterinnen auf der Straße hinfieren.

Aus diesen Vorgängen können die Tabakarbeiterinnen ersehen, daß auf die Versprechungen der Arbeitgeber nicht viel Wert zu legen ist.

## Die Streiklage in Nord-Frankreich

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht) Die Streiklage im nordfranzösischen Textilgebiet ist allgemein unrunder. Den streikenden Textilfabrikanten haben sich am Sonntagabend auch eine große Anzahl von Transarbeitern angeschlossen.

Die beiden kommunistischen Manifestanten bei den Zusammenstößen am Freitag in Roubaix verhaftet wurden, werden wegen Behinderung der Arbeit und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt gerichtlich verfolgt werden. Auf Grund dieser Zwischenfälle ist bekannt worden, daß die mit Textilfabrikanten besetzten Kraftwagen Roubaix von berittener Gendarmerie begleitet werden.

## Die Wertmeister schließen sich dem Streik an

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht)

Die Wertmeister der nordfranzösischen Textilindustrie haben beschlossen, am Dienstag in den Streik zu treten. Wird dieser Beschluß von allen Wertmeistern angenommen, dann dürften auch die Fabriken, in denen bisher noch gearbeitet wurde, zum Stillstand kommen.

## Ende der Ausperrung in Subotz

Subotz, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht)

Die Ausperrung von 5000 Arbeitern in den Fabriken der Firma Ganz Danubius, welche einer Vereinbarung. Trotz der trostlosen wirtschaftlichen Lage es der Firma nicht die Kraft der Arbeiter zu brechen. Arbeit wird in allen drei Fabriken Dienstag aufgenommen. Die Fabrikleitung gab die Erklärung ab, daß Beschwerden der Arbeiter untersucht und nach Umständen erledigt werde.

## Die Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks

hielten dieser Tage in Kopenhagen ihre Generalversammlung. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, zählt der Bund 259 095 von etwa 300 000 organisierten Arbeitern, und umfaßt 57 Hauptorganisationen. Vor zwei Jahren betrug die Zahl der Organisationen 53 und die Mitgliederzahl 155 978. Die Organisation ist hauptsächlich auf den Anschluß der Organisierten ungelerten Arbeiter des Dänischen Arbeiterverbandes gerichtet, der rund 80 000 Mitglieder umfaßt. Die Einführung der gewerkschaftlichen Zentralisierung hat eine Stärkung einer der Hauptberatungspunkte der Generalversammlung war der große Arbeitsloshilf, der vor kurzem beschlossen wurde. Die Organisation der Schubarbeiter, die sich dem Vorschlag des Schlichters im Gegensatz zu der Leitung der einigten Gewerkschaften nicht anschloß, und deshalb in eine zeit noch andauernde Ausperrung geriet, brachte eine Entscheidung ein, die die Haltung der Hauptleitung im Konflikt billigt. Diese Entscheidung wurde jedoch mit 622 gegen 28 Stimmen verworfen, während der Bericht des Vorsitzenden 647 gegen 8 Stimmen gutgeheißen wurde.

Einstimmig nahm die Generalversammlung eine Entscheidung an, worin sie dem Madrider Beschluß der Einführung der 40-Stundenwoche beitrifft, einer weiteren einstimmig angenommenen Entscheidung der Gewerkschaften eine Verschärfung des Kampfes gegen die Warenvertierung infolge der Zwischenverträge.

Der Hauptvorstand unter der Führung Ingvalds Jensen wurde wiedergewählt.

## Die deutsche überseeische Auswanderung 1930

Im Kalenderjahr 1930 haben rund 37 300 Deutsche Heimat mit überseeischem Reiseziel verlassen (gegen 48 730 im Jahre 1929). Davon waren 21 350 männlich und 15 950 weiblich. Davon waren 53,4 männlich und 46,6 weiblich. 22 Prozent der Auswanderer gehörten der Landwirtschaft, 28 Prozent der Industrie, 13,4 Prozent zur Gruppe Handel und Verkehr, 13 Prozent waren ungelernete Arbeiter, Hausangestellte usw., bei 18 Prozent fehlten die nötigen Angaben.

Von den 37 300 Auswanderern des letzten Jahres waren sich vier Fünftel nach den Vereinigten Staaten und nach Nordamerika, rund 14 Prozent nach Südamerika, davon mehr als die Hälfte nach Argentinien, für rund 4 Prozent lag das Ziel in Afrika.

Die Hauptursache für den fortschreitenden Rückgang überseeischer Auswanderungszahlen liegt weniger in einem Abnehmen des Auswanderungsdranges als vielmehr in dem mehr verschärften Einwanderungsbestimmungen der Einwanderungsländer, vor allem der Vereinigten Staaten, Mexiko, Argentiniens, Brasiliens und Kanadas. Es haben die Vereinigten Staaten zum Schutze des einheimischen Arbeitsmarktes nach neuesten Meldungen das Kontingent aller zur Auswanderung zugelassenen Staaten für zwei Jahre auf nur 10 000 herabgesetzt. In Juli 1929 geltenden Quoten herabgesetzt (Peru Quoten war auf rund 25 000 Personen festgesetzt), als aber von den Arbeitnehmern entwickelten Propaganda Argentinien erhebt ab 1. Januar 1931 für die Beförderung der Einwanderer durch die Konsulate 33 Goldpesos, das sind 129 Mark. Brasilien, Peru, Kanada und Australien zeitweise jede Einwanderung. Rußland setzte für Deutschland Quoten von 100 Personen jährlich fest.

Die Zahl der deutschen überseeischen Auswanderer im Jahre 1930 betrug 37 300, was auf 58 Personen pro 1000 Einwohner (gegen 60 im Jahre 1929) entspricht. Stärker als der Reichsdurchschnitt war im letzten Jahre die Auswanderung aus Bremen mit 2,5 v. T., Hamburg 1,4 v. T., Baden 1,2 v. T., Württemberg 1,2 v. T., Oldenburg 1,0 v. T. und Bayern 0,8 v. T. Der preussische Durchschnitt betrug auf Hunderttausend, der niederrheinische 25, der oberrheinische 17,7 wird nur noch von Mecklenburg-Strelitz mit 15,1 übertroffen.

Die Auswanderungsberatungsstelle in Breslau weist drücklich darauf hin, daß die Reichsanstalt, deren Ergebnisse bekannt sind, die Wanderung nach europäischen Zielen nicht erfasst die im Berichtsjahre lebhafter war als im Jahre 1929.

Die Tagung des Internationalen Komitees im Jahre 1930 führte zu einem Ueberstimmten, wonach eine weitere Stärkung der Produktion in allen angeschlossenen Ländern notwendig ist. Es soll auf ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion hingearbeitet werden, um fünft, die Folgen des Preisrückganges nach Möglichkeit zu unterbinden.

## Die politische Deutsche Turnerschaft

Es kommt nicht darauf an, was die Statuten der Deutschen Turnerschaft auf dem Papier beinhalten — Papier ist gebulig — sondern wie sie in der Praxis ausgelegt werden. Von dieser Tatsache ausgehend, wird der Wert und die Bedeutung der Bekanntmachung des D.T.-Vorstandes über die Beibehaltung oder Abänderung des § 2 des D.T.-Statuts bemessen. Es kommt, daß der Vorstand der D.T. dem Drängen der rechtsradikalen Turnerschaft auf Abänderung des § 2 nicht nachgegeben ist, aber deshalb behaupten können, daß damit diejenigen, die die Abänderung des § 2 verlangten, um die D.T. faktungsweise politisch aktiver in den Vordergrund zu rücken, ihre in diesem Sinne gehaltene Tätigkeit eingestellt haben oder gewillt sind, sie einzustellen. Diese Kreise sind nicht genug gewesen, nach dem Beschluß des D.T.-Vorstandes nicht vorzugehen um die Abänderung des § 2 weiter zu kämpfen, sondern sich auf den Boden der Stellungnahme des D.T.-Vorstandes gegebenenfalls zu stellen und auf diesem Boden weiter für den Zweck zu arbeiten, der durch die Abänderung des § 2 offiziell gestattet werden sollte. Viele tatsächliche Frontänderung geschieht unter der Federführung der Paragrafenstürmer von gestern, dem 2. Vorstand und Jugendwart der Deutschen Turnerschaft, Dr. Neuenhagen. Neuenhagen schreibt in der Märzansgabe der „Schar“, dem Führerblatt der deutschen Turnerschaftsjugend, über den Beschluß des D.T.-Vorstandes an den D.T.-Jugendführer Bernett (Wittenburg):

Der § 2 muß bleiben, darin bin ich auch mit Dir einig. Er muß unerwiderliche Grundlage für die Turnerschaft bleiben. Aber wir müssen ihn zeitgemäß ausdeuten, sonst verkommen wir in Schlaf- und Schlaffucht. Die Turnerschaft ist und was Neuenhagen unter dem zeitgemäß ausdeuten versteht, das gibt er wenige Zeilen weiter so an:

Wir wollen nur den alten Zustand, wie er unter Georgi und Goeck vorhanden hat, wieder hergestellt wissen; ob es mit oder ohne Paragrafen geschieht, ist uns furchtbar gleichgültig. Wir sehen also, daß gänzlich passhaft am Werk gegangen und was die herbeigesehnten Zustände besonders unter dem Führer Goeck anbelangt, so können wir es uns an dieser Stelle erlauben, ihren durch und durch reaktionären Inhalt vorzuführen. Wir müßten ganze Seiten unserer Zeitung damit füllen.

Ueber die Stellung der Deutschen Turnerschaft zur Politik am Kundtag der D.T.-Jugendführer Bernett (Wittenburg) in der Märznummer der „Schar“ Auskunft. Bernett schreibt: „Wir beschäftigen uns mit Politik. Das war unser gutes Recht, wenn nicht gar unsere Pflicht. Die Turnerschaft ist immer politisch gewesen, mußte es sein.“

Welche Politik in der Deutschen Turnerschaft nicht beliebt und welche mehr als bisher in ihr und durch sie zur Geltung gebracht werden soll, auch darüber gibt Bernett an Hand persönlicher Erfahrungen auf der D.T.-Jugendführertagung in Annweiler Auskunft. Bernett schreibt:

„Ich tritt dagegen für den § 2 in seiner jetzigen Form und beannte dabei freimütig, daß ich politisch der bürgerlichen Linken angehöre. Die Folge war ein föhliches Abdrücken von mir eine Erklärung, die ich noch heute schmerzhaft verpönte.“

Und an anderer Stelle schreibt Bernett zusammenfassend über die Meinung von Annweiler: „Nicht national genug, das war die Meinung.“

Der Ruf nach nationalem Erwachen in der Deutschen Turnerschaft ist keine Einzelerklärung im bürgerlichen Turnersportlager. Siehe Deutscher Schwimmverband. Alle diese Erklärungen sind den Kennern nichts neues. Nach außen treten sie seit dem 14. September 1930 härter auf, weil die durch die Reichstagswahl deutlich gekennzeichnete nationalsozialistische Welle den gleichgesinnten Vereinen in den bürgerlichen Verbänden den Mut dazu gibt. Wir werden nach wie vor die Verhältnisse in der Deutschen Turnerschaft, dem angeblich unpolitischen Verband, schildern, wie sie in Wirklichkeit sind.

## Christliche Duldsamkeit

Der Arbeiter-Samariter K. in Eiserode-Land hatte als Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Vereins auf Bestellung seiner Mitgliederantikonzeptionelle (verhütende) Mittel vom Verband (national). Auf Drängen der Parteigenossen wurde er zum Kirchenvorsteher vorgeschlagen und gewählt — in jener Gegend gehört noch alles der Kirche an. Dagegen erhob die Kirche Einspruch beim KreisKirchenvorstand, auf Grund dessen K. folgenden Bescheid bekam:

Der KreisKirchenvorstand Hannover-Münden, 16. 1. 31. Nr. II. 94.

Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß gegen Ihre Wahl zum Kirchenvorsteher in Eiserode frühzeitig Einspruch erhoben worden ist. Wir haben diesem Einspruch stattgegeben und Ihnen die Wahlbarkeit abgeprochen, weil Sie wegen von Ihnen selbst ausgehender Verabreichung eines antikonzeptionellen Mittels und wegen Verbreitung solcher Mittel an predigenden Flugblätter und Schriften keinen guten Ruf in der Gemeinde haben. Gegen diese Entscheidung steht Ihnen binnen einer Woche nach Zustellung dieser Entscheidung Berufung an den LandesKirchenauschuß zu.

J. Künke, Superintendent.

Unter Genosse verzichtete auf Berufung. Der Geistliche dort heißt im Vater von fünf Kindern. Dank seines auskömmlichen Gehaltes kann er sie auch ernähren. Wie es aber armen, arbeitstollen Arbeitern zumute ist, fühlt er sicher nicht in seinem Kopfe.

Dies ist aber auch eine heilsame Lehre für alle „Christlichen Sozialisten“. Sie hoffen vielfach, durch Mitarbeit in der Kirche von innen umkämpfen zu können. Zerriger Wahn. Wer wirklich im Sinne marxistischer Auffassung des Volkes arbeitet, gelangt nicht nur nicht zu einem Einfluß auf das Kirchenleben, sondern wird von ihm ausgeschlossen. Auch in solcher schwarzen Gegend muß die Erkenntnis liegen: Ein wirklicher Sozialist kann wohl allenfalls religiös sein, aber in den durch und durch reaktionären Kirchen jeder Schattierung hat er nichts zu suchen.

Aber auch den Genossen, die überhaupt über Kirchengenossenschaft tun, immer wieder zur Mahnung: In Deutschland gehören noch mindestens 96 Prozent aller Menschen der Kirche an. Selbst im roten Sachsen sind es noch mindestens 94 Prozent. Nur wer selbst rein ist, darf die Flecken anderer sich abwaschen befehlen.

## Werttätige treiben Flugsport!

Der „Sturmvoegel“ Flugverband der Werttätigen e. V. bekennt das dritte Jahr seine Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit darf man einen Blick zurückwerfen auf die Zeit seines Entstehens: Luftfahrt — Sache des ganzen Volkes! — Flugsport muß Volkssport werden! Mit diesen Leitgedanken trat der junge Flugverband in die Öffentlichkeit. Damals lachten nicht nur die Laien mit-lobend über ein so schwieriges Unterfangen. Kägen auch die Grundbesitzer des „Sturmvoegel“ mandem Sportsfreund schon nahegelegenen haben ihre Ausübung erboten jedoch auf Jahrzehnte hinaus unerfüllbar im Hinblick auf die hohen Kosten, die bisher mit dem Fliegen verknüpft waren. Aber die Rechnung, daß auch auf diesem Gebiet eine Massen-Organisation der Werttätigen das früher Unerschwingliche verwirklichen könne, hat sich als richtig erwiesen. Allein der äußere Bestand des „Sturmvoegel“ beweist es. Heberlatz in ganz Deutschland sind Ortsgruppen des Verbandes emporgewachsen und noch immer mehr tatendurstige alte und junge Sportsfreunde melden sich an. Im Gau Berlin beispielsweise ist der „Sturmvoegel“ überhaupt die größte aller Luftsportvereinigungen. Nicht jedoch nur in den Großstädten und Suburbanezentren, auch in kleinen und kleinsten Orten haben sich bewanderte Flugbegeisterte zusammengefunden. Die Zahl der Gruppen ist nach wie vor im Wachsen und heranzt wirt 1931. Ziel praktische Arbeit ist in primitiven Pappe-Verbindungen mit beschriebenen Mitteln geleistet worden. Ueber 200 Segelfluggänge wurden von den Ballongruppen bisher gebaut. Ja, es gibt Gruppen, die bereits vor der Vollendung des dritten und vierten Jahresgebes haben. Hunderte von Flugflüglern wurden auf den

Seeaerplänen des Verbandes in die Kunst des Gleit- und Segelfliegens eingeweiht und im kommenden Rhein-Seegeflugs-Wettbewerb wird der „Sturmvoegel“ zum ersten Male am Start teilnehmen.

Daß der Flugverband der Werttätigen auch über eine stattliche Zahl von Verehrern- und Sportmaschinen verfügt, ist bekannt. Daß er aber auch erfolgreich den Selbstbau von Motorflugzeugen begonnen hat, darf der Verband heute mit Stolz registrieren. Am Himmelstesttage wurde in Berlin das Leichtflugzeug der Gruppe Friedrichshain geweiht, das nach eigenen Konstruktionsplänen mit geringsten Mitteln, hauptsächlich aus den opferwillig gesparten Groschen der Werttätigen geschaffen wurde. Andere Gruppen sind dabei diesen Top eines Selbstflugzeuges, das nur wenige hundert Mark an Bauteilen verlangt, weiter zu entwickeln. In Kürze hofft der „Sturmvoegel“, so viele dieser Maschinen zu besitzen, daß in jeder Gruppe auch der Kernle praktisch zum Fliegen kommt. So ist durch das Wirken des „Sturmvoegel“ der Flugsport trotz der bitteren Not schwerer Krisenjahre heute schon gesunder und billiger ein wahrer Volkssport geworden.

## Hinein in die Verlenkung

Es will und will nicht vorwärtsgehen im A.D. Sportverband. Keine Tagung vergeht ohne Feststellung von Stillstand, Stillierung und Rückschritt. In den A.D. Blättern sollen Phrasen über diese Zustände hinweghelfen. Zwischenbuch wird wieder einmal eine Führergarnitur abgeholfen. Der mitteldeutsche Landeskongress des A.D. Sportverbandes hat den Landesleiter Frankfurter in die Wüste geschickt und die Bezirkskongresse der kommunikativen Sportvereine in Bremen hat den Führer der Sanktion im Bremer Arbeiterport, Lohmann, von Weiser 08, zum Teufel gejagt.



## Vom Olympia in die Alpen

Die große Mehrzahl der Olympiadfahrer wird im Anschluß an die Festtage keine Ferien in den österreichischen Alpen erleben und damit langgeheute Wünsche in Erfüllung gehen lassen. Der Olympia-Wanderauschuß hat bereits umfangreiche Vorarbeiten getroffen, um den Wanderern mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können. Der Auschuß hat die Wanderungen in die verschiedensten Gebiete der österreichischen Alpen zusammengefaßt, die wir nachstehend und in Fortsetzungen veröffentlichen.

## Dänische Arbeiter-Fußballer in Deutsch-Lissa

Großartiger Empfang der dänischen Genossen am Pfingstsonnabend in Deutsch-Lissa. Sieg-Kopenhagen von Union geschlagen — Voller Werbe-Erfolg des Spieles

Die internationale Sportveranstaltung, welche Union, Deutsch-Lissa, anläßlich des zehnjährigen Bestehens abwickelte, ist vorüber. Ohne Zweifel war dieselbe ein voller Erfolg des Arbeiter-Sportes. In spielerischer Beziehung enttäuschten die Dänen doch etwas, obwohl nicht verkannt werden soll, daß sie durch die vorher ausgetragenen Spiele stark beansprucht waren und durch die starke Hitze am 1. Feiertag, während des Spieles litten. Ihre Ballbehandlung und ihr Stellungsspiel war immerhin noch um ein bedeutendes besser, wie das der Breslauer, nur spielte die Mannschaft speziell im Strafraum, für schließliche Begriffe zu weich. Dem freundlichen Entgegenkommen des Verlehsamies der Stadt Breslau sei an dieser Stelle nochmals für die Bereitstellung eines Autobusses, sowie Führers zur Rundfahrt und Befichtigung der Sehenswürdigkeiten Groß-Breslaus gedankt.

## Der Empfang am Sonnabend

Pünktlich trafen die dänischen Genossen von Striegau kommend in Deutsch-Lissa ein, wo sie von dem Gastgeber und den Brudervereinen der Nachbarkorte, sowie Tausenden der Lissaer Einwohner empfangen wurden. Der schnell formierte Zug wurde nach dem Johannisplatz in Deutsch-Lissa geleitet, wo die dänischen Genossen durch den Spartenleiter des 1. Fußball-Bezirks Genosse Wagner, aufs herzlichste begrüßt wurden. Nach der Auflösung des Zuges fand die Aufteilung in die freundschaftlich bereitgestellten Privatquartiere statt.

## Am Sonntag

Nachdem am Vormittag eine Stadtbesichtigung stattgefunden hatte, wurde schon am zeitigen Nachmittag mit der Durchführung des sportlichen Programms begonnen. Zweis-tausend Zuschauer hatten sich eingefunden und schon zuerst das Freundschaftsspiel Union I — Bennis I Jugend, welches mit dem 3:0-Sieg der Union endigte. Stark bejubelt betraten anschließend die ersten Mannschaften der Platz. Zur Begrüßung hatten sich als Kreisvertreter der Genosse Döhlitz, von den freien Gewerkschaften Genosse Ruffert und von der Sozialdemokratischen Partei der Ortsvorsitzende, Genosse Gastein, eingefunden. In herzlichem Begrüßungsspiel brachten die drei Genossen zum Ausdruck, daß es für die internationale Arbeiterbewegung Grenzen, die im Staatensinne gezogen sind, nicht gibt. Gerade die Arbeiterportbewegung ist ein wichtiges Bindeglied der internationalen Arbeiterbewegung geworden, die in friedlichem Sinne zur Verbrüderung der Völker ihr großes Teil beiträgt. Nicht nationalitätlich ausgeputzte Massen sind als Zuschauer bei diesen internationalen Veranstaltungen der Arbeiterportler zu Gast. Im Gegensatz zu den bürgerlichen internationalen Veranstaltungen, wo der internationalistische Rummel überwiegt, Genosse Ruffert weist insbesondere auf das herrliche Solidaritätsgefühl der Arbeiterportler Dänemarks hin, welches es möglich machte, daß nach Beendigung des Krieges Hunderte deutscher ausgehungert Kinder in Dänemark Erholung und neuen Lebensmut fanden. In lauten Worten sagt Genosse Gastein der am 31. Mai in Breslau stattfindenden Versammlung der deutschen Reaktion die im Stadthalle in Sammelbecken gesunden hat, den Kampf an und betont, daß nicht nur

## Unerwartungslage Ausflüge in die Boralpen

Ragalpe. Mit der Südbahn nach Gauerbach-Neichenau. Breiner Gscheid, Naturreundehaus (Nächtigung), Seufuppe, 2000 Meter, Schrödenfuchskreuz, Sechüttel, Torkweg, Reichenau. Dauer des Ausfluges anderthalb Tage. Gehzeit: 1. Tag 4 1/2, 2. Tag 8 Stunden. Fahrpreis 12 S., Mitglieder: 7,60 S.

Schneeberg. Mit der Südbahn nach Gauerbach-Neichenau. Eng. Naturreundehaus, Knofeleben, 1270 Meter (Nächtigung), Krumbachstein, Baumgartnerhaus, Kaiserstein, 2061 Meter, Klotterwappen, Weidstallamm, Naturreundehaus im Weidstall, Höllental, Gauerbach. Dauer des Ausfluges anderthalb Tage. Gehzeit: 1. Tag 3, 2. Tag 9 Stunden. Fahrpreis 12 S., Mitglieder: 7,60 S.

Reisalpe. Mit der Westbahn nach Lillentesh. Klosteralm, Mudenloegel, Naturreundehaus auf der Hinteralpe, 1313 Meter (Nächtigung), Gscheidboden, Gipfel der Reisalpe, 1398 Meter, Eder-Geböht, St. Weit an der Gölßen, Dauer des Ausfluges anderthalb Tage. Gehzeit: 1. Tag 3, 2. Tag 7 Stunden, Fahrpreis 12 S., Mitglieder: 7,60 S.

Unterberg. Mit der Südbahn nach Gutenstein, Unterberg-Juchaus, 1170 Meter (Nächtigung), Gipfel des Unterberges, Kiened, 1107 Meter, Jagstth, Steinwandklamm, Weichenbach. Dauer des Ausfluges anderthalb Tage. Gehzeit: 1. Tag 3, 2. Tag 7 Stunden. Fahrpreis 10 S., Mitglieder: 6,80 S.

## Wichtig für die Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer

Nachdem nunmehr feststeht, daß die Olympiadrennbahn in Wien gebaut wird, haben auch die Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer das größte Interesse an der Teilnahme am Olympia. Wir fordern die uns angeschlossenen Ortsgruppen auf, uns sofort zu melden, ob und wieviel Bundesgenossen nach Wien fahren werden. Es genügt jetzt die vorausschickliche zahlenmäßige Meldung. Die meldenden Ortsgruppen erhalten dann von uns einen Fragebogen zur namentlichen Festlegung der Teilnehmer.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund  
D. Niemann.

## Wo findet der Motorradfahrer Schutz und Hilfe?

Im Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität sind jetzt 36 000 Motorradfahrer organisiert. Für diese hat der Bund sehr wichtige Unterstütsungseinrichtungen geschaffen. Wie notwendig diese Einrichtungen sind, beweist die Feststellung, daß sie im Jahre 1930 von jedem neunten Motorradfahrer des Bundes in Anspruch genommen werden mußten. Der Bund Solidarität hat 3430 von seinen Motorradfahrern im vorigen Jahre Schutz und Hilfe geboten durch die nachstehend angegebenen Unterstütsungen:

Motorradfahrer-Rechtsschutz	in 465 Fällen	24 986 Mt.
Motorradfahrer-Strafrecht	in 532 Fällen	73 396 Mt.
Unfall (67 584 Krankheitstage)	in 2435 Fällen	141 232 Mt.

Im Jahre 1930 zusammen in 3430 Fällen 221 614 Mt. Das hier Mitgeteilte führt eindringlich vor Augen, daß noch viel öfter als der Radler der Motorradfahrer durch im Verkehr ihm zukommende Mißbilligkeiten in große Sorge und schlimme Not geraten kann. Deshalb hat jeder Motorradfahrer die Pflicht, sich gegen solche Schicksalschläge zu schützen. Bei einer Versicherungs-gesellschaft kann das der Arbeiter-Motorradfahrer nicht, denn diese fordern Prämien, die doppelt und dreifach höher sind als die Beiträge zu der Unterstütsungseinrichtung des Bundes Solidarität. Dieser Bund bietet ihm gegen einen geringen Beitrag den Schutz, den er unbedingt braucht, und die Hilfe, die er sicherlich einmal nötig haben wird. Viele Dunderste müßten schon bitter bereuen, den Anschluß an den Bund nicht rechtzeitig vollzogen zu haben. Also, Motorradfahrer des Arbeiterverbandes, hinein in den Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität! Damit ist ihr gut für euch und stärkt die Organisation der Motorradfahrer der Arbeitererschaft.

## Zusammenspielen der Völker, sondern auch das Zusammenkämpfen für die Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung das Ziel aller Kämpfer sei. Nach Beendigung der Ansprachen traten die Mannschaften sofort zum Spiel an.

## Das Spiel.

Mit dem Anstoß Unions entwidelt sich ein Mittelfeldspiel, welches durch plötzliche Durchbrüche Unions durchbrochen ist. Im Anschluß an einen derartigen Durchbruch kann Union durch Halblinks in Führung gehen. In der nächsten Minute setzt der Kopenhagen Mittelstürmer einen Schuß knapp neben den Pfosten. Dann endlich gelingt der Ausgleich, jedoch entscheidet der Schiedsrichter Arbeits. Die dänische Mannschaft hat in den nächsten Minuten etwas mehr vom Spiel, kann aber durch ihre Ueberkombination zu keinem Erfolg kommen. Union ist glücklicher und erzielt aus einem Gedrange vor dem Tor dem zweiten Erfolg. Nach der Pause ist Union zunächst überlegen. Hier erfolglose Eden sind die Ausbeute. Der Gegenangriff der Dänen bringt ihnen die zweite, ebenfalls erfolglose Eden. Dann liegt Union ganz plötzlich im Angriff und wiederum zeichnet der Halblinks Unions für das dritte Tor verantwortlich. Nun stellen die Dänen um. Langsam gewinnen sie Uebergewicht. Raffinierte Ballkünste kann man bei dem Halblinks bewundern, und nun sieht man endlich auch einige herzhafte Schüsse aufs Tor. Ein wunderbarer Schuß des Halblinks verringert die Tor Differenz auf 3:1. Minuten später holt der Linksaußen der Dänen durch Nachlegen das zweite Tor auf. Union verliert durch einzelne Durchbrüche zu weiteren Erfolgen zu kommen, kann aber die Hintermannschaft nicht überwinden. Obwohl die Dänen gegen Schluß nochmals sehr schnell werden, verhindert ihr weiches Spiel den verdienten Ausgleich.

Nach Beendigung der Spiele hielt ein gemütlicher Komers Gastgeber und Gäste noch einige Stunden zusammen.

## Dig-Kopenhagen verliert das letzte Spiel in Dels 3:2

Großer Werbe-Erfolg der Deller Arbeiterportler — Ueber-tausend Zuschauer im Stadion zu Dels — Sehr gutes Spiel der Dänen

Auch im letzten Spiel mußten die dänischen Arbeiterportler eine knappe Niederlage hinnehmen. Nach der Begrüßung durch Vertreter des Arbeiterportpartells Dels, der Gewerkschaften und der Partei zeigte die dänische Mannschaft ein Spiel, welches zu großen Beifallsstürmen hinriß. Ihre harte Ermüdung und die große Hitze des gestrigen Tages machten sich aber bemerkbar, so daß es Dels gelang, mit 3:2 knapper Sieger zu bleiben.

## Schwacher Spielbetrieb der Breslauer Fußballer

Der Pfingsttag war nicht allzu umfangreich. 1924 mußte sich in Trebnitz am 1. Feiertag mit 3:1 schlagen lassen, dagegen konnte Döhlitz die Dahnitzer am 2. Feiertag mit 2:0 überlegen. 1921 gelang am 1. Feiertag in Strahlen ein sehr beachtenswertes 2:2 unentschieden. Ebenso mußte Bertha Breslau gegen Döhlitz mit 4:2 zuriücken sein. Weiter wird gemeldet:

1920. — Spiel 2:2. Der Ausgang dieses Spieles bedeutet für Dels einen Erfolg. Trotz der großen Hitze wurde die erste Halbzeit im flotten Tempo durchgeführt, wobei Spiel 1:0 in

Führung gehen konnte. Bald nach Halbzeit gleich 1:0, aus und geht durch einen Eckball in Führung. Kurz vor Schluss gelingt Weil wiederum der Ausgleich.

**Stechen** — Stern 3:2. Am 2. Feiertag mußte der Spitzführer der 3. Gruppe in Stechen eine Niederlage hinnehmen. Nachdem Stern den Anstoß Strehlens abgefangen hat, können sie nicht verhindern, daß Strehlen in Führung geht. Nach kurzer Zeit hat Stern ausgeglichen und bald darauf das Führungstor erzielt. Nach vor dem Wechsel gelingt Strehlen der Ausgleich. Nach der Pause machte sich die große Hitze bemerkbar, so daß das Tempo nachläßt. Inmitten der zweiten Hälfte erzielt Strehlen ein drittes Tor, welches Stern bis Schluss nicht mehr ausgleichen kann.

**Einheit** — Kobrowitz 4:2. Dem äußerst schnellen Aufgangtempo der jungen Einheitsmannschaft sind die Kobrowitzer nicht gewachsen, so daß Einheit bereits nach 15 Minuten mit 4:0 in Führung geht. Bis zum Wechsel holt Kobrowitz zwei Tore auf. Das harte Spiel der Kobrowitzer nach der Pause bringt die Einheitsmannschaft zeitweilig in Nachteil, jedoch kann ihre Hintermannschaft Erfolge des Gegners verhindern. Die 2. Mannschaften spielten 4:1 für Kobrowitz.

**Herrnprobi** — Walfisch 10:0. Einen ganz überlegenen Sieg konnte Herrnprobi erzielen. Schon zur Pause stand der Sieg zu 3:0 fest. Die 2. Mannschaften spielten 1:1, während die 1. Jugend Herrnprobi gegen Schmolz 2. Jugend mit 1:0 erfolgreich spielte.

### Spingisport in der Provinz

Der 4. Bezirk Walsenburg meldet: Freie Sportfreunde Walsenburg — M.B. Walschlag 4:1. Ring-Sandberg — Falke-Breslau 3:1. Ring-Sandberg — Sackisch-Gellenau 5:0. Dittersbach — Freiwaldau 8:0. Adler-Weißstein — Adler-Hindenburg 4:2. Adler-Weißstein — Vorwärts-Hein 4:3. Stern-Zirlau — B.F.R. Ebbau 2:3. Eintracht-Niedersalzbrunn — Freiwaldau 5:0. Stern-Zirlau — Sackisch-Gellenau 3:0. Hochwald-Hermisdorf — Falke-Breslau 3:5. Sportfreunde-Rothbach — Märzdorf-Tischhollwaken 11:1.

Aus dem 5. Bezirk: Brieg: B.F.B. Brieg — J.T. Königszeit 6:4. Schwarz-Rot Brieg — Vorwärts-Rokitnik 1:4.

Der 6. Bezirk berichtet: Sparta-Striegau — Hertha-Breslau 1:2. Falkenhain — Turner-Weißstein 2:1. Hertha-Brieg — B.F.R. Freiburg 4:0. Falkenhain — Hertha-Brieg 2:1.

Aus dem 8. Bezirk: B.F.B. Sagan — Lufdenwalde Berlin 2:0.

### W.G. Görlitz Handballkreismeister des 14. Kreises (Schl.)

Im Endspiel schlägt W.G. Görlitz die Freie Turnerschaft 8. Abt. Breslau 5:1 (1:0).

Vor 800 Zuschauern fanden sich in Benzig O.L. obige Mannschaften im Endspiel gegenüber. In glänzender Spielweise gewann Görlitz verdient. Nur der sehr gute Tormann der Breslauer verhinderte eine höhere Niederlage. Zum Spiele selbst:

Görlitz-Ansturm wurde abgefangen, doch der Angriff der Breslauer wurde vom Tormann unterbunden. Es setzte für kurze Zeit ein Mittelfeldspiel ein. Reichlich nervös kämpften beide Mannschaften. Plötzlich ging der Halbrechte von Breslau durch, daß Hof er freistehend daneben und ließ diese gute Chance für Breslau unausgenutzt. Durch allzu schlechtes Verständnis im Sturm der Breslauer wurde Görlitz an Liebergewicht. Die Görlitzer drückten mächtig auf, können aber den sehr guten Vorwärt der Breslauer anfangs nicht überwinden. Auch zwei Freiwürfer für Breslau im Strafraum der Görlitzer können von Breslau nicht ausgenutzt werden. Alles vermutete schon ein Unentschieden zur Pause. Da ist es plötzlich der Halbrechte von Görlitz, der drei Minuten vor der Halbzeit unter dem Jubel der Zuschauer seiner Mannschaft die Führung bringt. Trotz beiderseitiger Anstrengung blieb es bei diesem knappen Halbzeitergebnis.

Nach dem Seitenwechsel glaubte man, Breslau wird etwas mehr aus sich herausgehen, doch wurde man eines besseren belehrt. Görlitz war weiter tonangebend. Dem ersten Vorwärt der Breslauer gegenüber war Görlitz nicht mehr zum Wiedererkennen. Ihre Schüsse waren präzis. Das Spiel und Deckungsvermögen glänzend. Nicht ein einziger Breslauer Stürmer konnte sich durch die vorzügliche Deckungsarbeit durchsetzen. Im Alleingang gelang es dem Mittelstürmer von Görlitz auf zwei zu erhöhen. In einem Gedränge vor dem Tor der Breslauer konnte Breslaus Halbrechte durch unverschöffen Wertschuss ein Tor aufholen. Doch schon zwei Minuten später stellte Görlitz' Linksaußen das alte Verhältnis wieder her. Durch dieses Tor merkte man ein mächtiges Nachlassen der Breslauer. Ihr Sturm spielte vollständig loslos. Jeder war auf einzelne Leistungen eingestellt. Durch zu weites Aufrücken der Hintermannschaft Breslaus konnte Görlitz kurz vor Schluss zwei weitere Tore und somit den Sieg sicherstellen. Durch die Niederlage Breslaus wandert erstmalig die Kreismeisterschaft aus dem ersten Bezirk.

Zu den Mannschaften selbst wäre zu erwähnen, daß Görlitz eine Mannschaft aus Feld brachte, welche in allen Stellungen gar befestigt war, während man bei den Breslauer das Flügel-spiel sehr vermehrte, was auch zur Niederlage beitrug.

**Bevor spielen die ersten Mannschaften von Runklau und Benzig.** Während bis zur Halbzeit das Spiel noch unentschieden stand, konnte Benzig bis zum Schluss einen knappen aber verdienten 5:4 (2:2) Sieg erreichen. Benzig II schlug Biesau I 6:2, Benzig III — Biesau II endete 7:3. R. S.

### Leichtathletik

#### Mannschafts-Serienwettkämpfe

Kühles, kirmisches Wetter herrschte während den ersten Mannschaftswettkämpfen; ein Teil der Mannschaften war wohl auch deshalb dem Start ferngeblieben. Erwähnenswert ist, daß von der 2. Abteilung anstatt zwei Mannschaften nur zwei erschienen waren. Der Beginn der Wettkämpfe verzögerte sich noch durch das Abreißen der Laufbahn, so daß die letzte Disziplin des Sprintlaufes — der 1500-Meter-Lauf — bei ziemlich Dunkelheit ausgetragen werden mußte. Die Leistungen blieben im allgemeinen bis auf das Speerwerfen befriedigend. Die 1000-Meter-Stafette gewann die Ruderer mit 21 Sek. Vorprung gegen 5. Abteilung I. Erstere waren allerdings nicht am Sprintlauf beteiligt. Die Bestleistungen der A-Klasse lauten: Sprintlauf: 285. 200-Meter-Lauf: 25,8 Sekunden. 1500-Meter-Lauf: 5:15,1 Minuten. Diskus: 31,40 Meter. Speer: 29,99 Meter. Weitprung: 5,51 Meter.

Leistungen in der B-Klasse: 200-Meter-Lauf: 26,2 Sek. 1500-Meter-Lauf: 5:16,5 Minuten. Diskus: 24,26 Meter. Speer: 28 Meter. Weitprung: 5,15 Meter.

Mittwoch, den 27. Mai hatten um 18 Uhr in der Wagner-Kampfbahn 4. Abteilung, 7. Abteilung, 3. Abteilung, Freie Turnerschaft, 1897 und Nordost mit familiären gemischten Mannschaften. Dazu die 1000-Meter-Stafette obiger Mannschaften und die der 4. Abteilung und der Runklau-Verenigung. Kampfrichter mußten sich bei Genußigen Tische melden. Die Wettkämpfer und sonstige Trainierende mußten bei Abgabe der Garderobe Ausweis vorzeigen.

Die Sportlerinnen, Mannschafts- und Einzelwettkämpfe finden am 31. Mai, ab 8 Uhr, im Bebelpark statt. Eisenpark Umkleidekabinezeit. 1. Abteilung stellt einen Speer. Kampfrichter nicht verz. Gen. Es hatten 2. Abteilung = drei, 4. Abteilung = zwei und 1897 = zwei Mannschaften.

#### Jugend-Serienwettkämpfe

Der Freie Schwimmer Breslau e. B. am 21. Juni, 12.30 Uhr, im Bebelpark-Kad, Breslau-Mühlentor.

Wichtigste Leistung mit der Schwimmer-Verenigung lautet das Schwimmprogramm zur Kenntnis. Da alle beizubehalten Versuchsleistungen ergeben die Werte, aus der hierher Veranlassung zu entnehmen. Sofort nach Fertigstellung der Versuchsleistungen werden diese allen Jugenderwartungen zum Bestehen überreicht. Wir hoffen auf Ihre Beizugung. Die Bestleistungen sind hier niedriger: Erwachsene 20 M. Jugend und Kinder 10 M.

1. Ginnastik und Freiübungen. (1. Turnerinnen-Abteilung, Leitung Saffner.)
2. Vorführungen der Freien Kanuvereinigung. (Leitung Proft.)
  1. Zweierkajak, Klasse 10 (Faltboot), gemischt, Mann und Frau, 1000 Meter.
  2. Einzerkajak, Klasse 1 (unbeschränkte Maße), Männer, 1000 Meter.
  3. Zweierkajak, Klasse 10 (Faltboot), Männer, 1000 Meter.
  4. Händepaddeln, Männer, Bootklasse unbeschränkt, 300 Meter. Start: Hindenburgbrücke, Ziel: Koielidon-Bad.
3. Wiener Jugendtänze. (1. Turnerinnen-Abteilung, Leitung Saffner.)
4. Schwimmvorfürungen, 1. Hälfte. (Leitung E. Müde.)
  1. 6x50 Meter Kraulstaffette, männliche Jugend, 14 bis 18 Jahre.
  2. 100 Meter Rückenschwimmen, weibliche Jugend, a) 14 bis 16, b) 16 bis 18 Jahre.
  3. 50 Meter Kraulschwimmen, Knaben bis 14 Jahre.
  4. 100 Meter Brustschwimmen, männliche Jugend, a) 14 bis 16, b) 16 bis 18 Jahre.
  5. Rettungsübungen.
  6. 100 Meter Kraulschwimmen, männliche Jugend, a) 14 bis 16, b) 16 bis 18 Jahre.
  7. 100 Meter Brustschwimmen, weibliche Jugend, a) 14 bis 16, b) 16 bis 18 Jahre.
  8. 4x50 Meter Bruststaffette für Mädchen bis 14 Jahre.
  9. Schaulpringen.
5. Reulenschwimmen. (1. Turnerinnen-Abteilung, Leitung Saffner.)
6. Schwimmvorfürungen, 2. Hälfte. (Leitung E. Müde.)
  1. 4x50 Meter Lagenstaffette für Knaben bis 14 Jahre.
  11. 100 Meter Seitenschwimmen männliche Jugend a) 14 bis 16, b) 16 bis 18 Jahre.
  12. 50 Meter Veltischschwimmen für Turner- und Sportlerjugend bis 18 Jahre a) männliche, b) weibliche Jugend.
  13. Baddeklängenschwimmen männliche und weibliche Jugend.
  14. 4x100 Meter gemischte Lagenstaffette der Jugend (Brust: weibliche, Seite: männliche, Rücken: weibliche, Kraul: männliche Jugend).
  15. 3x100 Meter Bruststaffette weibliche Jugend a) 14 bis 16, b) 16 bis 18 Jahre.
  16. 50 Meter Brustschwimmen für Knaben bis 14 Jahre.
  17. 6x50 Meter gemischte Kinderstaffette bis 14 Jahre (3 Knaben, 3 Mädchen).
  18. Wasserballspiele a) Knaben 2x7 Mann, 2x5 Minuten, b) Jugend 2x7 Mann, 2x5 Minuten.
  7. Humerische Einlage. (Leitung Helm. Amplewicz.)
  8. Abendveranstaltung (Fackelzügen, Tanz der Turnerinnen, Sprechen, Abbrennen des Sonnenwendfeuers, gemeinsames Schlußlied.)

Nach Nr. 7 Pause bis hereinbruch der Dunkelheit!

### Freie Schwimmer Breslau e. B.

#### Schwimmwarte-Prüfung und Vorbereitungskursus.

Am 30. August findet eine Schwimmwarteprüfung über das ganze Bundesgebiet statt. Zur Vorbereitung veranstalten wir am 22. und 23. August einen Wochenend-Kursus im Koielidonbad. Meldungen bis 1. August durch die Abteilungen (je fünf zulässig) an den Vereinschwimmwarte. Der Kursus beginnt am 22. August, 15 Uhr, und endet am 23. August, 20 Uhr. Teilnehmer erhalten Nachquartier.

**Oberwettsschwimmen.** Am 26. Juni, 1924 Uhr, Start bei der Freien Rudervereinigung. Ziel Sandbühde. Für Nichtwettkämpfer findet ein Aufschwimmen statt. Jeder Teilnehmer muß sich einer 20-Minuten-Probeprobe unterziehen. Die Abteilungschwimmwarte führen dieselbe durch. Meldungen bald und recht zahlreich abgeben. Teilnahmeberechtigt sind Männer, Frauen, Jugend.

**Abteilung Nord.** Donnerstag, den 28. Mai, letzter Meldetag zum Abteilungsweitspielen bei Ost und für Schwimmfest in Piesnitz, Freitag, den 29. Mai, 6x Uhr: Training zum Oberschwimmen (1000 Meter). Alle Mitglieder müssen daran teilnehmen.

## Kauft Schuhe Nathan

Graupenstr. 2/4

Partei- und Gewerkschafts-Mitglieder gegen Ausweis 50% Sonder-Rabatt!

### Großkampfspiel am 7. Juni

Der Kreisleitung der Fußballpartei des 14. Kreises ist es gelungen, die äußerst spielfertige Kreismannschaft des 16. Kreises Lausitz zu einem Spiel gegen die Kreismannschaft des 14. Kreises Schlesiens zu verpflichten. Das Spiel kommt am 7. Juni in Breslau zum Austrag. Aus diesem Grunde besteht an diesem Tage für die Groß-Breslauer Vereine ab 12 Uhr mittags Spielverbot. Alles Nähere beachte man in der Presse.

### Jugend-Geleitschaftsspiele für den 31. Mai

- 17:00: Stern I — J. T. Königszeit I; Gräßchen; 2
- 17:00: Sparta I — Wader I; Schlawhof; 12
- 17:00: 1930 Komb. — Falke Komb.; Maria-Höfchen; 151
- 17:00: 1928 I — Eintracht I; Goldschmieden; 66
- 17:00: Schmolz I — Einheit I; Schmolz; 96
- 17:30: Rapid I — Sturm-Piesnitz I; Union-Wader-Platz; 26
- 17:30: B.F.R. I — J.H.M. I; Riemannshöhe; 75
- 17:00: B.F.R. I — 1924 I; Oltahitz; 162
- 17:00: Oswitz I — Hertha I; Oswitz; 29
- 17:00: Pfeil I — Freie Sportfreunde I; Jankholzwiese; 64
- 17:00: Strehlen I — Hertha-Brieg I; Strehlen;

### II, III, und IV. Mannschaften

- 17:00: B.F.R. II — West II; Gaudau; Sturm
- 17:00: B.F.R. III — West III; Gaudau; Union
- 15:00: Stern III — Silcha-Riders III; Stadion; Hertha
- 17:00: Stern IV — Silcha-Riders IV; Stadion; Süd-Ost
- 17:00: Pfeil II — Sportfreunde II; Jankholzwiese; J.S.B.
- 15:00: Pfeil III — Sportfreunde III; Jankholzwiese; West
- 16:00: Herrnprobi II — Sportfreunde III; Herrnprobi; Union
- 15:00: Oswitz II — Hertha II; Oswitz; Stern
- 10:00: Hertha A.S. — Einheit A.S.; Gräßchen; 1921
- 11:30: Hertha III — Einheit III; Gräßchen; Wader
- 15:00: B.F.R. II — 1924 II; Oltahitz; Hertha
- 15:30: B.F.R. II — J.H.M. II; Riemannshöhe; Einheit
- 15:30: B.F.R. III — J.H.M. III; Riemannshöhe; Süd-Ost
- 14:00: Rapid II — Sturm-Piesnitz II; Union-Wader-Platz; Sturm
- 15:00: Schmolz II — Einheit II; Schmolz; Kataria
- 10:00: Wader III — Sparta III; Rindennau; 1930
- 15:00: Wader II — Sparta II; Schlawhof; Union
- 15:00: 1928 II — Walfisch II; Goldschmieden; J. S. B.
- 15:00: 1930 II — Falke II; Maria-Höfchen; 1928
- 15:00: Stern II — J. T. Königszeit II; Gräßchen; Falke
- 10:00: J. S. B. III — 1924 III; Koielidon; Sparta

### Jugend und Schüler

- 14:00: Stern I Sgd. — Königszeit I; Gräßchen; Sil-Rid.
- 10:00: Sparta I — Sturm I; Schlawhof; Rapid
- 10:00: 1924 I — West I; Brückmann; Sportfreunde
- 10:00: Falke I — Sparta II; Walfisch; J.S.B.
- 11:30: Maria-Höfchen I — Stern-Piesnitz I; II-Rid-Platz; 67
- 10:00: 1928 I — J.H.M. I; Goldschmieden; Union
- 10:00: Hertha I — Schmolz I; Gräßchen; Stern
- 16:00: J. S. B. II — West II; Gaudau; Verein

### Serienpiel am 31. Mai

- 17:00: 1921 I — 1928 I; Gräßchen; Rapid

**Beitrag Handig für unsere Zeitung!**

### Notizen

#### Freie Turnerschaft Breslau e. B.

**Autobusfahrt nach Wien.** Abfahrt Breslau 22. Juli, fährt Wien 27. oder 28. Juli. Preis hin und zurück 24 Mk. Der Wagen ist ein neuer Magiruswagen mit 40 bequemen Plätzen. Es ist beabsichtigt, bei genügender Beteiligung Wagen fahren zu lassen. Meldungen an Gertraud Karl, Grimmstraße 34, der auch jede weitere Auskunft erteilt.

**Abt. Spiel- und Sportleiter.** Sonnabend, 30. Mai, 20 im Kartellbüro: Wichtige Sitzung. Tagesordnung: Rast Programmstellung zum Vereinsportfest.

**2. Jugend- und Männer-Abteilung.** Dienstag, den 26. folgt das Turnen aus. Freitag findet das Turnen folgende Wanderungen und Spiele finden in den nächsten Tagen statt:

- 28. 5: 1. Mannschaft — 8. Abt., 18 Uhr, Helmützwiese;
- 28. 5: 3. Mannschaft — 8. Abt., 18 Uhr, Ostpark;
- 4. 6: 2. Mannschaft — Wratzlawia, 18 Uhr, Helmützwiese;
- 6. und 7. 6: Fußwanderung nach Weiskerwitz;
- 11. 6: 2. Mannschaft — Stern II, 18 Uhr, Stern-Platz;
- 11. 6: 1. Mannschaft — Südost I, 18 Uhr, Ostpark;
- 14. 6: Tagestour nach Wabede;
- 18. 6: Leichtathletische Vorprobe für Straßenläufe und Rast
- 21. 6: Vormittag: Straßenläufe; Nachmittag: Spiele sämtlicher Mannschaften im Weststadion;
- 24. 6: Rastprobe im Stadion;
- 28. 6: Rast;
- 30. 6: Schauturnen in der Brodauer Turnhalle;
- 12. 7: Beteiligung am Sportfest in Wohlau (Autofahrt);
- 19. 7: Weikinderfest;
- 26. 7: Tagestour nach der Wabede;
- 4. 7: Handballspiel 1. Jugend;
- 11. 7: 2. Männer;
- 11. 7: 1. Männer.

Die Bekleidung für die Rast ist weiße Hose und weiße Hemd.

**Tennis-Abteilung.** Feiertag für Wien heute besagt Donnerstag, 6 Uhr: Handballer Helmützwiese.

### Wassersport

**Freie Kanuvereinigung Breslau e. B.** Heute 20 Uhr Bootshaus Eingebend.

### Fußball

**Arbeits-Ausflug.** Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 9 Uhr findet im Bezirksstadion, Pfaffenbräu, Friedrich-Wilhelm-Str. die zweite Spielertournee statt. Sämtliche Vereine müssen teilnehmen.

**Freie Sportvereingung 1897.** Am heutigen Dienstag, nachmittags, Sportbetrieb auf der Lohmühle. — Unsere Ringermannschaft, die in Pommern kämpfte, trifft heute um 23 Uhr, Hohenbühnen, ein. — Leichtathleten und Kampfrichter sind am Mittwoch um 17,30 Uhr im Stadion.

### Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“

**Ortsgruppe Breslau.** Am 31. Mai besteht für die gesamte Ortsgruppe bis 15 Uhr Startort: ab 14 Uhr Vereinsstour zum Ziel vom Matthiasplatz. — Das Bezirksportfest findet nicht am 14. Juni, sondern am 5. Juli in Groß-Rochberg statt. — Sämtliche Abteilungen haben spätestens bis 31. Mai ihr Programm für Monat Juni an den Vorwart zu senden. — Alle Genossen (innen), die zur Olympiade nach Wien fahren, Donnerstag 20 Uhr im Lokal von Böhm, Zehnstraße, Ecke Lorenzstraße, Abteilung Ober-Ost, 25. Mai: Abentour nach Ostsee Start 18 Uhr Trebnitzer Platz. — Jugendaufstellung 29. Mai, 17—21 Uhr: Außenstelle im Stadion, Spielplatz beim Nord 2. Mai, 20—22 Uhr: Heimspiel in der Weichelschule, Michaelisstraße 78/80. — Abteilung Rosenhain 29. Mai: Abteilungsabend bei Omicko, Trandenerger Straße. — Abteilung Friedewalde, 30. Mai: Abteilungsabend in Sängerslust, Hundsfelder Straße.

**Abteilung, Vorstandsmitglieder!** Am 27. Mai, abends 8 Uhr außerordentliche Sitzung bei Böhm, Lorenzstraße.

### Athletik

#### Leichtathletik-Wettkämpfe der Arbeiter-Athleten

Am 7. Juni, früh 8,30 Uhr, veranstaltet der 1. Bezirk Arbeiter-Athleten-Bundes auf dem Unte-Hofmann-Platz, Klei-Rochberg eine Leichtathletik-Wettkämpfe. Jede Mannschaft erhält 5 Teilnehmer. a) Männer, 5-Kampf: 100-Mtr.-Lauf, 50-Mtr.-Hochsprung mit Anlauf, Diskuswerfen und Kugelstoßen 7½ Kilogramm; b) Jugend, 4-Kampf: 100-Meter-Lauf, Weitprung mit Anlauf, Diskuswerfen, 1½ Kilogramm, Kugelstoßen, 5 Kilogramm; c) Sportlerinnen, 4-Kampf: 100-Meter-Lauf, Weitprung mit Anlauf, Ballweitwerfen, Kugelstoßen, 5 Kilogramm; d) Schüler, 3-Kampf: 75-Meter-Lauf, Hochsprung mit Anlauf, Kugelstoßen, 2½ Kilogramm; e) Altersportler, über 35 Jahre, 4-Kampf: 100-Meter-Lauf, Weitprung mit Anlauf, Schleuderballwerfen und Kugelstoßen, 7½ Kilogramm. — Es können nur einzelne Sportler bis 31. Mai melden.

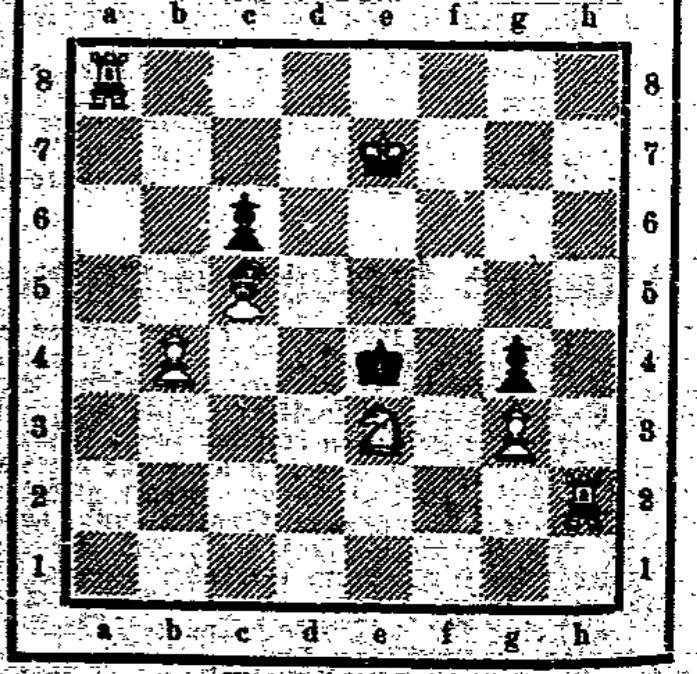
Die Sportvereingung Nordost Breslau veranstaltet in dieser Zeit einen Vorabend für Sportlerinnen. Abteilungsabend jeden Mittwoch von 20—22 Uhr Turnhalle Ofener Straße 55/56.

**Arbeiter-Athleten-Verein Breslau 1911.** Am Mittwoch, den 27. Mai, findet im Kartellbüro die Ausgabe der Vorverkaufstorten zur zwanzig-jährigen Jubelfeier des Arbeiter-Athleten-Vereins Breslau 1911 statt. Die Kartenausgabe ist von 16 bis 18 Uhr. Die Veranstaltung findet am 14. Juni im Sportrestaurant „Eichenpark“ statt.

### Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Zuschriften und Lösungen an: R. Kitzner, Breslau 17, Köpelnwisch, Breslau, im Mai 1931.

Aufgabe Nr. 252. J. Duz, Breslau (Original)



**Wichtig!** Können landen ein O. Baumgarten, R. Singer, Besichtigung: Bei Aufgabe 249 auch der weiße König nach a2 und b2. Die Aufgabe 249 ist nicht zu lösen. In der Diagrammstellung II ist die Aufgabe 249 nicht zu lösen.

**Wichtig!** Können landen ein O. Baumgarten, R. Singer, Besichtigung: Bei Aufgabe 249 auch der weiße König nach a2 und b2. Die Aufgabe 249 ist nicht zu lösen. In der Diagrammstellung II ist die Aufgabe 249 nicht zu lösen.